

Yves Müller
Benjamin Winkler

Gegen Nazis sowieso.



Lokale Strategien gegen rechts

Crashkurs Kommune 6

Crashkurs Kommune 6
Yves Müller / Benjamin Winkler
Gegen Nazis sowieso.

Yves Müller lebt in Berlin und studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Gender Studies. Er ist freier Mitarbeiter des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und in diesem Rahmen für das Projekt »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse« tätig.

Benjamin Winkler lebt in Leipzig und studierte Soziologie an der Universität Leipzig. Er ist Mitarbeiter des Netzwerks für Demokratie und Courage (NDC) und beschäftigt sich mit Demokratieentwicklung und Neonazismus im ländlichen Raum sowie Einflussfaktoren von menschenverachtenden Einstellungen bei Jugendlichen. 2008/2009 leitete er eine Sozialraumanalyse in der Kleinstadt Colditz in Sachsen.

Yves Müller / Benjamin Winkler

Gegen Nazis sowieso.

Lokale Strategien gegen rechts

Crashkurs Kommune 6

Herausgegeben von Katharina Weise

In Kooperation mit der Kommunalakademie
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de

www.kommunalakademie.rosalux.de

Kontakt:

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Kommunalpolitische Bildung – Kommunalakademie

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Katharina Weise (Referentin Kommunalpolitische Bildung)

weise@rosalux.de; Telefon 030/44 31 04 70

Die Autoren und die Herausgeberin danken Kevin Stützel für seine Mitarbeit und die inhaltliche Begleitung des Buches sowie dem Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V., insbesondere Mathias Wörsching, und René Jalaß für ihre inhaltliche Beratung und Unterstützung.

Geschlechtergerechte Sprache: Im vorliegenden Buch wird der Unterstrich bzw. »Gap« (Kommunalpolitiker_innen) zugunsten einer geschlechtergerechten Sprache benutzt. Dies soll auf den Zusammenhang von Sprache, Geschlecht und Repräsentation hinweisen und der normativen Zweigeschlechtlichkeit, die nur Frauen und Männer umfasst, entgegenwirken. Sich als transsexuell, transgender und queer begreifende Menschen werden mittels dieser Sprachpraxis ebenso benannt. Ausgehend von unserer These, dass ein Mann-Frau-Geschlechtermodell, das keine anderen Identitäten zulässt, grundlegend für neonazistische, neurechte oder rechtspopulistische Ideologie ist, versuchen wir, wenn von Neonazis usw. die Rede ist, auf den Unterstrich zu verzichten.

Der Pfeil vor einem Begriff (→) verweist auf das Glossar, S. 98.

© VSA: Verlag 2012, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Katharina Weise

Druck und Buchbinderarbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg

ISBN 978-3-89965-483-7

Inhalt

Kapitel 1

Let's talk about ...

Gedanken zu Rechtsextremismus, Extremismus-Theorie,

Demokratie und Antifaschismus 7

1.1 Warum eigentlich Rechtsextremismus? 8

1.2 Demokratische Kultur als Antwort 15

Kapitel 2

Von Müllemann bis Sarrazin – Rechtspopulismus in der Kommune 18

2.1 Rechtspopulismus und die »Mitte der Gesellschaft« 18

2.2 Was ist Rechtspopulismus? 19

2.3 Die Kommune als Bühne des Rechtspopulismus 22

2.4 Was tun? Handlungsstrategien gegen Rechtspopulismus in der Kommune 24

Aufklärungsarbeit gegen Rechtspopulismus und antimuslimischen
Rassismus 24

Kapitel 3

Rechte in den kommunalen Gremien –

Kommunale Gremien gegen rechts 28

3.1 Neonazistische und rechtspopulistische Parteien in den kommunalen Gremien 28

NPD 28/»Pro-Bewegung« 30/Rechtsoffene Wählervereini-
gungen 31

3.2 Biedermann und Brandstifter: Die Doppelstrategie der Rechten 34

»Tabubruch« und Provokation 34/Vertreter der »kleinen Leute« –
Normalisierung 35/Vortäuschen kommunalpolitischer Kompetenz
und rechte Gremienarbeit 36/Professionalisierung und
Vernetzung 37/Rechte Frauen in der Kommunalpolitik 39

3.3 Der Umgang der Demokrat_innen 40

Im Wahlkampf 40/»Wir müssen reden...« – Formen des Umgangs in
kommunalen Gremien 42/Konsens der Demokrat_innen 45/
Mal unter uns 46/Kommunalverwaltung gegen rechts 46/Mit Recht
gegen rechts 47/Umgang mit rechtem Publikum 48

3.4 Alles gut? Herausforderungen im Umgang der Demokrat_innen 49

Ermüdungserscheinungen entgegenwirken 49/Auseinandersetzung
auf allen Ebenen 49/Demokratischen Streit suchen 50

Kapitel 4

Erlebniswelt Rechts	52
4.1. Moderne Neonazis – ein Überblick	54
NPD und Junge Nationaldemokraten (JN) 55/Freie Kameradschaften und Autonome Nationalisten 56/Mischszenen und weitere Netz- werke 59/Frauen in der Neonaziszene 60	
4.2 Rechte Musik für den Einstieg	61
4.3 Das Internet als Spielwiese für Neonazis	63
4.4 Erlebniswelt heißt Gewalt	64
4.5 Neonazis im vorpolitischen Raum	65
Zwischen Bürgerlichkeit und Parallelwelt 65/Umweltschutz = Heimatschutz? 65/Stetig besorgt um die Sicherheit? Nazis als Ordnungsmacht 66/Wohlfahrt als nationale Aufgabe 67/ Mit Betroffenheit Politik machen – Aktionen zu »Kindesmiss- brauch« 69/Schaffung eigener Räume und Zentren 71	
4.6 Junge Menschen im Blickfang der Nazis	73
Aktiv im Freizeitbereich 74/Position beziehen – Herausforderungen an die Jugendarbeit gegen rechts 76	
4.7 ... und wie wir damit umgehen	78
Vor Ort nach Kooperation suchen 78/Alles klar? Aufklärung als erster Schritt 79/Prävention gegen Unterwanderung, Immobilien- kauf und -miete 80/Mehr als nur Rock gegen rechts 82	

Kapitel 5

»Für die Freiheit, für das Leben...« Linke Alternativen gegen rechts	84
5.1 Das Problem benennen: Neonazis und Ideologien der Ungleichwertigkeit	84
5.2 Aktiv Demokratie gestalten und leben	87
5.3 Ganz praktisch	89
Argumentieren gegen rechts 89/Fördertöpfe gegen rechts 91	
5.4 Bündnisse gegen Neonazis und Ideologien der Ungleichwertigkeit	95
Die Aktivierung der Zivilgesellschaft: Beispiele aus Jena und Neuruppin 97/Alternative Jugendszenen fördern 98	
5.5 Unterstützung der Betroffenen rechter Gewalt	98
5.6 Aktiv werden!	100
Anhang	102
Glossar 102/Verwendete Literatur 103/Zeitschriften 108/Links 109	

Kapitel 1

Let's talk about ...

Gedanken zu Rechtsextremismus, Extremismus-Theorie, Demokratie und Antifaschismus

Im Herbst 2011 gab die *Zeitbild-Stiftung* aus München eine Broschüre unter dem Namen »Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern« im Auftrag des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* heraus. Die Broschüre soll der Auseinandersetzung mit »Linksextremismus« im Schulunterricht dienlich sein. Kristina Schröder (CDU), die derzeitige Ministerin für das Ressort äußert sich im Vorwort der Broschüre: »Linksextreme Positionen wurden in diesem Zusammenhang bisher zu wenig beachtet. Aber wir müssen gegenüber sämtlichen extremistischen Tendenzen und Auffassungen wachsam sein und dagegen vorgehen, egal von welcher Seite sie kommen.« Schröder, die unter anderem auch für die Einführung einer so genannten Demokratieerklärung in staatlich gestützten Demokratie- und Anti-Extremismus-Programmen zuständig ist, dokumentiert hiermit anschaulich das staatliche Denken über die vermeintliche Gefährdung der Demokratie durch Extremismen aller Art.

Vor dem Hintergrund der brutalen Mordserie des *Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)*, deren Bekanntwerden im Jahr 2011 und dem systematischen Verschweigen und Verharmlosen des rechten Terrors, erscheint das Zitat von Schröder wie eine Botschaft von einer anderen Welt.

Die Auseinandersetzung mit alten und neuen Nazis, mit rechten Parteien und rechtspopulistischen Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland erfolgt unter dem Label des »Kampfes gegen → Rechtsextremismus«. Nachdem in den 1990er Jahren durch Neonazis und Personen der rechten Skinheadszenen zahlreiche Gewalt- und Straftaten bis hin zu Morden verübt wurden, gründeten sich in vielen Kommunen, unterstützt durch die rot-grüne Bundesregierung, Netzwerke und Beratungsstellen gegen »Rechtsextremismus«. Zusätzlichen Auftrieb erhielten diese durch Wahlerfolge bei Landtagswahlen für die *Deutsche Volksunion (DVU)* 1998 in Sachsen-Anhalt und die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)* in Sachsen 2004. Die Programme *Civitas*, *Xenos* und *Entimon* stellten pro Haushaltsjahr mehrere Millionen Euro zur Verfügung, um auf den Gebieten der Prävention, der Beratung und demokratischen Gegenwehr aktiv dabei zu helfen, demokratische, zivilgesellschaftliche Projekte zu initiieren. Zugleich gab es diverse Versuche, im Rahmen der Sozialwissen-

schaften, der Kriminologie und der Psychologie das Phänomen des »Rechtsextremismus« zu erklären.

Nachdem zuletzt die schwarz-gelbe Bundesregierung die von Rot-Grün geschaffenen Programme und Initiativen gegen »Rechtsextremismus« änderte, unter anderem durch die Aufwendung von 2 Millionen Euro jährlich für den Kampf gegen Linksextremismus und Islamismus, sowie durch die Einführung der so genannten Demokratieerklärung – besser bekannt als »Extremismusklausel« – kam es zu bundesweiten Protesten gegen die faktische Gleichsetzung des »Links- und Rechtsextremismus« (Details zu den Bundesprogrammen in Kapitel 5.3). Die Erklärung verlangt von den Unterzeichner_innen das Bekenntnis zur »freiheitlich-demokratischen-Grundordnung« (FdGO) und eigenständige Recherchen zur Vermeidung der Kooperation mit extremistischen Strukturen. Hintergrund der Klausel ist nicht etwa eine reale empirische Missbrauchsfahr, dass staatliche Gelder für den Aufbau von demokratiefeindlichen Strukturen genutzt werden, sondern vielmehr die Manifestation des Extremismus-Modells und der gleichnamigen Theorie des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Einführung der Klausel wurde von zahlreichen Protesten aus der Opposition (SPD, Linke, Grüne) begleitet und zog auch einige rechtliche Gutachten nach sich. Kritisiert wird dabei nicht nur ein groß angelegtes staatliches Misstrauen gegenüber jenen, die sich seit vielen Jahren für demokratische Belange einsetzen, sondern auch eine Bedrohung der gewachsenen Netzwerke sowie des Einsatzes für eine demokratische Kultur.

Auch in Teilen der Wissenschaft kommt es inzwischen zu einer kritischen Betrachtung des Begriffs »Rechtsextremismus« und seiner extremismustheoretischen Genese. Ein Blick auf die gängige Forschungspraxis zeigt gleichfalls, dass bis heute kein einheitliches Konzept für Analyse, Erklärung und Definition des »Rechtsextremismus« existiert.

1.1 Warum eigentlich Rechtsextremismus?

Der Begriff des »Rechtsextremismus« findet sowohl in der Wissenschaft und in der alltäglichen Sprache von Politik und Öffentlichkeit als auch bei den Polizei- und Justizbehörden Anwendung. Seit den 1970er Jahren löste der Terminus »Rechtsextremismus« allmählich den vorher genutzten »Rechtsradikalismus« ab.

Grundlage für die Verwendung des Begriffs »Rechtsextremismus« ist die → Extremismus-Theorie. Demnach müsse man sich die Gesellschaft als ein-dimensionale Achse vorstellen, wobei eine breite, demokratische Mitte von jeweils linken und rechten Rändern umgeben sei. Während Links- und Rechtsra-

dikalismus noch im Rahmen des demokratischen Verfassungsstaates möglich seien, treffe dies auf den Extremismus, links wie rechts gleichermaßen, nicht zu. Extremismus muss nach dieser Deutung als Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat verstanden werden. Das Modell findet seine praktische Anwendung in den Maßnahmen des Verfassungsschutzes oder der polizeilichen Arbeit. Die »demokratische Mitte« ist demnach kein normativer Rahmen, sondern vielmehr ein formales Konstrukt. Von den Verfechter_innen dieser Theorie wird oftmals die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« (FdGO) als Abgrenzung zum Extremismus benannt. Diese wurde erstmals im Kontext der Verbotungsverfügungen des Bundesverfassungsgerichts gegen die nazistische SRP (1952) und die KPD (1956) umschrieben.

Das SRP-Urteil und die acht Prinzipien der FdGO

Die *Sozialistische Reichspartei (SRP)* wurde im Oktober 1952 als direkte Nachfolgeorganisation der NSDAP vom Bundesverfassungsgericht verboten. Im Rahmen des Urteils wurde erstmals die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« (FdGO) bestimmt, die auch für die Extremismus-Theorie Relevanz besitzt. Im Urteil heißt es: »Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.«

Gemäß diesen Annahmen scheint eine Klassifizierung des »Rechtsextremismus« einfach. Die NPD und *Freien Kameradschaften* gelten als »rechtsextrem«, während dies auf demokratische Strukturen und Personen, die ähnliche Überzeugungen haben, nicht zutreffen kann. Die politische Mitte wird von »rechtsextremen« Einstellungen per Definition freigesprochen.

Einer empirischen Überprüfung hält diese Theorie jedoch nicht stand. In den Sozialwissenschaften wird daher zum Teil eine andere Betrachtung des »Rechtsextremismus« bevorzugt. Generell wird hier zunächst Einstellungs- und Verhaltensebene unterschieden. Verhalten bezieht sich auf das Wählen neonazistischer und rechtspopulistischer Parteien, die Mitgliedschaft in einer entsprechenden Gruppierung oder das Ausüben von politisch rechts-motivierter Gewalt. Einstellungen lassen sich wiederum in einzelne Ideologiefragmente und Stereotype unterteilen. Die meisten empirischen Studien zählen ausländerfeindliche, rassistische, antisemitische, sozialdarwinistische, demokratiefeind-

liche, den Nationalsozialismus verharmlosende oder billigende und sexistische Muster hierzu. Verschiedene sozialwissenschaftliche Studien machen deutlich, dass sowohl die einzelnen Einstellungen, als auch das so genannte geschlossene »rechtsextreme« Weltbild in der gesamten gesellschaftlichen Breite vorhanden sind. Die Eindimensionalität der Extremismus-Theorie steht den komplexen → Ideologien der Ungleichwertigkeit gegenüber:

Ideologien der Ungleichwertigkeit

Nach dem Soziologen Wilhelm Heitmeyer und der repräsentativen und weltweit einmaligen Langzeituntersuchung *Deutsche Zustände* (2002-2011) zeichnet sich eine moderne und humane Gesellschaft durch die »Gleichwertigkeit aller Menschen und die Sicherung ihrer physischen und psychischen Unversehrtheit« (Heitmeyer 2002: 16ff.) aus. Hierzu zählen insbesondere das »angstfreie Zusammenleben von Individuen und Gruppen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, kultureller oder sozialer Herkunft« (ebd.). Ideologien der Ungleichwertigkeit sprechen Menschen die grundsätzliche Gleichwertigkeit ab und schaffen Unterschiede zwischen Menschen und Gruppen, die schließlich in Diskriminierung und Ausgrenzung münden. In diesem Zusammenhang spricht Heitmeyer von der Verabsolutierung des »Eigenen« und des »Fremden« (ebd.) Zu den Bereichen dieser Ideologien zählen beispielsweise Unterscheidungen zwischen »nützlichen wie ausnutzenden Ausländern (...) ebenso (...) wie die Charakterisierung von Homosexualität als »abartig.« (ebd.). In der Untersuchung »Deutsche Zustände« werden sechs Indikatoren für diese Ideologien ausgemacht: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Etabliertenvorrechte und Sexismus (ebd.: 20).

Mit Blick auf die geläufige Extremismus-Theorie ergeben sich zwei Probleme. Zum einen werden in der Forschung unter die »Rechtsextremismus«-Terminologie Einstellungen und Verhalten subsumiert, mit denen sich auseinandergesetzt werden muss. Zum anderen kann die Theorie nicht losgelöst von bestimmten politischen Strömungen betrachtet werden. Das dahinter stehende Konzept von Demokratie und Staatlichkeit ist autoritär und starr. Demokratie wird weder als Prozess des ständigen Aushandelns und Suchens nach Lösungen und Kompromissen verstanden, noch wird die Wirkmächtigkeit von Macht- und Herrschaftsstrukturen erkannt.

In der Broschüre des BMFSFJ ist diese politische Färbung der Extremismus-Theorie anschaulich. Die sozialistische Tageszeitung *Neues Deutschland* wird unter dem Label »linksextremistische Medien« aufgeführt. Begründet wird dies mit »einseitiger Berichterstattung« und der Verunglimpfung anderer Standpunk-

te als »bürgerliche Manipulationszusammenhänge«. Ein weiteres Beispiel für das autoritäre Demokratieverständnis der Extremismus-Theorie ist das Aufführen des antifaschistischen Rechercheprojekts *aida* aus München im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2008. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Projekt anerkannt und erhielt sogar Preise für seine Recherchen zu neonazistischen Strukturen und Organisationen. Die Nennung von *aida* als linksextremistisch führte zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit sowie zum Ausschluss aus dem Beratungsnetzwerk. Das Projekt erstritt jedoch vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof die Streichung der Passagen. Demokratische Rechte müssen offensichtlich immer häufiger vor den Gerichten eingeklagt werden.

Der Verfassungsschutz als politischer Bildner?

In den letzten Jahren versuchten sich das Bundesamt für Verfassungsschutz und die zuständigen Landesbehörden auch als Bildungsdienstleister für Jugendliche und Erwachsene. Das ohnehin problematische gesellschaftspolitische Konzept, welches die Existenz des Verfassungsschutzes legitimiert, wird auch in die politische Bildung übertragen.

In Niedersachsen betätigt sich der Verfassungsschutz seit 2009 in der Bildungsarbeit mit Schulen und Lehrer_innen. Die Geheimdienstmitarbeiter_innen sollen das Feld der politischen Bildung in allen Altersgruppen übernehmen, angefangen bei Kindern im Alter von neun Jahren. In Nordrhein-Westfalen produzierte die Behörde Comics, die vor linken wie rechten Extremist_innen sowie Muslim_innen warnen sollen. Demokratiefeindliche und menschenverachtende Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft werden freilich in dem Comic nicht erwähnt. Die Comics wurden hundertfach an Schulen und Bildungseinrichtungen verteilt. Mehrere Landesämter bieten unterdessen für Schulen und Jugendgruppen das Planspiel »Demokratie und Extremismus« an. Hierbei schlüpfen die Teilnehmenden in die Rollen verschiedener Akteure eines Neonaziaufmarschs und der Gegendemonstrierenden. Mit dem Planspiel wird einerseits eine problematische Gleichsetzung linker und rechter Gruppen fortgeschrieben, andererseits erfolgt eine Diffamierung der notwendigen Gegenwehr zu rassistischen, antisemitischen, nationalistischen Tendenzen in der Gesellschaft.

Auch im Kampf gegen rechts versucht sich der Verfassungsschutz als kompetenter Partner ins Spiel zu bringen. Im Herbst 2011 kamen mehrmals Mitarbeiter des sächsischen Geheimdienstes zu Veranstaltungen lokaler zivilgesellschaftlicher Initiativen beziehungsweise wurden von kommunalen Verwaltungen eingeladen. Das steht in einem Widerspruch zum Umgang der Behörde mit der Neonazigruppierung NSU, deren Handeln

sie beobachtete, aber zunächst untätig blieb (zum Verfassungsschutz als politischer Bildner siehe auch Kapitel 5.1)

Die Extremismus-Theorie ist zugleich blind für die Anfälligkeit jeder demokratischen Gesellschaft für inhumane und diskriminierende Tendenzen. Nach aktuellen Studien müssen bis zu 8% der deutschen Bevölkerung als »rechtsextrem« bezeichnet werden (Decker u.a. 2010). Weitere Untersuchungen zeigen, dass viele Deutsche Ideologien der Ungleichwertigkeit vertreten und zu diskriminierendem Verhalten neigen (Heitmeyer 2012). Nicht alle sind zugleich Mitglied in einer neonazistischen oder »rechtsextremen« Partei und/oder Organisation, bilden aber ein starkes Fundament für deren Positionen. Auch die Autoren des letzten Bandes der Studie *Deutsche Zustände* (ebd.), kommen zu der Ansicht, dass Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und gewalttätiges Denken gegen Minderheiten im Verlauf der letzten zehn Jahre zugenommen haben. Exemplarisch lässt sich dies anhand der Zustimmung zu folgender Aussage verdeutlichen: »Wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen mit Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist«. Zustimmend äußern sich 19% aller Befragten nach Berichten von *tageschau.de* am 12. Dezember 2011.

So genannte extremistische Bestrebungen werden durch die Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet und schließlich durch Polizei und Justiz repressiv verfolgt. Die Definition von »Extremismus« ist keine juristische und obliegt der Auslegung des Verfassungsschutzes. Daraus ergeben sich Probleme, die auf eine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus hinauslaufen. So kam es in den letzten Jahren immer wieder zur Kriminalisierung → antifaschistischer Bündnisse und Netzwerke wie zuletzt bei den Protesten gegen Geschichtsrevisionismus und gegen einen Naziaufmarsch am 13. und 19. Februar 2011 in Dresden.

Extremismus-Theorie ad absurdum – Hausdurchsuchung bei Lothar König

Der Freistaat Sachsen zeigt sich als Vorreiter bei der Bekämpfung und Verhinderung antifaschistischen Engagements. Am 19. Februar 2011 demonstrierten Tausende gegen einen Naziaufmarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens im zweiten Weltkrieg und konnten nach 2010 zum zweiten Mal das Treiben Tausender Nazis verhindern. Dresdner Polizei und Staatsanwaltschaft betrieben nicht nur umfassende Überwachungsmaßnahmen durch die Erfassung von Handy- und Bewegungsdaten, sondern viele Antifaschist_innen gerieten auch unter den Verdacht, eine kriminelle Vereinigung nach §129 StGB gegründet zu haben. Hausdurchsuchungen, Observationen und Vernehmungen waren die Folge. Im Nachgang kam es

durch die sächsische Polizei zur Durchsuchung der Privat- und Diensträume des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König, dem der Vorwurf des »aufwieglerischen Landfriedensbruchs« und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gemacht wurde.

Ginge es einzig um diese Sachverhalte, wäre die Begrifflichkeit des »Rechtsextremismus« wegen seiner politischen und behördlichen Instrumentalisierung zurückzuweisen. Jedoch stehen viele Akteure, so auch die Autoren dieses Buches, vor der Schwierigkeit, die mit »Rechtsextremismus« in Zusammenhang stehenden Phänomene, Gruppen und Organisationen zu klassifizieren und zu kategorisieren sowie Analysen, Sprache und Konzept verständlich in die gängigen Diskurse zum Thema einzuordnen. Unsere Analyse bezieht sich auf die verschiedenen rechten Strömungen, und sie reichen von rechtskonservativen Studentenverbindungen, über rechtspopulistische Parteien und Initiativen (z.B. *Pro Deutschland, Die Freiheit*) bis hin zu neonazistischen Parteien und Organisationen (z.B. NPD, *Freie Kameradschaften*).

In der Fachliteratur wird weiterhin zwischen einer so genannten Neuen Rechten und den klassischen, am Nationalsozialismus orientierten rechten Fraktionen unterschieden. Obwohl es richtig ist, dass sich in Europa nach 1945 allmählich eine neue Spielart rechten Denkens etablierte, beispielsweise die *Nouvelle Droite* in Frankreich, bleibt eine eindeutige Trennung zwischen neuer und alter Rechten schwierig. Wohl aber haben sich neue Politikansätze und Inhalte gebildet, die zum Teil Ergebnis eines umfassenden Wandels der Rechten in Europa sind. Deutlich wird dies anhand der Stellung des Rassismus. Die klassischen biologistischen Muster, welche die Höherwertigkeit der weißen vor anderen »Rassen« betonen, werden heute durch einen zunehmend kulturell begründeten Rassismus ergänzt. Die Abgrenzung Europas von der islamischen Kultur und die damit verbundene Feindlichkeit gegenüber Menschen muslimischen Glaubens fällt in diese Richtung.

Die Übergänge zwischen rechten Magazinen wie der Zeitschrift »Junge Freiheit«, dem islamfeindlichen Blog *Politically Incorrect* (siehe Kapitel 2.2) und den modernen Nazis von NPD bis *Autonome Nationalisten (AN)* sind oft fließend. Zudem muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass auch linke und linksradikale Strömungen nicht immun gegenüber Bestandteilen eines problematischen Weltbildes sind. Exemplarisch kann dies anhand der in der linken Szene weit verbreiteten einseitigen Betrachtung des Nahost-Konfliktes verdeutlicht werden und des hierbei geäußerten Antisemitismus. Grundlage eines rechten Weltbildes sind Ideologien der Ungleichwertigkeit und ein autoritäres und/oder völkisches Konzept von Gemeinschaft und Nation. Zudem erhält die Ge-

meinschaft Vorrang vor dem Individuum, weiterhin wird die Unterordnung der Bürger_innen unter einen autoritären Staatsapparat gefordert.

Auffassungen dieser Art finden sich nicht nur bei der facettenreichen Rechten, sondern auch bei legitimierten Demokrat_innen und anderen. So werden beispielsweise rassistische Stereotype in der Kommune nicht ausschließlich von Neonazis und der NPD, sondern auch von demokratischen Mandatsträger_innen vertreten.

Leipziger Stadtrat will Asylsuchendenwohnheim am Rand der Stadt errichten

Im Juni 2009 beschloss der Leipziger Stadtrat mit knapper Mehrheit den Neubau eines Asylsuchendenheims am Stadtrand. Der Standort ist kilometerweit von der Innenstadt und somit auch von sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Möglichkeiten entfernt. Für den Neubau, der in Containerbauweise entstehen soll, entschied sich der Stadtrat bewusst. In einem Papier des Sozialbürgermeisters Thomas Fabian (SPD) heißt es: Der Standort solle »nicht unmittelbar in einem Wohngebiet gelegen, insbesondere entfernt von Schulen, Kindergärten und Spielplätzen« sein. Nicht nur unbewusst werden so rassistische Muster bedient, nach denen Asylsuchende und Migrant_innen per se mit Kriminalität und der Gefährdung von Kindern und Jugendlichen in Zusammenhang gebracht wurden. Gegen die Pläne regte sich Protest aus einem Teil der Migrant_inneninitiativen und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Mehr Infos: »An den Stadtrand abgeschoben«, www.conne-island.de/nf/168/4.html

Um politische Ideen, Einstellungen der Bürger_innen und gesellschaftspolitischen Aussagen, die auf der Grundlage von Ideologien der Ungleichwertigkeit beruhen, nachhaltig entgegenzutreten zu können, bedarf es einer aktiven Zivilgesellschaft, die sich kritisch damit auseinandersetzt und entsprechende humanistische, demokratische Gegenpositionen vertritt und begründet.

In unserem Buch, das in weiten Teilen auf der Analyse regionaler und struktureller Schwerpunkte beruht, so dass sich Phänomene direkt bezeichnen lassen, wird daher beispielsweise zwischen Rechtspopulist_innen, die sich unter dem Denkmantel der »Pro-Bewegungen« verbergen und Neonazis unterscheiden. Erstere lehnen mehrheitlich den Nationalsozialismus als Bezugspunkt ab, vertreten aber ähnliche kulturalistisch-rassistische Überzeugungen wie beispielsweise die NPD. Dagegen haben die modernen Neonazis rund um NPD und Autonome Nationalisten deutliche Bezüge zum Nationalsozialismus.

Alternative: → »Extreme Rechte?«

Es zeichnet sich mittlerweile eine Alternative zum »Rechtsextremismus«-Terminus ab. Zur Benennung und Umschreibung der Phänomene von rechts über rechtsradikal bis hin zu »rechtsextrem« eigne sich nach Ansicht einiger Autor_innen der Begriff der → Extremen Rechten. Gemeint sind sowohl rechte Denkmuster und Gruppen, die im Sinne des Verfassungsschutzes als »rechtsextrem« einzustufen sind, sowie auch solche, die sich im Rahmen des »demokratischen Verfassungsstaats« bewegen. Die Extreme Rechte umfasse dabei Akteure aus dem rechtsradikalen, dem rechtspopulistischen und dem neonazistischen Lager sowie auch die Neue Rechte. Aufgrund seiner Reichweite und seiner weniger stark orientierten Haltung am »Rechtsextremismus«-Begriff des Verfassungsschutzes werden wir vereinzelt auf die Bezeichnung zurückgreifen. Gleichzeitig sind wir aber bestrebt, die jeweiligen Phänomene in ihrer konkreten Gestalt zu benennen und entsprechend zu kritisieren (Literaturtip: Braun/Geisler/Gerster 2009).

1.2 Demokratische Kultur als Antwort

Die seit 2009 regierende schwarz-gelbe Koalition versteht ihre Demokratietarbeit vor allem als Kampf gegen Extremismus und für die Verteidigung der »wehrhaften Demokratie«. Demokratisch könne nur sein, wer die Inhalte der FdGO akzeptiere. Doch bereits die Definition der FdGO ist mit Problemen verbunden. Dabei handelt es sich keineswegs um einen rechtlichen Rahmen, sondern vielmehr um eine Interpretation der Minimalleistungen des Grundgesetzes. Das dahinterstehende Demokratie- und Staatskonzept ist autoritär und anti-demokratisch. Seine Wirkmächtigkeit verdankt es auch einer Unlust, sich mit den vielseitigen Facetten eines demokratischen Zusammenlebens zu beschäftigen. Kontroverse Debatten und Meinungsvielfalt, auch im Rahmen von kapitalismus- und staatskritischen Diskursen sind nach der Extremismus-Theorie weder legitim, noch können sie ohne Probleme im Privat- und Berufsleben vertreten werden. Es scheint, als ob mit dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus weltweit auch die Idee jeder gesellschaftlichen Veränderung endgültig zugunsten einer fortdauernden Existenz von Marktwirtschaft und Nationalstaatlichkeit deligitimiert ist. In der Kommune kann ein solches Denken dazu führen, dass jede politische Dimension eines Konfliktes außen vor bleibt und Politik zur bloßen bürokratischen Verwaltung wird. Genau diese Entwicklungen bestärken jedoch demokratiefeindliche Positionen und führen zur Steigerung der

Attraktivität von Neonazis im ländlichen Raum (zu den Voraussetzungen einer demokratischen Kultur in der Kommune und Beispiele siehe Kapitel 5).

Die Bekämpfung des »Rechtsextremismus« durch staatliche Institutionen erfolgt oft aus Furcht vor einem bundesweiten oder lokalen Imageverlust sowie aufgrund einer direkten Bedrohung des staatlichen Gewaltmonopols (z.B. Gewalt gegen Polizist_innen etc.). In den Kommunen wird häufig erst reagiert, wenn Medien, Öffentlichkeit und überregionale Politik auf die Vorfälle aufmerksam wurden. Die weit verbreitete Diskriminierung von gesellschaftlichen Randgruppen, wie sie tagtäglich Migrant_innen, Obdachlosen, sozial Schwachen und Linken wiederfährt, interessiert weniger. Außerdem diskriminiert der Staat Gruppen durch Gesetze, Maßnahmen und Verordnungen strukturell. Exemplarisch wird dies anhand der noch immer in einzelnen Bundesländern existierenden Regelung, nach der Asylsuchende den Landkreis oder eine bestimmte Region, der sie zugewiesen wurden, nicht verlassen dürfen (Residenzpflicht).

»Dönermorde« und Soko »Bosporus« als Beispiel für Alltagsdiskriminierung

In den letzten zehn Jahren konnten die Mitglieder und Unterstützer_innen des *Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)* aus Zwickau unbehelligt von Verfassungsschutz und Polizei Morde an mindestens zehn Personen begehen. In keinem dieser Fälle ging es dem Staat, trotz der offensichtlichen rassistischen Motive der einzelnen Taten, um einen sensiblen Umgang mit den Betroffenen. Schon die Bezeichnung der Fälle und Ermittlungseinheiten (*Dönermorde* und *Bosporus*), zeugen von verbreiteten rassistischen Vorurteilen. Die staatlichen Behörden und die Polizei verdächtigten selbst die Opfer der Mordserie, indem sie diese mit organisierter Kriminalität und Drogenhandel in Zusammenhang brachten.

Der nach der Extremismus-Theorie verfahrenende Staat fokussiert auf Ordnung und Gesetzmäßigkeit, nicht in erster Linie auf den Schutz von Menschenrechten und Menschenleben. Während der rassistischen Pogrome in Rostock-Lichtenhagen und an vielen anderen Orten in den 1990er Jahren reagierte der Staat erst, als der Schaden des Ansehens Deutschlands im Ausland immens anstieg. Zuvor haben Politiker_innen und Medien Vorurteile und Hass gegenüber Asylsuchenden geschürt. So konnte auch die faktische Abschaffung des Asylrechts nach Artikel 16 Grundgesetz erfolgen, ohne als anti-demokratisch im Sinne der Extremismus-Theorie zu erscheinen.

Das staatliche und polizeiliche Agieren gegen »Rechtsextreme« verläuft oft einzig im repressiven Rahmen. Politiker_innen aller Parteien verlangen nach einem NPD-Verbot, Polizei und Justiz versuchen Neonazis dingfest zu machen. Eine Analyse der dahinter stehenden Einstellungen findet kaum statt, die Ver-

bindungen zwischen »Rechtsextremismus« und Demokratie bleiben meist ungeklärt. Entgegen der Extremismus-Theorie und dem dahinter stehenden autoritären Demokratiekonzept braucht es eine eigene normative Definition und inhaltliche Füllung von Demokratie und demokratischer Kultur. Mit diesem Buch wollen wir auch dazu beitragen, hierfür Ansätze zu finden und auf das Problem aufmerksam zu machen.

Wer sich für eine humane Gesellschaft einsetzt, in der kein Mensch wegen seiner Herkunft, Religion, Kultur, sexuellen Vorlieben oder individuellen Interessen diskriminiert wird, in der alle Menschen über hohe Beteiligungs- und Teilhabechancen verfügen, benötigt keine Fixierung auf eine staatlich definierte Demokratiekonzeption. Die Autoren dieses Buches betrachten eine aktive und breit vernetzte demokratische Kultur der Akzeptanz und sozialen Teilhabe als wichtige Voraussetzung für jegliches Bemühen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen. Gerade in den Kommunen ist es wichtig, politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu führen und dabei durchaus unterschiedliche Standpunkte deutlich zu machen. Auf der Suche nach einem Kompromiss oder Konsens braucht es heterogene Sichtweisen, vielfältige Ideen und manchmal den utopischen Weitblick. Streit und Diskussion sind Bestandteile einer demokratischen Kultur und sollten nicht zugunsten einer starren Verwaltungspraxis aufgegeben werden.

Auch wenn die Ausgrenzung und repressive Bekämpfung von Neonazis, → Rechtspopulismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit auf den Schutz einer humanen Gesellschaft zielen sollte, muss eine offensive, präventive Auseinandersetzung mit den Positionen und Einstellungen sowie den gesellschaftlichen Akteuren und Gruppen betrieben werden. Das bedeutet nicht zuletzt immer wieder, das eigene Handeln und Denken kritisch zu hinterfragen. Wenn Neonazis auf Grundlage vernachlässigter Jugendarbeit und fehlender sozialer Perspektiven sowie demokratischer Teilhabe im ländlichen Raum zunehmend erfolgreich sind, hilft der Verweis auf die Bekämpfung des »Extremismus« wenig.

Es gibt viele Beispiele, an denen sich erfolgreiche Strategien und Konzepte gegen Neonazis, Rechtspopulismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit verdeutlichen lassen – deren Weiterentwicklung und Anwendung kann ausdrücklich empfohlen werden.

Kapitel 2

Von Möllemann bis Sarrazin – Rechtspopulismus in der Kommune

2.1 Rechtspopulismus und die »Mitte der Gesellschaft«

»Bis ins letzte Negerdorf in Afrika muss das Signal von der ersatzlosen Streichung des Asylgrundrechts zu hören sein.« – so Christian Käs 1992 als baden-württembergischer Vorsitzender der rechten Partei *Die Republikaner (REP)*. Die Konservativen verstanden den Wink und der damals neue CDU-Innenminister Manfred Kanther erklärte: »Die CDU muss eine Politik machen, zu der die Wähler der Republikaner Ja sagen können.« Mit dem so genannten Asylkompromiss wurde das Grundrecht auf Asyl 1993 abgeschafft. Der »Ausländer raus«-Debatte und den rassistischen Pogromen von Hoyerswerda, Mannheim-Schönau und Rostock-Lichtenhagen folgte eine nationalistische Kampagne für den »Standort Deutschland« (Butterwegge 2008: 32). Mit der Jahrtausendwende erfand die CDU die »deutsche Leitkultur« und die »Parallelgesellschaft«.

Mit der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa sollte das »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) eingeläutet werden. Kapitalismus und parlamentarische Demokratie hätten endgültig gesiegt. Die großen bürgerlichen und reformerischen Parteien wollten Volks-Parteien seien und die »neue Mitte« repräsentieren. Stattdessen – die oben genannten Schlaglichter zeigen es – rückt der gesellschaftliche und von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis '90/Die Grünen getragene Diskurs immer wieder nach rechts. Es wird nicht nur die Demokratie in ihrer bisherigen Form ausgehöhlt, die rassistische Hetze bietet auch immer wieder Anknüpfungspunkte für Rechtspopulismus – und das nicht erst seit Thilo Sarrazins Erfolg mit dem Buch *Deutschland schafft sich ab*. Der Politik der demokratischen Parteien, denen nicht ohne Grund vorgeworfen wird, sie ließen sich kaum noch unterscheiden, setzen rechtspopulistische Parteien eine Art Anti-Politik entgegen. Jene scheinen für manche Menschen durchaus attraktiv, denn sie erwarten von ihnen nicht unbedingt wirtschaftliche oder soziale Neuerungen, sondern ein Auftreten als »Anti-Establishment-Parteien«.

Bisher waren rechtspopulistische Parteien in Deutschland – ganz anders als in den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Belgien oder den skandinavischen Ländern – wenig erfolgreich. So finden sich die bekanntesten rechtspopulisti-

schen Protagonisten (es sind nur Männer) Deutschlands auch nicht in randständigen Splitterparteien, sondern in der »Mitte der Gesellschaft«: Der verstorbene Jürgen W. Möllemann war ein glühender Populist, der die nordrhein-westfälische FDP 2000 zu einem herausragenden Erfolg führte, aber in den folgenden Jahren mit einer antisemitisch gefärbten Israelkritik zunehmend in die Kritik geriet. Thilo Sarrazin bleibt auch nach seinem Buch »Deutschland schafft sich ab« Mitglied der SPD und Hans-Olaf Henkel, ehemals Präsident des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)*, versucht sich in rechtspopulistischer Stimmungsmache und droht mit der Gründung einer »Anti-Euro-Partei«.

2.2 Was ist Rechtspopulismus?

Rechtspopulismus steht für die Modernisierung der nazistischen Rechten nach 1945, Bindungen zum Faschismus beziehungsweise Nationalsozialismus scheinen weitgehend gekappt. Zwar gelten Staat und Nation durchaus noch als Bezugspunkte, geriert sich der Rechtspopulismus doch als »Hüter der Nation« (nach Schmidinger 2011: 52) gegenüber der ökonomischen Globalisierung. In ihren Parteiprogrammen halten sich rechtspopulistische Parteien mit offener NS-Verherrlichung zurück, denn sie wissen, dass damit kein Staat zu machen ist. Nichtsdestoweniger sind die personellen sowie ideologischen Überschneidungen ins neonazistische Lager unübersehbar.

Welche Säulen bilden das Fundament rechtspopulistischer Politik?

Sozialpopulismus: »Du bist Deutschland!« und »Nur wer arbeitet, soll auch essen«. Die nationalistische Kampagne und die im Mai 2006 aufgestellte Forderung des damaligen Arbeitsministers Franz Müntefering (SPD) angesichts fast fünf Millionen Arbeitsloser sind zwei Seiten derselben Medaille. Die kleinbürgerliche Angst vor dem sozialen Abstieg wird mittels nationalistischer Hetze gegen Migrant_innen (»Nehmen uns die Arbeitsplätze weg«), Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger_innen und Arme (»Liegen uns auf der Tasche«) befeuert, die als »Sündenböcke« herhalten müssen. Gleichzeitig propagiert der Rechtspopulismus einen Kampf gegen »die da oben«, gegen Korruption, Klüngel und eine aufgeblähte Bürokratie. Der ökonomischen Globalisierung wird mit Standortnationalismus, Protektionismus, Sozialchauvinismus und Rassismus begegnet.

Plebiszitedemokratie: Rechtspopulistische Parteien an der Macht werden die formale Demokratie nicht abschaffen. Danach streben sie auch gar nicht. Zunächst erscheint die Forderung nach direkter Demokratie und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger_innen plausibel, doch das rechtspopulistische Demokratieverständnis beruht nicht auf basisdemokratischen Ansätzen, Aus-

handlungsprozessen und Teilhaberechten beispielsweise von Migrant_innen. Vielmehr fordern rechtspopulistische Parteien eine plebiszitäre Volksdemokratie, die sich durch »Volksbefragungen« Legitimation verschafft und einem charismatischen Führer untersteht, Demokratie wird zu einer Zustimmungsdemokratie ausgehöhlt, in der die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger_innen bei sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten minimiert werden.

Nachtwächter-Staat: Die Demokratie wird auf eine lediglich formale Demokratie reduziert, in der der Staat sich auf seine polizeiliche Funktion zurückzieht. In diesem »autoritären Etatismus« (Poulantzas 2001) werden die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates zwar scheinbar erhalten, Schritt für Schritt jedoch ihres Sinngehaltes entleert und als Bringschuld markiert. Thilo Sarrazin erklärte im Jahr 2008 als Berliner Finanzsenator den Hartz-IV-Bezieher_innen in paternalistischer Manier, wie sie sich gesund und billig ernähren könnten und im Winter Heizkosten durch das Tragen von dicken Pullis sparen würden. Die rechtspopulistische Partei *Die Freiheit* möchte folgerichtig »staatliche Transferleistung durch eine verpflichtende, in der Regel gemeinnützige Arbeit, die in jedem Fall obligatorisch eingefordert wird« (Grundsatzprogramm 1.0 vom 28.10.2010) ersetzt wissen und fordert de facto die Einführung des Arbeitszwangs. Die Splitterpartei *Bürgerbewegung der Sozial-Konservativen Deutschlands* spricht in ihrem Programm von 2010 gar von einem »Ordnungsdienst« für Arbeitslose. Die anti-sozialstaatliche Politik rechtspopulistischer Parteien steht keineswegs im Widerspruch zum Sozialpopulismus. Vielmehr kann eine gegenseitige Bedingtheit und ein Hin-und-Her-Wechseln zwischen neoliberaler und sozialpopulistischer Agitation festgestellt werden.

Law-and-Order-Politik: Fordert der Rechtspopulismus einerseits einen schlanken Staat, wenn es um die Abschaffung sozialer Errungenschaften und Steuererleichterungen geht, wird andererseits beharrlich eine verschärfte Sicherheitspolitik anvisiert. Denn Freiheit und Bürgerrechte seien ohne einen starken Staat nicht zu haben. So rufen RechtspopulistInnen immer wieder nach härteren Strafen, »Warnschuss-Arresten« und der Abschiebung »ausländischer Straftäter« (Programm der *Bürgerbewegung pro Deutschland*).

Antimuslimischer Rassismus: Ein zentrales Merkmal des Rechtspopulismus ist spätestens seit dem 11. September 2001 die Agitation gegen eine angebliche »Islamisierung« Europas. Dabei werden Muslim_innen einzig auf ihre Religion festgelegt, die unter dem Deckmantel der »Islamkritik« pauschal als archaisch, frauenverachtend, homophob und undemokratisch markiert ist. Der antimuslimische Rassismus tritt insbesondere in Debatten um Moscheebauten oder ein Kopftuch-Verbot zutage. Soziale Missstände und Kriminalität werden ethnisiert und kulturalisiert. Dabei zeigt der antimuslimische Rassismus mit seinen Generalisierungen und Zuschreibungen eine Wesensverwandtschaft mit dem tra-

ditionellen biologistischen Rassismus des → Neonazismus, geht es doch letztlich um die Markierung des bedrohlichen »Anderen«.

Krisenmetaphorik: Euro-Krise, demografische Krise, Integrationskrise. Der Rechtspopulismus in Europa bietet vermeintlich einfache »Lösungen« für jede »Krise«. Durch stete Wiederholung des Immergleichen und das zyklische Krisengerede versuchen sich rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen, ins Gespräch zu bringen. Sie nähren damit Verunsicherungstendenzen und Abstiegsängste in der Bevölkerung. Tatsächlich führen ökonomische Krisen derzeit zu einer Verschärfung der sozialen Probleme. Rechtspopulistische Parteien selbst sind Symptome dieser Krisen.

Charismatische Führung: Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien steht und fällt mit ihrer jeweiligen Führungsfigur. Prototyp des charismatischen, jugendlich und geradezu spitzbubenhaft wirkenden Parteiführers war Jörg Haider (Pollack 1998), der die FPÖ zu ihren größten Erfolgen führte. In den Niederlanden sorgte Pim Fortuyn für Furore. Derzeit leuchtender Stern am Himmel des Rechtspopulismus ist Geert Wilders in den Niederlanden. Dem deutschen Rechtspopulismus fehlt bisher ein solcher »Führer« mit Strahlkraft.

Homophobie und Antifeminismus: Im Kampf gegen »den« Islam werden Homosexuelle und Frauen zwar als Opfer von Gewalt instrumentalisiert. Angriffe auf Schwule und Lesben würden ausschließlich von Muslimen verübt, bestimmte Gegenden seien »No-Go-Areas« und Frauen würden per se unterdrückt. Die vermeintliche »Toleranz« so mancher rechtspopulistischer Akteure gegenüber Schwulen und Lesben sollte jedoch nicht mit Akzeptanz gegenüber Homosexualität an sich verwechselt werden. So bleiben Homophobie und Antifeminismus zentrale Bestandteile des Rechtspopulismus, was klar wird, wenn sich rechtspopulistische Akteure über Moral und Werte äußern und ihrem konservativen Weltbild frönen. Anlässlich des Welt-AIDS-Tages 2008 mutmaßte die fundamentalistische Gruppe *Christen pro Köln* über den »möglichen Zusammenhang« einer hohen Infektionsrate in Köln und die angeblich ausufernde Förderung von Homosexuellen in der Domstadt (»Zum Welt-AIDS-Tag«, 1.12.2008).

Israelfreundschaft: Einige rechtspopulistische Organisationen üben sich in demonstrativer Israelfreundschaft und knüpfen Kontakte zu israelischen Gruppierungen. Die Unterstützung dient dazu, sich vom Vorwurf des Antisemitismus zu befreien, aber auch Nazis von der eigenen Organisation fern zu halten. Dabei geht es allerdings nicht um die israelische Wirklichkeit, sondern einzig darum, den Nahostkonflikt als »Stellvertreterkrieg« gegen »den« Islam zu instrumentalisieren.

Tabubruchmentalität: Weit verbreitet im Rechtspopulismus ist die Annahme, es gebe gesellschaftliche Sagbarkeits-Tabus und eine von so genannten Gutmenschen verordnete »Polical Correctness« (PC) (siehe auch Kapitel 3.3),

die durchbrochen werden müsse. Der Gestus des »Tabubrechers«, der endlich sage, was sowieso alle denken würden, ist im Rechtspopulismus weit verbreitet. Neben den verschiedenen Klein- und Kleinstparteien hat sich insbesondere das Internetblog *Politically Incorrect (PI)* dem Kampf gegen vermeintliche »Tabus« und PC verschrieben.

Blog »Politically Incorrect«

Das Blog *Politically Incorrect (PI)* ist die bekannteste und am häufigsten gelesene rechtspopulistische Homepage in Deutschland, deren Betreiber vorgeben, gegen die »Islamisierung Europas« zu kämpfen. 2004 von dem Gladbacher Lehrer Stefan Herre ins Leben gerufen, wird die Internetseite täglich von mehreren Zehntausend Menschen angeklickt. Neben aktuellen Meldungen finden sich hier Interviews mit rechtspopulistischen Akteuren und Hintergrundinformationen über die rechtspopulistische Szene. PI unterhält enge Beziehungen zu rechtspopulistischen Parteien wie *Die Freiheit* und *Bürger in Wut* sowie Organisationen wie *Pax Europa*. Nach eigenen Angaben existieren inzwischen über 50 PI-Gruppen in Deutschland, Österreich, Tschechien und der Schweiz, die die Inhalte von PI in die Kommunen weitertragen wollen.

2.3 Die Kommune als Bühne des Rechtspopulismus

Die »großen« Themen des Rechtspopulismus werden oft im »Kleinen«, d.h. im Kiez oder in der Gemeinde aufgegriffen. Rechtspopulistische Parteien und Initiativen versuchen immer wieder, das lokale Klima zu beeinflussen. Konflikte und Missstände werden aufgegriffen, ethnisiert sowie Gegensätze zwischen »den Einheimischen« und »den Anderen« konstruiert und verschärft. Dabei wird an die Verschärfung sozialer Schieflagen in den Kommunen angeknüpft – von Prekarisierung, sozialräumlicher Segregation und sozialer Kälte –, die den Nährboden für die rechtspopulistische Agitation insbesondere zum Komplex »Innere Sicherheit« bietet (Butterwegge 2008: 22f.).

Gewalttaten werden für die eigenen Zwecke instrumentalisiert, wenn den meist männlichen jugendlichen Tätern ein »Migrationshintergrund« nachgewiesen und eine »Deutschenfeindlichkeit« konstruiert werden kann. Als im Februar 2011 ein Mann auf einem Berliner U-Bahnhof von vier migrantischen Jugendlichen krankenhaushausreif geschlagen wurde, war *Die Freiheit* gleich zur Stelle und verteilte Flugblätter vor Ort. Gewalt und Jugendkriminalität wird ethnisiert und kulturalisiert, pauschal werden Muslime und Migrant_innen beschuldigt, besonders gewalttätig zu sein. »Ich habe jahrelang im Politikfeld Innere Sicherheit ge-

arbeitet und anfangs eher harmlose Sachen wie Graffiti und Diebstahl behandelt. Als aber bei schweren Delikten meine Arbeitsergebnisse immer mehr erkennen ließen, dass sich der Islam wie ein roter Faden durch die ganzen Sachen zieht«, will *Die Freiheit*-Vorstandsmitglied Marc Doll im Interview mit dem rechtspopulistischen Blog *Citizen Times* vom 10.9.2010 festgestellt haben.

Rechtspopulistische Organisationen wettern regelmäßig gegen Roma und Sinti, gegen Wohnungslose, Straßenzeitungsverkäufer_innen, Bettler_innen, Asylbewerber_innen und Drogenabhängige. Um Schlaglöcher in Kölns Straßenasphalt zu stopfen, schlägt *Pro Köln* Einsparungen bei sozialen Einrichtungen und gemeinnützigen Vereinen vor. Besonders Roma stehen im Fokus: »Jährlich zur Sommerzeit strömen Hunderte Angehörige gewisser ›mobiler ethnischer Minderheiten‹ in den Großraum Köln, um dort mittels Straßenmusikanten (harmlose Variante), aggressiven Bettlern (weniger harmlose Variante) und Trickdieben und Räufern (kriminelle Variante) den Passanten das Geld aus der Tasche zu ziehen.« (»Köln: Sommerzeit, Bettelzeit«, Homepage von *Pro NRW* vom 31.5.2011). Dabei können die rechtspopulistischen Akteure auf einen breiten Fundus antiziganistischer Vorurteile in der Bevölkerung zurückgreifen. Seit Jahren versuchen Boulevardmedien mit romafeindlichen Auslassungen die Stimmung anzuheizen. Der *Kölner Express* hetzte schon 2002 gegen »Klau-Kids« und meinte damit junge Roma aus Osteuropa.

Antiziganismus

Bereits seit dem 15. Jahrhundert sind Roma und Sinti in Deutschland Diskriminierungen ausgesetzt. Sie wurden vom nationalsozialistischen Regime als »Zigeuner« oder »Landfahrer« verfolgt und zu Hunderttausenden in den Vernichtungslagern ermordet. Von den Nazis als »HWAO« (»häufig wechselnder Aufenthaltsort«) erfasst, registriert die Polizei sie heute als »MeM« (»Mobile ethnische Minderheit«). Auch heute werden Roma und Sinti ausgegrenzt und benachteiligt. Im Alltagsbewusstsein ist die Stereotypisierung als »Zigeuner« weiterhin prägnant. Die Stigmatisierung reicht vom romantisierenden Vorurteil, Roma und Sinti würden besonders gerne musizieren bis zur Unterstellung, sie seien kriminell. Der Begriff des Antiziganismus problematisiert diese besondere Form des Rassismus, die im Gegensatz zum Antisemitismus in Deutschland niemals in Frage gestellt wurde und daher eine hohe Verbreitung findet. Die Antiziganismusforschung widmet sich diesen Erscheinungen (siehe auch www.anti-ziganismus.de).

Ein Beispiel aus Hannover zeigt, wie medial aufbereitete Themen mühelos instrumentalisiert werden: Die rechtspopulistische Wählergemeinschaft *Wir Hannoveraner* forderte »Aufklärung« und ein hartes Vorgehen gegen so genannte

Loveboys, also »hochkriminelle, absolut skrupellose junge Männer« (»Mädchen als Opfer der ›Loveboys‹: Was, wenn das Thema nicht mehr die Schlagzeilen beherrscht?«, *Wir Hannoveraner* vom 14.8.2011), die junge Mädchen in die Prostitution zwingen würden. *Wir Hannoveraner* versuchten, die Problematik auf die vermeintlich muslimische Religion der Täter zu reduzieren. Anlass war der Fall eines 15-jährigen Mädchens, das den »Loveboys« zum Opfer fiel.

Besonders erfolgreich sind einige rechtspopulistische Gruppierungen dort, wo eine Moschee beziehungsweise Minarette errichtet werden soll(en). So wird behauptet, dass die Minarette nicht ins Stadtbild passen würden und die muslimische Architektur den »christlich-abendländischen« Baustilen widerspräche. Und: Moscheen seien Rückzugsräume für Islamist_innen. Als die Pläne für den Bau einer Moschee im Berliner Stadtteil Pankow-Heinersdorf – der ersten Moschee in Ost-Berlin – bekannt wurden, gründete sich 2006 mit der *Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e.V. (IPaHB)* eine Initiative, die den antimuslimischen Protest organisierte. Mehrmals brachte die IPaHB einige Hundert Menschen auf die Straße.

Durch besondere Aktivitäten fiel René Stadtkewitz auf, damals noch CDU-Abgeordneter, heute *Die Freiheit*-Bundvorsitzender. An den IPaHB-Demonstrationen nahmen auch gewaltbereite Neonazis teil, die Gegendemonstrant_innen angriffen. Die NPD griff die antimuslimischen Ressentiments auf und ging auf Stimmenfang. Unbekannte verübten im Frühjahr 2007 einen Brandanschlag auf das damals im Bau befindliche Gebäude.

2.4 Was tun?

Handlungsstrategien gegen Rechtspopulismus in der Kommune

Aufklärungsarbeit gegen Rechtspopulismus und antimuslimischen Rassismus

Da rechtspopulistische Parteien und Netzwerke im Vergleich mit genuin neonazistischen Organisationen als das »kleinere Übel« wahrgenommen werden, ist Aufklärung über Inhalte und Strategien des Rechtspopulismus vonnöten. Zwar sind rechtspopulistische Akteure nicht einfach verkappte Neonazis, die lediglich eine modernere Sprache benutzen und sich von den Verbrechen des Nationalsozialismus distanzieren. Gleichwohl bleiben sie rassistisch und müssen auch als solche identifiziert werden. Denn genau das passt ihnen überhaupt nicht. Die öffentlichkeitswirksame Stigmatisierung von rechtspopulistischen Organisationen als rassistisch, sozialchauvinistisch usw. kann ihren Normalisierungsbestrebungen entgegenstehen.

Drei Beispiele

Die oberbayerische Regierung stellte im September 2011 fest, dass die Stadt München Restaurants und Kneipen vor rechtspopulistischen Organisationen warnen dürfe. Zuvor hatte die städtische *Fachstelle gegen Rechts-extremismus* einen Gaststätteninhaber auf die rechtspopulistische Gruppe *Politically Incorrect (PI)* hingewiesen, die eine Veranstaltung in dessen Einrichtung durchführen wollte. PI scheiterte daraufhin mit einer Beschwerde, da die Gruppierung »eine starke Nähe zum Rechtsextremismus aufweise und die Vermietung der Räume an solche Gruppen zu Imageschäden mit wirtschaftlich negativen Auswirkungen führen könne«, was eine Information an den Betreiber rechtfertige (Pressemitteilung der Landeshauptstadt München vom 12.9.2011).

Oft können rechtspopulistische Veranstaltungen jedoch trotz Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit nicht verhindert werden. Mit innovativen Gegenveranstaltungen kann man ihnen trotzdem begegnen. Als sich Thilo Sarrazin für den September 2011 in der sächsischen Kleinstadt Döbeln ankündigte, um sein Buch *Deutschland schafft sich ab* zu promoten, organisierte das soziokulturelle Projekt *Treibhaus e.V. Döbeln* eine Alternativlesung und eine Podiumsdiskussion, bei denen die rassistischen Thesen Sarrazins kritisch hinterfragt wurden (www.treibhaus-doebeln.de).

Seit 2010 protestiert das aus Parteien, Gewerkschaften, Jugendgruppen und Migrant_innenorganisationen bestehende Bündnis *Rechtspopulismus stoppen!* in Berlin z.B. stetig dagegen, wenn Thilo Sarrazin wieder einmal aus seinem Buch vorliest, wenn *Pro Deutschland* zum Bundesparteitag lädt oder der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders in der Stadt ist. Zu den Berlin-Wahlen 2011 veröffentlichte das Bündnis eine Broschüre, die sich mit den Inhalten, Strategien und Organisationen des Rechtspopulismus befasste (<http://rechtspopulismusstoppen.blogspot.de>).

Insbesondere die Partei *Die Freiheit* litt darunter, dass sie immer wieder als rassistisch bezeichnet wurde und sie droht damit, Personen, die sie als rassistisch bezeichnen, juristisch zu verfolgen. Außerdem legt die Partei großen Wert darauf, nicht als »rechtsextremistisch« titulierte zu werden. Umso wichtiger ist es, Parteien wie die Pro-Parteien oder *Die Freiheit* und Gruppierungen wie *PI* oder *Bürgerbewegung Pax Europa* als islamfeindlich, kulturrassistisch und nationalistisch zu entlarven. Wenn rechtspopulistische Akteure in der Kommune agieren und ganze Bevölkerungsteile gegen islamische Einrichtungen, Obdachlosenwohnheime oder Roma aufhetzen, tut Aufklärung not. Dies kann durch ein Faltblatt oder eine Broschüre geschehen, die über die Entwicklung des antimus-

limischen Rassismus informiert. Auch eine breit beworbene Bürger_innenversammlung, um das vermeintliche Problem, das die rechtspopulistischen Akteure aufgegriffen haben, zu diskutieren, ist eine schnelle und sinnvolle Reaktion. Die Akteure selbst sollten zu dieser Veranstaltung zwar nicht explizit eingeladen werden, da sich deren Kommen aber nicht immer verhindern lässt, sollte man auf Wortmeldungen gefasst sein. Es ist immer ratsam, sich Expert_innen-Wissen anzueignen, um adäquat reagieren zu können. Achtung: Emotional geführte lokale Debatten können schnell ungeahnte Dimensionen annehmen.

Als *Pro NRW* im Jahr 2010 Flugblätter verstärkt vor Schulen verteilte, reagierte die *Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (ibs)* mit einem Dossier, in dem nicht nur über die Ideologie des Rechtspopulismus informiert, sondern auch gleich mit möglichen Gegenstrategien aufgewartet wurde (»Zum Umgang mit dem Flugblatt der Jugend pro NRW«; www.museenkoeln.de/ns-dok/download/20100318_Umgang-mitJugendflyer.pdf): Das ibs plädierte für das Setzen deutlicher, aber unaufgelegter Zeichen, also das Aufhängen von schon vorbereiteten Transparenten an der Schule oder die Anschaffung einer »Braunen Tonne«, in der rechtspopulistische oder neonazistische Propaganda entsorgt werden kann.

Was tun mit rechter Propaganda?

Neonazistische und rechtspopulistische Gruppierungen verteilen nicht selten Material vor Schulen oder in der Fußgängerzone. Doch egal ob »Schulhof-CD« oder Flugblatt: Das Zeug gehört in den Müll. Das Material bleibt Eigentum der Verteilenden, bis es übergeben wurde. Erst wenn das Material den »Besitzer« gewechselt hat, kann es in den Müll oder in die »Braune Tonne« geworfen werden.

Wenn rechtspopulistische oder neonazistische Flugblätter vor der Schule verteilt wurden, kann dies durch die Lehrkräfte zum Anlass genommen werden, mit den Schüler_innen über Rassismus zu diskutieren und sich Referent_innen zum Thema einzuladen. Im Idealfall geschieht dies besser präventiv und ohne einen konkreten Anlass.

Gerade weil rechtspopulistische Inhalte und Strategien oft schwerer zu durchschauen sind und wir rechtspopulistische Argumentationsweisen überall in der Kommune finden können, ist eine kontinuierliche inhaltliche Auseinandersetzung Grundvoraussetzung für ein Zurückdrängen des Rechtspopulismus. Missstände in der Kommune dürfen nicht ignoriert oder »gedeckt« werden, weil rechtspopulistische Akteure so die Chance erhalten, sich als »Sprachrohr des kleinen Mannes« darzustellen. Umgekehrt besteht jedoch die Gefahr, dass demokratische Vertreter_innen in rechtspopulistisches Fahrwasser geraten, denn

ein Populismus, der an »das Volk« adressiert ist und ethnische sowie soziale Homogenisierungen auf Kosten von Minderheiten vornimmt, ist per se rechts und nicht demokratisch. Die Solidarisierung mit und Unterstützung von als Migrant_innen wahrgenommenen Menschen, mit Roma und Sinti, mit Langzeitarbeitslosen, Armen und alternativen Jugendlichen hingegen ist ein Zeichen einer solidarischen und partizipativen Demokratie.

Kapitel 3

Rechte in den kommunalen Gremien – Kommunale Gremien gegen rechts

Es ist kein neues Phänomen: Rechte Parteien und Wählervereinigungen sind seit Jahrzehnten immer wieder in kommunalen Gremien mit Sitzen vertreten. Im Rat des niedersächsischen Städtchens Süplingen sitzt bereits seit 1968 fast ohne Unterbrechung ein NPD-Mitglied. Ende der 1980er Jahre konnten *Die Republikaner (REP)* massive Wahlerfolge auf kommunaler Ebene für sich verbuchen. Dass die rechtspopulistische Wählervereinigung *Pro Köln* heute im Stadtrat sitzt und auf eine Stammwählerschaft zurückgreifen kann, verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass hier schon 1989 eine REP-Fraktion existierte (Griese/Niermann 1996: 156ff.). Und trotzdem ist das Wissen um das Agieren von neonazistischen und rechtspopulistischen Parteien in Kreistagen, Stadträten, Gemeinderäten und Stadtverordnetenversammlungen gering. Oft werden gewonnene Erkenntnisse »verschüttet« und selten können Kommunalpolitiker_innen auf die Erfahrungen und Handlungsansätze ihrer Vorgänger_innen aufbauen.

3.1 Neonazistische und rechtspopulistische Parteien in den kommunalen Gremien

NPD

Allein die NPD verfügt nach eigenen Aussagen über »mehr als 400 kommunale Mandate« auf kommunaler Ebene (so NPD-Kader Andreas Storr in einem Interview vom 3.11.2011). Tatsächlich kann die NPD durch den Wegfall der 5%-Hürde auf kommunaler Ebene, dort, wo sie kandidiert, meist Mandate erringen. »Wo wir kommunal antreten, ziehen wir auch ein«, konstatiert dann auch Hartmut Krien, Vorsitzender der *Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV)* der NPD (zit. nach Jentsch 2010: 96). Die ausgerufene Parteilinie ist klar: Zunächst bemüht man sich um den »kommunale[n] Unterbau« (NPD-Pressemitteilung vom 12.6.2009).

In vielen ländlichen Regionen ist die NPD sehr präsent, ist nicht nur in Wahlkampfzeiten mit Infotischen vor Ort und hängt – oft als einzige Partei – an fast jedem Laternenmast ihre Wahlplakate auf. Im Landtags- und Kommunalwahlkampf 2009 überschwemmte die Partei den Freistaat Sachsen eigenen Bekun-

dungen zufolge mit 80.000 Plakaten – fast so viele wie die CDU (Frankfurter Rundschau vom 17.8.2009). Erfolgreich ist die Partei vor allem dort, wo sie über gewachsene Strukturen und »bekannte Gesichter« verfügt. NPD-Mitglieder unterwandern Sportvereine, freiwillige Feuerwehren und Elternvertretungen. Dass der örtliche Klempner oder Uhrenmacher der NPD angehört, stört vielerorts niemanden – man kennt sich eben. Und das weiß auch die NPD: »Erfolgreiche Politik ist eine Sache des Vertrauens – und Vertrauen wächst im überschaubaren, kommunalen Bereich am solidesten und nachhaltigsten« (Broschüre der NPD Sachsen, »Heimat bewahren. Freiheit erkämpfen. Der NPD-Landesverband Sachsen stellt sich vor«, 2011, S. 14). 788 Menschen gaben Uwe Leichsenring ihre Wählerstimme: Schon 1990 war er stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Sachsen. Seit 1999 saß er in den kommunalen Gremien im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge. 2004 folgte der Einzug in den sächsischen Landtag. Mit seinem Tod – er starb 2006 bei einem Autounfall – verlor die NPD einen überaus beliebten Protagonisten. Zur Beerdigung des Fahrchullehrers waren Hunderte erschienen. Wie sehr der Erfolg der NPD mit der Person Leichsenring korrespondiert, zeigen die Wahlergebnisse: Leichsenring erhielt bei der Wahl des Königsteiner Stadtrates 2004 21,1% der abgegebenen Stimmen; ohne Leichsenring konnte die NPD fünf Jahre später lediglich 8,9% der Wähler_innen für sich gewinnen (Jennerjahr 2009: 16f.).

Doch will die NPD nicht in Wahlerfolgen auf kommunaler Ebene stecken bleiben. NPD-Pressesprecher Klaus Beier arbeitete schon vor Jahren heraus: »Kommunalpolitik ist für uns ein sehr wertvolles Feld. Sachsen hat ja bewiesen, dass es sinnvoll ist, erst in den Kommunen verankert zu sein. Über die Kommunen kommt man dann auch in ... die Landtage und über die Landtage in den Bundestag. Von oben nach unten wird das natürlich sehr schwierig oder ist fast aussichtslos... Landesverbände werden nur dann Erfolg haben, wenn sie ... kommunal stark verankert sind... Die NPD will den parlamentarischen Weg weiter forcieren, aber wirklich mit Schwerpunkt Kommunalwahl momentan.« (zit. nach Kneschke/Steffen: 25)

Obwohl weitere Wahlerfolge nach dem Einzug in die Landtage von Sachsen (2004 mit 9,2%; Wiedereinzug 2009 mit 5,6%) und Mecklenburg-Vorpommern (2006, 7,3%; Wiedereinzug 2011 mit 6,0%) ausblieben – die NPD scheiterte in Thüringen (2010 mit 4,3%) und Sachsen-Anhalt (2011 mit 4,7%) –, konnte die Partei die Zahl ihrer Kommunalmandate stetig und in den meisten Bundesländern ausbauen. Die anhaltende Stagnation sowie Querelen um die Finanzen der Partei führten aber dazu, dass der frühere Bundesvorsitzende Udo Voigt an Rückhalt verlor und im November 2011 seinen Platz räumen musste. Ausgerechnet die beiden starken Landesverbände Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern beendeten dessen 15 Jahre währende Amtsperiode. Sein Nachfolger

Holger Apfel, seit 2004 auch Vorsitzender der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, rief sogleich eine Kursänderung aus: Mit der Losung der »seriösen Radikalität« wolle man die NPD strategisch besser aufstellen und die allzu offensichtliche NS-Verherrlichung zurückstellen, ohne die bisherigen Inhalte preiszugeben. Damit wird die bisherige Ausrichtung als »Kümmererpartei« und als »einzig wahre Opposition« fortgesetzt.

»Pro-Bewegung«

Bereits 1999 übernahmen Mitglieder der neonazistischen *Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH)* den unbedeutenden Verein *Pro Köln*. Seit 2004 sitzt *Pro Köln* in Fraktionsstärke im Kölner Stadtrat und changiert dort zwischen typisch rechtspopulistischen Themenfeldern und vermeintlich unideologischen, sachbezogenen Anträgen. 2007 wurde das »Kölner Modell« auf ganz Nordrhein-Westfalen übertragen. *Pro NRW* entsendet inzwischen 46 VertreterInnen in Kreistage und Stadträte des größten Bundeslandes (Lausberg 2010: 119). Die Partei verfügt über Mandate in größeren Städten wie Gelsenkirchen und Leverkusen. Bei der Landtagswahl 2010 verfehlte sie die 5%-Hürde allerdings deutlich. Es ist *Pro NRW* bisher noch nicht gelungen, sich über das Rheinland hinaus flächendeckend zu verankern.

Inzwischen versucht *Pro Deutschland*, an die bescheidenen Erfolge in Nordrhein-Westfalen anzuknüpfen. Anlässlich der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen trat *Pro Deutschland* 2011 im Berliner Wahlkampf massiv in Erscheinung, verteilte mehrere Zehntausend Flugblätter und führte dutzende Wahlkampfstände durch. Dabei konnte die Partei auf einige wenige sehr umtriebige Akteure zurückgreifen und versuchte, mit antimuslimischen Ressentiments zu punkten. Man war bemüht, in die öffentliche Debatte um Sicherheit und Kriminalität einzugreifen. Der Wahlslogan der Kleinpartei lautete: »Hauptstadt der Angst? Nicht mit uns!«

Die Pro-Verbände können auf die Unterstützung der *Republikaner (REP)* bauen. Nachdem die Partei Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre beachtliche Wahlerfolge erzielen konnte und ins Berliner Abgeordnetenhaus (1989), den baden-württembergischen Landtag (1991 sowie 1996) und ins Europaparlament (1991) einzog, befindet sie sich heute auf einer Talfahrt. Zwar verfügen die REP noch immer über weit mehr als 100 Kommunalmandate, überwiegend in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz, doch droht das Abrutschen in die politische Bedeutungslosigkeit. Während einzelne Verbände und Funktionäre immer wieder die Nähe zur NPD suchen, geht der Trend der Bundespartei um den Vorsitzenden Rolf Schlierer derzeit eher in Richtung Annäherung an *Pro NRW* und *Pro Deutschland*. Das passt zusammen: Die REP verstehen sich als »Demokratische Rechte«, geben sich konservativ und verfassungstreu.

Neben den Pro-Verbänden versuchen andere rechtspopulistische Formationen, an Wahlerfolge rechter Parteien in anderen Ländern Europas anzuknüpfen: In Bremen sitzt seit 2007 ein Vertreter von *Bürger in Wut (BIW)*, einer Nachfolgeorganisation der Schill-Partei *Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO)*, in der Bürgerschaft. René Stadtkewitz, ein ehemaliger Berliner CDU-Abgeordneter, befördert mit seiner Neugründung *Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie – Die Freiheit* antimuslimische Ressentiments. *Arbeit – Familie – Vaterland* nannte der aus der CDU ausgetretene ehemalige Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche seine in der sächsischen Lausitz ausgesprochen erfolgreiche Wählervereinigung, bevor er Anfang 2011 die *Bürgerbewegung pro Sachsen* mitgründete. Den meisten rechtspopulistischen Formationen bleiben flächendeckende und nachhaltige Wahlerfolge versagt. Viele Wähler_innen, die den rechtspopulistischen Positionen zuneigen, stimmen in der Regel doch für die demokratischen Parteien, ist doch die Stigmatisierung rechter Parteien im postnazistischen Deutschland bis dato recht präsent. Das Beispiel Hamburg zeigt indes, welche Gefahr in einer Akzeptanz solcher Parteien steckt: Hier bildete PRO, die Partei des als »Richter Gnadenlos« bekannt gewordenen Ronald Schill, von 2001 bis 2004 eine Koalition mit der hanseatischen CDU.

Rechtsoffene Wählervereinigungen

Neben NPD und rechtspopulistischen Formationen agieren auf regionaler und lokaler Ebene unzählige Wählervereinigungen, von denen einige mit rassistischer Stimmungsmache, »Law-and-Order«-Politik und einem reaktionären Familien-Modell werben. Viele Wählervereinigungen behaupten, jenseits von Parteienklüngel und »Fitz«, unabhängige und sachorientierte Politik »für den kleinen Mann« zu machen. Sie sind bemüht, sich von den etablierten Parteien zu unterscheiden und legen Wert auf ein bürgernahes Image. Die meisten Wählervereinigungen stellen sich als wertneutral und ideologiefrei dar und wollen »weder rechts noch links« sein. Sie unterlägen keiner Parteidisziplin und keinem Programm; die inhaltliche Ausrichtung bestimmen die jeweiligen Protagonist_innen selbst. Derartige Selbstzuschreibungen sind nicht nur schwammig, sie bieten Rechten auch ein Einfallstor. Diese nutzen Wählervereinigungen, um ihre rechte Ideologie verbreiten zu können. Doch sind die Rechten mitnichten der »Wolf im Schafspelz«, viele Wählervereinigungen agieren populistisch und versuchen von der Parteienverdrossenheit in Teilen der wahlberechtigten Bevölkerung zu profitieren: Die Macht müsse (wieder) »vom Volke« ausgehen.

Die größte und bekannteste Wählervereinigung sind die *Freien Wähler (FW)*, die über Landesverbände sowie eine bundesweite Dachorganisation verfügen (Weitzker 2008). Gleichzeitig treten unter diesem Namen auch unabhängige Gruppen zu Kommunalwahlen an. Weil die politischen Inhalte der FW diffus

sind – statt eines Programms existieren lediglich Leitlinien –, die FW mitunter offen im Wähler_innensegment rechts von CDU und CSU »wildern« und Wahlkämpfe teilweise für populistische Forderungen nutzen, sind sie attraktiv für Personen mit rechten und rassistischen Motiven. 2009 sortierte der FW-Bundesverband die bremischen und brandenburgischen Landesverbände aus, diese seien von ehemaligen Mitgliedern der rechtspopulistischen Schill-Partei PRO regelrecht »unterwandert« worden. Zuvor hatte sich der Landesvorsitzende der *FW Bremen* gegen die »Verschwendung« von Steuergeldern für jüdische Friedhöfe ausgesprochen. Auch zur Wahl der Bremer Bürgerschaft 2011 traten die nun unabhängigen *FW Bremen* an und machten gegen Migrant_innen und »Kriminelle« mobil. Der Vorsitzende der FW in Vaterstetten, einer Gemeinde nahe München, musste Anfang 2011 zurücktreten, nachdem er eine Holocaust-Leugnerin mit dem Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo verglichen hatte. In Frankfurt am Main konnten die FW im selben Jahr nach einem rassistisch gefärbten Wahlkampf, der sich in erster Linie gegen Muslim_innen richtete, ihr Wahlergebnis verbessern und erneut in das Frankfurter Rathaus einziehen. Den FW in der Bankenstadt wurde offene Sympathie für die NPD vorgeworfen. Aufsehen erregte eine Demonstration, die sich gegen die Diskriminierung von Christ_innen in muslimisch geprägten Staaten richten sollte, aber auch von christlich-fundamentalistischen und rechtspopulistischen Organisationen unterstützt wurde – mittendrin die *Freien Wähler*.

Diese Beispiele als »Ausrutscher« abzutun, wäre fahrlässig, denn was passiert, wenn Rechtspopulismus im Mantel einer Wählervereinigung hoffähig und hegemonial wird, lässt sich im thüringischen Arnstadt sehen: Die Kleinstadt wird seit 1994 von Hans-Christian Köllmer und der Wählervereinigung *Pro Arnstadt* regiert. Köllmer macht aus seiner rechten Gesinnung keine Mördergrube, besuchte im Jahr 2000 den österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider und duldete 2009 den von Neonazis organisierten »8. Thüringentag der nationalen Jugend«. Inzwischen hegt er offene Sympathien für die selbsternannte *Bürgerbewegung pro Deutschland*.

Regelmäßig machen sich Wählervereinigungen im Rahmen lokaler Konflikte zum Sprachrohr »des Volkes«. Das können kommunale Problemlagen sein, es sind mitunter aber Manifestationen eines rassistischen und gruppenbezogen menschenfeindlichen Alltagsklimas. Als im nordrhein-westfälischen Städtchen Herten eine Moschee gebaut werden sollte, erhob auch die *Unabhängige Bürger-Partei (UBP)* ihre Stimme und machte sich zur Fürsprecherin der »besorgten« Bürger_innen.

Mancherorts dienen Wählervereinigungen als Sammelbecken für enttäuschte CDU-Rechtsaußen und zusammengebrochene rechte Parteien. Es lohnt daher, sich die Personalien und das Gebaren der jeweiligen FW-Gruppierung vor

Ort genau anzuschauen. Nicht selten sind es nämlich Fraktionen von FW und anderen Wählervereinigungen, die zivilgesellschaftliche und antifaschistische Bündnisse sowie Initiativen »gegen rechts« in der Kommune torpedieren. Gleichwohl engagieren sich vielerorts FW-Gruppen in Bündnissen »gegen rechts«. Beispielsweise riefen 2010 gleich mehrere FW-Ortsverbände zu Protesten gegen Neonaziaufmärsche am 1. Mai in Würzburg und Schweinfurt auf. Und die *Wählervereinigung Leipzig (WVL)* mobilisierte zu einem »Massenpicknick«, um gegen eine Kundgebung der NPD zu protestieren.

Kontinuitäten

Dass Parteien wie CDU/CSU, aber ebenso SPD und FDP, manchmal auf dem »rechten Auge blind« zu sein scheinen und geschichtsrevisionistisches oder sozialdarwinistisches Gedankengut in ihren Reihen dulden, verwundert nicht, wenn man um die braune Vergangenheit vieler Parteipolitiker_innen in der frühen Bundesrepublik weiß. Allein im Hessischen Landtag saßen seit 1946 mindestens 75 ehemalige NSDAP-Mitglieder. Besonders hoch war ihr Anteil in der FDP, die frühzeitig von alten Nationalsozialisten »unterwandert« wurde und von vielen nur noch »Gauler-FDP« genannt wurde. Aber auch bei den Grünen fand sich in den 1980ern der eine oder andere Altnazi. Gleich die erste grüne Bundestagsfraktion stolperte über den Skandal um ihr gewähltes Mitglied Werner Vogel – einst SA-Sturmführer (Literaturtipps: Klausch, Hans-Peter (2011) und Klausch, Hans-Peter (o.J.)).

Die Beispiele verdeutlichen erneut: Neonazistische und rechtspopulistische Bemühungen sind keine Randerscheinung, die sich auf einige wenige erfolglose Splitterparteien reduzieren lässt. Immer wieder berichten Medien von »Einzelfällen«, in denen Vertreter_innen demokratischer Parteien sich ganz und gar undemokratisch verhalten. Nach Recherchen des Hessischen Rundfunks im Herbst 2011 wurde bekannt, dass im CDU-Stadtbezirksverband Kassel-Nord ein Neonazi das Amt des Schriftführers ausübte. Nach Bekanntwerden des Falls legte dieser das Amt nieder, will jedoch weiterhin die CDU-Mitgliedschaft behalten. Bereits 2010 hegte ein SPD-Bürgermeister eines kleinen Ortes in Sachsen-Anhalt Sympathien für die NPD und ließ sich anschließend für die Neonazi-Partei zur Landtagswahl 2011 aufstellen.

3.2 Biedermann und Brandstifter: Die Doppelstrategie der Rechten

»Tabubruch« und Provokation

Immer wieder verweisen NPD & Co. auf vermeintliche oder tatsächliche Ängste in der Bevölkerung, die nicht weg zu reden seien und aufgegriffen werden müssten. Auch demokratische Parteien und Medien machen sich diese Rhetorik nicht selten zu eigen und begeben sich schnell in rechtes Fahrwasser. So entsteht ein gesellschaftliches Klima, das rassistische und antisemitische Vorurteile hoffähig macht und nicht verhandelbare demokratische Werte in Frage stellt. Eine der bedeutendsten Strategien ist die Inszenierung vermeintlicher Tabubrüche durch die Abwehr einer halluzinierten »Political Correctness« (PC) (siehe hierzu auch Kapitel 2.2).

Political Correctness

Zunächst nicht negativ besetzt wurde der Begriff Anfang der 1990er Jahre erst in den USA, etwas später in Deutschland, von konservativer Seite als negative Fremdzuschreibung an linke, feministische und antirassistische Zusammenhänge und Inhalte im medialen sowie akademischen Raum eingeführt. Seitdem wurde »Political Correctness« zu einer Art Stigmawort. Mitte der 1990er Jahre von bürgerlichen Zeitungen wie der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* eingebracht, griff die neurechte *Junge Freiheit* 1996 in den Anti-PC-Diskurs ein und initiierte eine regelrechte Kampagne. Heute ist die Abwehr einer angeblichen »Political Correctness« fester Bestandteil neurechter, rechtspopulistischer und neonazistischer Kreise, oft gepaart mit antisemitischen Verschwörungstheorien. Als eine Art »Plastikwort« fungiert PC als Schlüssel zu bestimmten Diskursräumen: Rechtskonservative und Neonazis sprechen hier die gleiche Sprache, können sich ideologischer Übereinstimmungen vergewissern. Damit dient der PC-Begriff nicht zuletzt der Strategie einer Verschiebung des Meinungshorizonts nach rechts.

Doch was hat es mit dem Begriff auf sich? Hier wird suggeriert, dass die Linken und Liberalen, Feminist_innen und Antirassist_innen – die so genannten Gutmenschen – bestimmen würden, was »politisch korrekt« sei und was eben nicht. Damit wird ein Feindbild erfunden, als dessen »Opfer« man sich darstellen und gegen das man ankämpfen kann. »Political Correctness« dient damit einerseits als »Normalisierungs«-Strategie und ist andererseits Tabubruch und Provokation.

Dabei hält die NPD mit öffentlichkeitswirksamen Provokationen die neonazistischen *Freien Kräfte* bei Laune. Auch die Stammwählerschaft kann mit-

tels geschichtsrevisionistischer, rassistischer und antisemitischer Redebeiträge und Anträge angesprochen werden, wählen diese die NPD doch nicht trotz, sondern gerade wegen der neonazistischen Ideologie der Partei. Die Annahme, dass mehrheitlich »Protestwähler« der NPD ihre Stimme geben würden, ignoriert, dass sich die meisten eben doch sehr wohl bewusst sind, was und wen sie wählen.

Vertreter der »kleinen Leute« – Normalisierung

Gleichzeitig bemühen sich die neonazistischen und rechtspopulistischen Abgeordneten als ganz »normale« VertreterInnen der »kleinen Leute« wahrgenommen zu werden. Vermeintlich nicht-ideologische bzw. sachpolitische Initiativen zu den Themenbereichen Sozialpolitik, kommunale Infrastruktur sowie öffentliche Sicherheit sollen die gesellschaftliche Ächtung unterlaufen und dienen der Selbstdarstellung als kommunalpolitisch aktive Partei. NPD-Akteure gefallen sich besonders in der Rolle der »Kümmerer«, die auf lokale Missstände aufmerksam machen. Dabei thematisieren sie nicht selten offensichtliche Problemlagen, wie vermüllte Spielplätze oder unbeleuchtete Straßen, die auch ohne die NPD auf die Agenda der Kommunalverwaltung gekommen wären. Die NPD kostet ihre »Erfolge« in den eigenen Medien genüsslich aus. So freute sich der NPD-Mann Christian Hilse über die bauliche Sicherung einer leer stehenden ehemaligen »Kaufhalle« in der Kleinstadt Lassan im Nordosten der Republik: »Es ist schön zu sehen, das nachdem ich das Thema auch am 28.6.2010 im Kreistag vorgetragen habe, sich der Landkreis endlich um diesen Schandfleck kümmert.« (Mitteilung auf der Homepage des NPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern vom 13.7.2010).

Doch die NPD will nicht einfach nur eine Partei unter vielen sein, sondern stellt sich immer wieder als einzige legitime Vertreterin der Menschen dar. Um dieses Bild aufzubauen und aufrechtzuerhalten, stellen ihre Mandatsträger oft überdurchschnittlich viele Anträge oder malträtierten Landratsämter mit ihren Anfragen. Die NPD-Kreistagsfraktion Ostvorpommern verkündete im August 2011 stolz: »Mit 28 Anträgen steht die NPD-Fraktion einsam an der Spitze« (Mitteilung auf der Homepage des NPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern vom 31.8.2011). Meist handelt es sich um schlecht ausgearbeitete und schon aus formalen Gründen nicht umsetzbare, populistische »Schaufensteranträge« (zit. nach Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. 2009: 24). Oft werden zunächst unideologisch erscheinende Anträge mit rechten Inhalten verknüpft, wie das Beispiel aus dem Stadtrat Verden in Niedersachsen zeigt, wo der NPD-Verordnete Rigolf Henning die Begrünung eines Platzes beantragte. Im zweiten Teil seines Antrages wird die Umbenennung des nach der Frauenrechtlerin Anita Augspurg (1857-1943) benannten Platzes und die Rückbenen-

nung nach Karl von Einem (1853-1934, preußischer Kriegsminister und Generaloberst im Ersten Weltkrieg), gefordert (Antrag vom 25.7.2011).

Vortäuschen kommunalpolitischer Kompetenz und rechte Gremienarbeit

Auch im mecklenburgisch-vorpommerschen Kommunal- und Landtagswahlkampf 2011 zeigte sich, dass die NPD durchaus in der Lage ist, kommunale und regionale Missstände aufzugreifen und mit ihrer neonazistischen Ideologie zu unterfüttern. Den Unmut großer Teile der Bevölkerung in Vorpommern über die Überlastung der Bundesstraße 104 durch den Schwerlastverkehr nutzte die selbst ernannte »Kümmerer«-Partei geschickt aus und forderte die Schließung eines deutsch-polnischen Grenzüberganges. In der strukturschwachen Region am Rand der Republik sind polenfeindliche Einstellungen weit verbreitet und haben Tradition. Zusammen mit dutzenden Neonazis aus der ganzen Region demonstrierten die empörten Bürger_innen gegen Straßenlärm und LKW-Flut. Andere Parteien, die den Konflikt aufgreifen und eine Lösung suchen? Fehlanzeige! Mit zwei Sitzen im Gemeinderat von Löcknitz hat die NPD genau doppelt so viele Mandate wie die SPD. »Die NPD ist die einzige Partei, die mir zuhört« (*Neues Deutschland* vom 24.3.2011), so ein Anwohner.

Obwohl NPD-Ratsmitglieder mancherorts durchaus redigewandt und kommunalpolitisch interessiert auftreten, werden sie von vielen immer noch unterschätzt. Sie äußern sich zu Themen, bei denen man sie nicht erwartet. »Wenn er sich zu Wort meldete, war das immer sachlich. Wäre er nicht in der Partei, könnte man zustimmen«, sagt der Bürgermeister der Kleinstadt Helmstedt Heinz-Dieter Eisermann (*bnr.de – blick nach rechts* vom 9.9.2011). In ihrer Postille *Klartext* resümiert die NPD Reinhardtsdorf-Schöna im Februar 2008: »Die NPD möchte auf der Grundlage einer guten kommunalen Verankerung den Menschen zeigen, dass wir sehr wohl in der Lage sind, eine sinnvolle und bürgernahe Realpolitik zu betreiben. Wir wissen auch, dass es in Gemeinde- oder Stadträten meist um ganz alltägliche Dinge geht. Insofern stimmt die »NPD-Politik« auf Gemeindeebene auch weitgehend mit der Politik der anderen Gemeinderäte überein« (zit. nach Schickert 2009: 230).

Und trotzdem: Die Wortmeldungen, Anträge und Anfragen bleiben Symbolpolitik, mit denen die neonazistische Ratsmitglieder ein Signal an ihr Wählerklientel senden wollen. Es geht meist nicht um eine aktive kommunalpolitische Beteiligung, sondern um die Nutzung des jeweiligen Gremiums als Bühne. Als antidemokratische und antiparlamentarische Partei ist es gar nicht im Interesse der NPD, sich ins »Hamsterrad der Ausschüsse« zu begeben. Holger Apfel, inzwischen NPD-Bundesvorsitzender, erklärte im Dezember 2008 im Interview mit der parteieigenen Postille *Deutsche Stimme*: »die [Ausschüsse] arbei-

ten zweifellos ineffektiv ...: Die Koalition stimmt die Opposition nieder, egal welche Argumente vorgebracht werden. An diesem – unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindendem – Spiel namens ›parlamentarische Demokratie‹ beteiligen wir uns in der Tat nur begrenzt. Wir werden uns auch künftig nicht an diesen Scheingefechten beteiligen« (zitiert nach Janzen/Koch 2009: 14). Mitnichten finden kommunale Ausschüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Dennoch bleiben NPD-Ratsmitglieder in den Ausschüssen in der Regel wortkarg, fehlt hier dann doch das öffentliche Interesse. Bestimmte Ausschüsse sind für sie trotzdem von strategischem Interesse: Ein »Ausschuss für Eingaben und Beschwerden« beispielsweise bietet die Möglichkeit, Informationen über lokale Probleme zu sammeln, um diese dann aufzugreifen und sich möglichst öffentlichkeitswirksam als »Kümmerer« sowie »Sprachrohr« aufgebracht Bürger_innen darzustellen.

Dazu werden mancherorts auch die Bürgerfragestunden instrumentalisiert: Anhänger der NPD kommen als »Bürger von nebenan« daher und stellen vermeintlich unverfängliche Fragen an Verwaltung und Gremium. Dabei werden bisweilen tatsächliche kommunale Problemlagen aufgegriffen. Demokratischen Kommunalpolitiker_innen ist oft nicht bewusst, mit wem sie es zu tun haben, während sich NPD-Ratsmitglieder sofort durch Fürsprache zum vermeintlich unverfänglichen Thema in Szene setzen können. Dass es sich um eine wohl inszenierte Show handeln könnte, merkt man oft erst, wenn es »zu spät« ist.

Professionalisierung und Vernetzung

Von rechten Ratsmitgliedern erwarten Viele eigentlich nur eines: Sie sind inkompetent, faul und zerstreiten sich schnell mit ihren »Kameraden«. Doch anders als die 1998 gewählte und von der DVU-Bundeszentrale ferngesteuerte Fraktion der DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt versuchte sich die sächsische NPD-Fraktion von Anfang an bodenständig und entschlossen zu präsentieren. Man setzte sich mit der Geschäftsordnung auseinander und nutzte die Medien zur Selbstinszenierung. Dieses Vorgehen ist vielerorts auch in den Kreistagen und Stadträten, in denen die NPD vertreten war, zu beobachten.

Der Zugriff auf Ressourcen, Sitzungsgelder, Finanzmittel, Fraktionsräume und Mitarbeiterstellen bietet den Parteien in den kommunalen Gremien die Möglichkeit, sich zu professionalisieren. Als die NPD bei den Berlin-Wahlen im September 2011 in drei Bezirksverordnetenversammlungen ihren Fraktionsstatus einbüßte, verlor sie auch mehrere zehntausend Euro. Die NPD verliert damit nicht nur Mittel, auf die sie angewiesen ist, sondern auch Rückhalt innerhalb des gesamten rechten Spektrums. Auch drohen die in der Wahlperiode gesammelten Erfahrungen zu verschütten. Daher hat die NPD erkannt, welchen Stellenwert der Wissenstransfer für eine nachhaltige kommunale Verankerung hat.

Tatsächlich vernetzen sich in vielen Parteien und Parteistiftungen die kommunalen Mandatsträger_innen auf Bundes- sowie Landesebene in kommunalpolitischen Zusammenschlüssen, die als Foren zum Informationsaustausch dienen. Diese bieten meist Fortbildungen an und geben Zeitschriften heraus. Seit 2003 unterhält auch die NPD eine *Kommunalpolitische Vereinigung (KPV)*, deren Vorsitzender seit 2008 satzungsgemäß Mitglied des NPD-Bundesvorstandes ist. Konzentrierte sich die Arbeit der KPV zunächst auf den Westen der Republik, liegt ihr Schwerpunkt inzwischen in den neuen Bundesländern, in denen das Gros der NPD-Mandate zu verorten ist. Mit der stärkeren Vertretung in kommunalen Gremien gewinnt die NPD-Unterorganisation zunehmend an Bedeutung. Ziel ist der Erfahrungs- und Wissenstransfer zwischen den zum Teil langjährigen und den neu gewählten, noch unerfahrenen NPD-Ratsmitgliedern sowie den Kandidaten. Bei den Schulungen der KPV sollen die Ratsmitglieder gegen die angeblichen »Tricksereien« der Demokrat_innen gewappnet werden, die sie in ihren formalen Rechten beschneiden würden (Jentsch 2010). So fand im Januar 2011 in Leipzig und Krauschwitz eine bundesweite Schulung für NPD-Ratsmitglieder statt. Die KPV hat allerdings kein Interesse daran, dass Informationen über Innenleben und Aktivitäten nach außen dringen: Jedes Mitglied hat eine »Verschwiegenheitserklärung« zu unterzeichnen, in der es versichert, nicht für einen in- oder ausländischen Geheimdienst tätig zu sein oder Informationen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Erst seit Mitte 2011 verfügen auch *Pro NRW* und *Pro Deutschland* über eine *Kommunalpolitische Vereinigung der Pro-Bewegung (KPV Pro)*, die aber »nicht nur Mandatsträgern der Pro-Bewegung offen [stehe], sondern auch kommunale Mandatsträger anderer Parteien, die im Grundsatz nicht mit der Pro-Bewegung konkurrieren und nicht extremistisch sind« (Selbstdarstellung der KPV Pro auf ihrer Webseite). Die *KPV Pro* verstehe sich »als ein Forum für die überparteiliche Zusammenarbeit freiheitlicher Parteien in Deutschland im Bereich der Kommunalpolitik« und sieht *Die Republikaner (REP)* und *Bürger in Wut (BIW)* offenbar als potenzielle Kooperationspartner. Ähnlich wie bei der KPV der NPD sollen Räte »fit für das Mandat« (ebd.) gemacht werden. Dabei geht es der *KPV Pro* nicht um die bloße Fortbildung in Fragen der Sachpolitik und Kommunalverwaltung. Im August 2011 trat die Gruppierung dem *Städte-Bündnis gegen Islamisierung* bei, das 2008 im belgischen Antwerpen von den rechtspopulistischen und ultrarechten Parteien *Vlaams Belang*, *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)*, *Pro Köln* und REP gegründet wurde. Diese Parteien initiierten noch im gleichen Jahr mit der *Euroregionale Kommunal* auch einen länderübergreifenden Zusammenschluss, mit dessen Hilfe »die befreundeten Parteien nun auch kommunalpolitisch ihre Kräfte bündeln wollen« (Pressemitteilung der REP).

Praktische Auswirkungen der bundesweiten Vernetzung von Ratsmitgliedern und Fraktionen zeigen sich insbesondere bei der NPD in Form von »Wanderanträgen«, also Anträgen, die fast wortgleich in mehreren kommunalen Gremien eingebracht werden. Beispielhaft hierfür steht der geschichtsrevisionistische Antrag »Rote Stolpersteine gegen das Vergessen«, der zunächst in den Schweriner Landtag eingebracht wurde und im April 2008 die Runde durch die Berliner Bezirksverordnetenversammlungen machte, um danach bei den NPD-Ratsmitgliedern im Brandenburger Kreistag Oder-Spree anzukommen.

Rechte Frauen in der Kommunalpolitik

Der Anteil von Frauen in Neonazi-Organisationen, rechten und rechtspopulistischen Parteien ist relativ gering. 27% der NPD-Mitglieder sind Frauen (Lang 2010: 130). Trotzdem hat gerade die NPD den Nutzen der Einbindung von Frauen in den kommunalen Gremien für sich erkannt, »weil Frauen eben anders wirken« (unveröffentlichtes Transkriptionsmanuskript des *antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v.*), wie es der damalige Berliner Landesvorsitzende Jörg Hähnel 2008 auf einer Veranstaltung der NPD-Frauenorganisation *Ring Nationaler Frauen (RNF)* ausdrückte.

Weibliche Ratsmitglieder erscheinen harmloser und bürgernäher als ihre männlichen Kollegen. Ihnen wird von Seiten der demokratischen Ratsmitglieder weniger Aufmerksamkeit zuteil. »Frauen prägen mittlerweile Aktionen, Themenwahl und Image mit.« (Röpke/Speit 2011: 9) Gerade bei den so genannten weichen Themen wie Frauen- und Familienpolitik wird ihnen nicht selten eine gewisse Kompetenz zugesprochen. Die Frauen erzielen nicht selten bessere Ergebnisse bei Kommunalwahlen als Männer. Sie werden schlicht unterschätzt – und das weiß die NPD! Dabei agieren rechte Frauen in kommunalen Gremien oft nicht weniger aggressiv. Viele treten selbstbewusst ans Rednerpult und provozieren wortgewandt. Sie sind ideologisch geschult und professionalisieren ihre Arbeit stetig.

Ring Nationaler Frauen (RNF)

2006 gegründet, ist der RNF eine offizielle Unterorganisation der NPD. Er möchte Plattform für »nationale Frauen« inner- wie außerhalb der Partei sein und der Unterrepräsentanz von Frauen in der NPD entgegenwirken. So sollen zum einen interessierte Frauen für die Parteiarbeit gewonnen werden. Zum anderen dient der RNF der Vernetzung von Aktivistinnen und Funktionärinnen. 2009 kam es zum Eklat, als die damalige Bundessprecherin Gitta Schüßler nach einem Misstrauensvotum von ihrem Amt zurücktreten musste. Sie hatte den NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern als

»Männersekte« bezeichnet, weil zwei Frauen, die bei den Kommunalwahlen Mandate erringen konnten, ihre Sitze an männliche NPD-Kandidaten abtreten mussten. Mit der Wahl von Edda Schmidt zur neuen Bundessprecherin wird der RNF nun von einer völkischen »Hardlinerin« geführt. Neben dem RNF ist die neonazistische *Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF)* die bedeutendste Frauenorganisation (zu Frauen in der Neonaziszene außerhalb kommunaler Gremien siehe Kapitel 4.1)

3.3 Der Umgang der Demokrat_innen

Die NPD hat eine klare Strategie, die sie über die kommunalen Gremien kontinuierlich verfolgt. Eine konsequente Gegenstrategie fehlt vielerorts. Es kann dabei nicht um das *eine* richtige Vorgehen im Umgang mit ihnen und ihren Ideologien in der Kommune gehen, sondern um den Willen zur aktiven und nachhaltigen Auseinandersetzung mit Rassismus und anderen Diskriminierungsformen. Ziel sollte immer die Stärkung und Etablierung einer menschenrechtsorientierten und demokratischen Kultur als Prozess sein.

Im Wahlkampf

Gerade öffentliche Veranstaltungen, also Parteiversammlungen oder Podiumsdiskussionen mit Vertreter_innen der demokratischen Parteien, aber auch Veranstaltungen zum Thema Neonazismus, Rassismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit wurden in der Vergangenheit immer wieder von Neonazis und rechtspopulistischen Akteuren heimgesucht. Sie versuchen mittels »Wortergreifung(en)«, die gesellschaftliche Ächtung zu unterlaufen und ihre eigene Partei als kompetente und legitime Alternative darzustellen.

Wortergreifungsstrategie

Seit einigen Jahren verfolgen insbesondere NPD-VertreterInnen die Strategie, Veranstaltungen zu unterwandern. Sie versuchen so, die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben und ihre Ideologie als Teil des Meinungsspektrums darzustellen. Dabei gibt es keine Verpflichtung, NPD und Co. auf Podien oder Wahlforen einzuladen und ihnen so eine Plattform für ihre rassistische und menschenverachtende Ideologie zu bieten. Doch auch im Publikum sitzende Rechte versuchen mit eigenen Wortbeiträgen, die Diskussion umzulenken und den Veranstaltungsteilnehmer_innen die Diskussion mit ihnen aufzuzwingen. Oft gelingt es diesen, den ursprünglichen Zweck der jeweiligen Veranstaltung völlig ad absurdum zu führen. Sobald die Rechten merken, dass sie auf Widerstände bei anderen Teil-

nehmer_innen stoßen, kann die »Wortergreifungsstrategie« leicht geändert werden: Mit Pöbeleien, Zwischenrufen und aggressivem Auftreten wird versucht, einen Abbruch der Veranstaltung zu erzwingen (Literaturtipp: *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin* 2011)

Ausschluss von rechten BesucherInnen

Um rechte Akteure und sich in rassistischer oder antisemitischer Weise äussernde Personen von öffentlichen Veranstaltungen rechtswirksam auszuschließen, können Veranstalter sich auf §6 des Versammlungsgesetzes berufen. Dazu gehört unter anderem folgende Ankündigung: »Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die extrem rechte Parteien oder Organisationen angehören, der extrem rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen«. Es ist dabei wichtig, diesen Satz auf Flyer, in Internetankündigungen, in Pressemitteilungen oder Rundmails zu verwenden, da er sonst seine rechtliche Wirksamkeit verlieren kann. Es reicht nicht, den Satz lediglich bei der Veranstaltung selbst auszuhängen. Weitere Tipps bei *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)*: www.mbr-berlin.de

Weil rechte Aktivisten oft nicht »einfach nur mal reden« wollen, sondern Vertreter_innen demokratischer Parteien und Wählervereinigungen bedrohen oder gar gewaltsam auftreten, ist es ebenso ratsam, sich der Gefahren bewusst zu werden, um auf Vorkommnisse reagieren zu können. Gerade zu Wahlkampfzeiten kommt es an Infoständen tagtäglich zu neonazistischen und rassistischen Pöbeleien. Demokratische Wahlhelfer_innen werden von *Anti-Antifa*-Aktivisten abfotografiert und bedroht. Auch tätliche Angriffe gehören dazu. Als die Linkspartei.PDS im August 2006 einen Infostand im Berliner Stadtteil Rudow durchführte, attackierten mehrere mit Eisenstangen und Pfefferspray bewaffnete Neonazis die Standbetreiber_innen.

Anti-Antifa

Als *Anti-Antifa* bezeichnet man das Ausspähen und die Aktivitäten von Neonazis und anderen Rechten gegen Antifaschist_innen, Politiker_innen, zivilgesellschaftlich Engagierte, Polizist_innen, Journalist_innen und alternative Jugendliche. Dabei sammeln *Anti-Antifa*-Akteure persönliche Daten, Adressen und Fotos der Betroffenen, legen Namenslisten an und veröffent-

lichen diese gegebenenfalls im Internet oder eigenen Publikationen. In vielen Fällen folgen Einschüchterungen, Bedrohungen und tätliche Angriffe auf politisch Andersdenkende. Im Internet kursieren Morddrohungen; Betroffenen wird vor ihrer Wohnung aufgelauert. Seit einigen Jahren haben Neonazis Parteibüros ins Visier genommen. Besonders Wahlkreisbüros und Geschäftsstellen der Partei *DIE LINKE* werden regelmäßig mit neonazistischen Parolen beschmiert und die Fensterscheiben eingeworfen. Auch Vertreter_innen anderer Parteien werden immer wieder bedroht oder angegriffen. Seit Januar 2010 zählt die Bundestagsfraktion *DIE LINKE* weit über einhundert solcher Vorfälle.

Die Vorbereitung auf potenziell gefährdete Stände ist daher unumgänglich. So sollten sich die Wahlkampfteams und ihre Wahlhelfer_innen bereits im Vorfeld über Sicherheitsaspekte und mögliche Vorgehensweisen im Ernstfall verständigen: Wie reagiere ich auf Einschüchterungsversuche und Beleidigungen? Welche Rechte habe ich, wenn Neonazis Infomaterial entwenden oder mich und andere abfotografieren? Wann suche ich mir Hilfe bei anderen Wahlhelfer_innen oder von Passant_innen? Wann rufe ich die Polizei? Und was passiert eigentlich nach einer Störung oder Bedrohung? Unterstützung bei der Erstellung von Checklisten bieten u.a. die Mobilen Beratungsteams (eine Auswahl im Kapitel 5).

Meist werden Wahlhelfer_innen und Kandidat_innen jedoch mit neonazistischen und menschenfeindlichen Aussagen und Parolen konfrontiert, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Viele sind jedoch unsicher, wie sie angemessen reagieren und eine Gegenposition formulieren können, ohne dem Gegenüber zu viel Raum zu lassen. Oftmals »verzetteln« sie sich und laufen Gefahr, rechte Positionen aufzuwerten oder gar zu reproduzieren. Mithilfe von Argumentationstrainings können Unsicherheiten abgebaut und Gegenstrategien entwickelt werden (siehe Kapitel 5).

»Wir müssen reden...« – Formen des Umgangs in kommunalen Gremien

Wenn Vertreter rechter Parteien in kommunale Gremien einziehen, ist die Aufregung bei demokratischen Kommunalpolitiker_innen zunächst groß. Oft herrscht Verunsicherung über den »richtigen« Umgang mit ihnen. Es ist ein »Dilemma«: Egal, was die Vertreter_innen der demokratischen Parteien tun, die Rechten können es für ihre Zwecke auslegen, so scheint es. Benno Hafenecker und Sven Schönfelder haben drei idealtypische Umgangsformen herausgearbeitet (vgl. Hafenecker/Schönfelder 2007: 17ff.):

Erstens: Vielerorts werden rechte Gremienmitglieder und Fraktionen von den demokratischen Parteien ignoriert und beschwiegen. Anträge der Rechten

werden ohne inhaltliche Auseinandersetzung abgelehnt oder in die Ausschüsse verwiesen; gelegentlich wird die Geschäftsordnung verändert, um beispielsweise die Bildung von Fraktionen zu vermeiden oder die Redezeit von Ratsmitgliedern zu senken. So soll es den rechten Parteien unmöglich gemacht werden, die kommunalen Gremien als Plattform zu nutzen. Wird die Ausgrenzung und Nicht-Beachtung aber nicht sachlich begründet, können sich diese den BürgerInnen als »verfolgte Unschuld« präsentieren.

Zweitens: Gelegentlich versuchen Demokrat_innen, sachbezogen über kommunal- und sachpolitische Anträge der Rechten zu debattieren. Solange die Initiativen unsinnig sind und an den Bedürfnissen der jeweiligen Kommune vorbeigehen, kann dieser Umgang erfolgreich sein und die Inkompetenz der rechten Ratsmitglieder entlarven. In vielen Kommunen aber greifen sie durchaus kommunale Problemlagen auf. Hier wird eine fundierte Ablehnung schwierig. Außerdem können Demokrat_innen so nicht deutlich machen, welche Ideologie und Strategie hinter den vermeintlich ideologiefreien Initiativen stecken, die sich vordergründig mit Ampelanlagen oder Schulspeisungen befassen.

Drittens: Diese Entlarvung kann einzig mit einer »selbstbewusst-dechiffrierenden Auseinandersetzung« (ebd.: 19) geleistet werden. Ein derartiges Vorgehen setzt aber das Wissen um neonazistische und rechtspopulistische Ideologien und Politiken voraus, macht eine kontinuierliche Behandlung des Themas notwendig und erfordert eine für die Bevölkerung verständliche Informationsarbeit. Ziel muss es sein, den menschenverachtenden Gehalt neonazistischen und rechtspopulistischen Gedankengutes zu verdeutlichen und Akteur_innen für ein Engagement »gegen rechts« zu gewinnen. Der Ansatz bietet die Chance der Vernetzung und Kooperation von Kommunalpolitik, kommunaler Verwaltung, Medien und demokratischer Zivilgesellschaft.

Bei allen drei Umgangsformen kommt es gerade darauf an, auch die vordergründig kommunal- und sachpolitischen Initiativen kritisch zu hinterfragen und auf die dahinter stehende Motivation der Antragsteller zu überprüfen. So mag eine Initiative für einen neuen Zebrastreifen in einer Seitenstraße oder gegen die Zentralisierung der Rettungsleitstellen im Landkreis sinnvoll und »gut« erscheinen, gut gemeint ist er deswegen nicht. Denn der NPD geht es nicht um ernsthafte Kommunalpolitik, sondern um die Selbstdarstellung als »ganz normale« Partei. Auch schwadronieren NPD-Ratsmitglieder in den Gremien immer wieder gegen das »undemokratische« Vorgehen der anderen Parteien: Dann nämlich, wenn es sich gegen sie selbst richtet und sie in ihrem Agieren beschnitten werden. Die NPD argumentiert damit, dass sie ja demokratisch gewählt sei und lediglich den Wählerwillen repräsentiere. Doch: Wer demokratisch gewählt wird, ist deshalb noch lange kein Demokrat. Die NPD ist zwar bis dato legal, deswegen aber keineswegs demokratisch.

Umso herausragender ist die Bedeutung einer schlüssigen Begründung der demokratischen Ächtung. Die inhaltliche Auseinandersetzung fällt manchen demokratischen Vertreter_innen jedoch nicht leicht, kommt es doch auf eine fundierte Beweisführung des undemokratischen und rassistischen Charakters der NPD an. Unsicher in der Argumentation, insbesondere bei vermeintlich »unideologischen« Initiativen (Anträge, Anfragen usw.), wird die Ablehnung oft nicht inhaltlich begründet. Dabei reicht es oft, sich der eigenen demokratischen und humanistischen Werte zu versichern und sich auf ein antifaschistisches Selbstverständnis zu berufen. Um eine adäquate Reaktion zu ermöglichen, ist außerdem eine Abstimmung der demokratischen Fraktionen unerlässlich.

Manche Vertreter_innen demokratischer Parteien schrecken trotzdem vor einer allzu offensiven Abwehr rechter Bestrebungen und deren Problematisierung zurück, weil sie um die Gunst der Wähler_innen fürchten oder gar selbst mit dem rechten Gedankengut sympathisieren. Gerade in ländlichen Regionen kennen sich die Menschen, sind gemeinsam zur Schule gegangen, trainieren im selben Fußballverein und engagieren sich bei der Freiwilligen Feuerwehr. Auch die in der Kommunalpolitik Aktiven sind oft »alte Bekannte«. Uwe Leichsenring, der bis zu seinem Tod für die NPD in der Sächsischen Schweiz enorme Wahlerfolge einfuhr, war in der Königsteiner Stadtgesellschaft als Fahrlehrer allgemein anerkannt. Gleich um die Ecke, in Reinhardtsdorf-Schöna kennt jede_r den Klempner Michael Jacobi. Der sei »ein guter Kerl«, dachten sich 405 Menschen des 1.500-Seelen-Dorfes bei den Gemeinderatswahlen im Juni 2011. Dass Jacobi für die NPD antritt, stört hier niemanden. Wenn NPD und Co. mit ausländerfeindlichen, rassistischen Inhalten Programm machen, scheinen viele Bewohner_innen Probleme mit einer deutlichen Abgrenzung zu haben.

Angesichts dieses Versagens der demokratischen Kultur in ganzen Landstrichen Deutschlands ist ein »Aussitzen« des NPD-Problems mehr als fahrlässig. Sie entzaubern sich keineswegs selbst. Statt sie einfach nur zu ignorieren oder klein zu reden, sollte die Gefahr offen benannt und in der Kommune problematisiert werden. Zu einer klaren Abgrenzung von den neonazistischen Ratsmitgliedern und ihrer Ideologie gehört es auch, ihnen einen kollegialen Umgang zu verweigern. Es ist mitnichten eine Verpflichtung, Neonazis oder rechtspopulistischen Akteuren die Hand zu schütteln oder ihnen die Tür aufzuhalten. Manche rechte Vertreter suchen gar aktiv den Kontakt zu demokratischen Akteuren, um der Isolation zu entgehen und die demokratischen Abgrenzungsbemühungen zu unterlaufen. Sie versuchen, andere Gremienmitglieder in Flurgespräche zu verwickeln und ihr Vertrauen zu gewinnen. Wer diese Gepflogenheiten verweigert, ist keineswegs unhöflich oder gar undemokratisch, sondern macht deutlich, dass sie eben nicht Teil des demokratischen Spektrums sind.

Konsens der Demokrat_innen

Dresden im September 2008: Erstmals bekommt ein Antrag des NPD-Ablegers *Nationales Bündnis Dresden (NBD)* eine Mehrheit. Ratsmitglieder von CDU, FDP und der *Linksfraktion.PDS*, einer Abspaltung der Fraktion *DIE LINKE*, votieren für eine Schweigeminute für die Opfer des 11. September 2001. Noch einige Wochen zuvor erklärte der sächsische CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer: »Nie wird ein CDU-Politiker in Sachsen mit der NPD stimmen« (*Spiegel-Online* vom 27.8.2008). Die Stimmen der NPD zumindest billigend in Kauf genommen haben im Juli 2009 die Wählerversammlung *Für Rostock – Pro OB* und die FDP in der Rostocker Bürgerschaft (siehe Infoportal npd-blog.info vom 26.7.2011).

Gerade die NPD hat es sich zum Ziel gesetzt, die von ihr so benannten »Blockparteien« gegeneinander auszuspielen, den Zwist zu schüren. Das gelingt nicht immer, aber über den »richtigen« Umgang mit den Neonazis oder rechtspopulistischen Akteuren ist man sich vielerorts uneins. Der oft auf Landesebene der demokratischen Parteien ausgerufenen »Konsens« in der Ablehnung der Anträge, z.B. der NPD, scheint schon in den kommunalen Gremien nicht mehr bindend. Zwar besteht meist auch hier ein unausgesprochener »Konsens«, er bleibt aber leer ohne die aktive inhaltliche Auseinandersetzung und eine Qualifizierung des Umgangs. Wollen die einen die NPD und Co. »rechts liegen lassen«, um sie nicht »aufzuwerten«, die anderen aber eine aktive Auseinandersetzung erreichen, entsteht leicht eine konfliktäre Situation, die die rechten Parteien ausnutzen können.

Um rechten Vereinnahmungsversuchen entgegenzutreten, sollten sich die im jeweiligen kommunalen Gremium vertretenen demokratischen Parteien und Wählerversammlungen auf einen Minimalkonsens einigen, der folgende Handlungsmaximen enthält:

Erstens: Nicht mit den Stimmen von NPD und Co. kalkulieren: Sie stimmen immer wieder demonstrativ für Anträge der Demokrat_innen. Die Folge sind nicht selten gegenseitige Vorwürfe, die Stimmen der Neonazis und rechtspopulistischen Akteure für die eigene Mehrheit einkalkuliert und sie damit überhaupt erst salonfähig gemacht zu haben. Um der Gefahr zu entgehen, dass der eigene Antrag nur mit den Stimmen der Rechten, die sich als »Zünglein an der Waage« gerieren, durchgebracht wird, können einzelne demokratische Gremienmitglieder der Abstimmung fernbleiben oder sich enthalten.

Zweitens: Rotationsprinzip: Um NPD und Co. nicht zu viel Aufmerksamkeit zuteilwerden zu lassen, sie aber auch nicht einfach zu ignorieren, sollte sich nach Möglichkeit nur ein_e demokratische_r Vertreter_in inhaltlich äußern und die gemeinsame Ablehnung des Antrages begründen. Damit sich alle Parteien äußern können und die inhaltliche Auseinandersetzung nicht von einzelnen Ak-

teuren abhängt, rotiert die Verantwortlichkeit der Entgegnung zwischen den demokratischen Parteien und Wählervereinigungen. Variabel können auch Vertreter_innen jeweils einer großen und einer kleinen Partei auf die entsprechende neonazistische oder rechtspopulistische Initiative reagieren. Dabei ist »Konsens« kein Dogma. Die »Gemeinsamkeit der Demokraten« in der Ablehnung neonazistischer und rechtspopulistischer Politik bedeutet keineswegs, dass Unterschiede negiert werden müssten. Das Gegenteil ist der Fall: Eigenes Engagement kann damit nicht ersetzt, sondern lediglich flankiert werden.

Mal unter uns

Neben der zu verstetigenden Kooperation der Parteien und Wählervereinigungen, die über bloße Lippenbekenntnisse und Willensbekundungen hinausgeht, ist eine nachhaltige Bearbeitung des Themas »Kampf gegen rechts« innerhalb der eigenen Partei vonnöten. Nicht selten mangelt es an einer strukturierten Vernetzung. Oft weiß die Fraktion des einen Kreistages nicht, wie die Fraktionskolleg_innen im benachbarten Landkreis mit den rechten Vertretern umgeht. Hier geht viel Know-How verloren. Auch fehlt der kommunalen Parteilarbeit zum Thema nicht selten die Unterstützung der Landes- sowie Bundesebene. Dabei können diese die Vernetzung und die Entwicklung übergreifender Strategien tragen und unterstützen.

Darüber hinaus können bestehende Strukturen und Gremien genutzt werden – und werden mitunter bereits genutzt. Gemeint sind nicht nur die Antifa-Arbeitsgemeinschaften auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene, sondern ebenso andere Arbeitsgemeinschaften/Arbeitskreise. Auch die linken Kommunalpolitischen Foren und Vereinigungen können mit Fortbildungsangeboten zum Themenkomplex eine multiplikatorische Funktion wahrnehmen. Nicht zuletzt bieten sich die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* sowie ihre Landesstiftungen als Einrichtungen der politischen Bildung an (weiteres siehe unter Kapitel 5.1).

Kommunalverwaltung gegen rechts

»Das gibt's bei uns nicht.« Wenn Bürgermeister_innen oder Verantwortliche aus der Verwaltung nach der NPD oder rassistischer Gewalt gefragt werden, reagieren viele abwehrend. Die Erwähnung der eigenen Gemeinde im Zusammenhang mit rechter Gewalt wird als Imageschaden, als Makel betrachtet. Gemeinden, in denen das Problem nicht erkannt wird, sind schlecht aufgestellt und verfügen oft über eine nur schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft. Erst wer sich des Problems mit den Rechten annimmt, die Thematisierung nicht als »Nestbeschmutzung« sieht, sondern als Chance einer tiefer gehenden Auseinandersetzung begreift, und zivilgesellschaftliches Engagement stärkt, kann Hegemoniebestrebungen von NPD und Co. etwas entgegensetzen. Insbesondere den Bürgermeister_innen kommt

eine herausragende Stellung in der Wahrnehmung rechter Gewalt und der Benennung von Alltags-Rassismus zu (vgl. Held u.a. 2008: 80ff.).

Die kommunale Verwaltung sollte sich nicht allein als exekutive Einrichtung begreifen, sondern als Institution zur Förderung demokratischer Kultur in der Kommune. Die Verantwortlichen sollten in der Entwicklung eines qualitativen Demokratiebegriffs eingebunden sowie zur gemeinsamen Erarbeitung von Interventions- und Präventionsmaßnahmen verpflichtet werden. Kommunalpolitik und -verwaltung können zivilgesellschaftliches Engagement nicht nur symbolisch, sondern ebenso materiell und monetär unterstützen. Zum Beispiel rufen manche Gemeinden jährlich Ehrenamtspreise aus, die an zivilgesellschaftliche und antifaschistische Initiativen verliehen werden können. Das entbindet jedoch nicht von einer nachhaltigen inhaltlichen Auseinandersetzung mit den neonazistischen und rechtspopulistischen Strukturen vor Ort.

Mit Recht gegen rechts

Die strikte Nutzung und Auslegung der Geschäftsordnung kann den Spielraum der neonazistischen und rechtspopulistischen Ratsmitglieder im Gremium beschneiden. Und dies oft schon ohne eine restriktive Änderung der Regularien, die zumeist auch eine Einengung der demokratischen Freiheiten Aller bedeutet. So richtet sich ein Heraufsetzen der Mindestgrenze zur Fraktionsbildung, dessen Ziel es ist, Ressourcen, Finanzen und Räume verweigern zu können, nicht nur gegen Parteien wie die NPD, sondern gleichermaßen gegen alle anderen kleinen Parteien und Wählervereinigungen. Ein anderer Schritt, mit dem Rechte ausgeschlossen werden können, ist die Verkleinerung von Ausschüssen. Kleine Parteien erhalten dann in bestimmten Ausschüssen keine Sitze mehr und verlieren hier ihr Stimmrecht. Auch dieses Vorgehen sollte wohl durchdacht werden und kann nicht als Allheilmittel gegen NPD und Co. gesehen werden. Formale Maßnahmen können und dürfen eine inhaltliche Auseinandersetzung nicht ersetzen.

Trotzdem ist auch eine Auseinandersetzung auf juristischer Ebene praktikabel, insbesondere dann, wenn die Inhalte von Redebeiträgen oder Anträgen gegen Gesetze verstoßen. Ebenso strafrechtlich relevant ist das Zeigen verbotener Symbolik sowie andere Propagandadelikte.

Was ist strafbar?

§ 86 Strafgesetzbuch (StGB): Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

Verfolgt wird das öffentliche Zeigen von Symbolen, Abbildungen oder Tondokumenten als verfassungswidrig verboten erklärter Organisationen.

Nicht verboten ist der bloße Besitz und die Herstellung ohne Verbreitungsabsicht.

§ 86a StGB: Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

Wer Kennzeichen (Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Grußformen oder Parolen) verfassungswidriger Organisationen öffentlich oder in Versammlungen verwendet, macht sich strafbar.

§ 86 und 86a müssen als Officialdelikte von Amts wegen verfolgt werden. Eine Anzeige genügt.

§ 130 StGB: Volksverhetzung

Wer zu Hass und Gewalt gegen Bevölkerungsgruppen aufruft, diese verächtlich macht oder verleumdet und ihre Menschenwürde verletzt, macht sich strafbar. Das Leugnen, Verharmlosen oder Billigen der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden ist ebenso strafbar nach § 130.

§ 185 StGB: Beleidigung

Der § 185 schützt die persönliche Ehre und kann per Strafantrag innerhalb von drei Monaten nach der Tat herangezogen werden. Der Strafantrag kann nur von der betroffenen Person, einem Erben oder Dienstvorgesetzten gestellt werden.

§ 189 StGB: Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener

Strafbar sind wahrheitswidrige oder verleumderische Aussagen über verstorbene Dritte. Auch das Leugnen des nationalsozialistischen Massenmordes an den europäischen Jüdinnen und Juden.

Umgang mit rechtem Publikum

Greifswald: In der konstituierenden Kreistagssitzung im Dezember 2011 greifen Neonazis andere Zuschauer_innen an, die mit einem Transparent und Luftballons auf die von der NPD ausgehende Gefahr aufmerksam machen wollen. Immer wieder kann es zu Einschüchterungsversuchen von Neonazis gegen demokratische Vertreter_innen und engagierte Bürger_innen kommen, die verbal bedroht und abfotografiert werden. In manchen kommunalen Gremien sind regelmäßig Neonazis als Gäste anwesend. In der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Lichtenberg sammeln sich seit Längerem Vertreter des örtlichen NPD-Kreisverbandes und der lokalen Neonaziszene. Um rechten Einschüchterungs- oder Störversuchen im Gremium erfolgreich zu begegnen, sind vorherige Absprachen zwischen Gremien- und Fraktionsvorsitzenden der demokratischen

Parteien sinnvoll. Entsprechende Szenarien, die ein entschlossenes Handeln nötig machen, sollten schon einmal gedanklich durchgespielt und besprochen werden. In der Regel nimmt der_die Gremienvorsitzende das Hausrecht wahr und kann gemäß Geschäftsordnung Personen ausschließen, die den regulären Ablauf einer Sitzung stören. Wenn die entsprechenden Personen dem Ausschluss nicht Folge leisten, muss die Polizei den Ausschluss vollziehen.

Um den Rechten den Besuch von Gremiensitzungen zu erschweren, »besetzen« engagierte Bürger_innen die Plätze. Damit verhindern sie nicht nur die Vereinnahmung des öffentlichen Raums, sondern setzen auch ein Zeichen für Zivilcourage und eine demokratische Kultur in der Kommune.

3.4 Alles gut? Herausforderungen im Umgang der Demokrat_innen

Ermüdungserscheinungen entgegenwirken

Oft beschränken sich die demokratischen Vertreter_innen ausschließlich auf eine symbolische Abgrenzung gegenüber den Rechten, insbesondere dann, wenn sie bereits über einen längeren Zeitraum mit ihrer Präsenz konfrontiert sind: Die NPD stellt mal wieder einen Antrag, wieder tritt ein demokratischer Vertreter ans Redepult und begründet die Ablehnung des Antrages. Es wird abgestimmt und das Problem hat sich erledigt. Alle sind erleichtert, dass es so glimpflich abgegangen ist und man zur Tagesordnung zurückkehren kann. In vielen kommunalen Gremien und in den einzelnen Fraktionen tun sich früher oder später »Expert_innen« hervor, die – freiwillig oder nicht – in der Auseinandersetzung mit den Rechten als Erste in Erscheinung treten. Sie bleiben oft die Einzigen.

Dieser Spezialisierung muss entgegengesteuert werden, denn die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und neonazistischer Ideologie ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe, der sich alle stellen müssen. Zwar kann es durchaus Einzelne geben, die sich der Thematik kontinuierlicher widmen als andere, Aktivitäten koordinieren sowie Wissen und Menschen zusammen führen. Doch nichts ist demotivierender für andere Ratsmitglieder, als die Feststellung, dass sich niemand für ihr Engagement interessiert und dass sie selbst in der eigenen Fraktion keinen Rückhalt genießen.

Auseinandersetzung auf allen Ebenen

Die Akteure in einer Kommune haben die Wahl: Zwischen einer pluralistischen Gesellschaft als Grundlage zur Ausformung einer demokratischen und alternativen Kultur und einer konfliktlosen Gemeinde, in der rassistische und rechtsmotivierte Gewalt als »unpolitisch« bagatellisiert wird und alles daran gesetzt wird, doch nur den »lieben Frieden« zu erhalten. Ebenso ist dem »Rechtsex-

tremismus« mit eindimensionalen, meist ausschließlich repressiven Lösungsansätzen nicht beizukommen.

Es bedarf einer politisierten Gesellschaft im Großen wie im Kleinen, die sich ihrer demokratischen Rechte bewusst ist. Wo hingegen eine »Politik« des Wegschauens betrieben wird, wo rechte Gewalt und Alltags-Rassismus »normal« zu sein scheinen, sind entpolitisierte Räume, ist Politik im Sinne eines »Bewusstsein[s] des gesellschaftlichen Konflikts« (Agnoli 2004: 79) abwesend.

Die Arbeit von antifaschistischen Initiativen und zivilgesellschaftlichen Vereinen ist unerlässlich für ein menschenrechtsorientiertes Miteinander in der Kommune. Solche Initiativen benötigen monetäre Förderung wie immaterielle Wertschätzung. Doch an vielen Orten wird das zumeist ehrenamtliche Engagement selten honoriert. Dabei sind soziale Netzwerke in der Kommune eine Ressource, die es in der Auseinandersetzung mit rechten Ideologien der Ungleichwertigkeit abzurufen gilt (Strobl/Lobermeier 2010: 310f.).

Eine fruchtbare Auseinandersetzung mit diesen Ideologien impliziert eben auch, den Ernstfall demokratischen Zusammenlebens täglich zu erproben: Aushandlungs- und Entscheidungsfindungsprozesse zu fördern und auszuhalten, aber auch soziale Missstände zu problematisieren, gehört zu einer lebendigen Kommune. Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich hingegen sind wenig förderlich und können den rechten Bestrebungen direkt Vorschub leisten. Die Förderung von Bibliotheken und Jugendfreizeiteinrichtungen dagegen können als Präventionsmaßnahmen verstanden werden, denn nur Orte, an denen Menschen sich wohl fühlen, lernen können und solidarisch sind, sind gegen rechte Umtriebe gewappnet. Das informelle bürgergesellschaftliche Netzwerk – von der Freiwilligen Feuerwehr über Kirchengemeinde und Kindergarten bis hin zum Sportverein – kann genutzt werden, um erfolgreiche Proteste gegen Neonaziaufmärsche auf die Beine zu stellen und gleichzeitig eine lokale demokratische Identität zu etablieren. Auch Bündnisse zwischen Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, antifaschistischen Gruppen sollten angestrebt werden. Nicht zuletzt: Betroffene rassistischer und rechtsmotivierter Gewalt zu unterstützen und sich mit ihnen solidarisch zu zeigen, stärkt das Miteinander (siehe auch Kapitel 5.4).

Demokratischen Streit suchen

Hausgemachte Defizite sollten zurückgedrängt werden: Wenn die inhaltlichen Unterschiede zwischen den demokratischen Parteien auf kommunaler Ebene immer mehr zu verwischen drohen, können NPD & Co. als »Anti-Establishment«-Parteien auftrumpfen. Wenn schon auf kommunaler Ebene kein politischer Streit mehr stattfindet, wird Parteienverdrossenheit bestärkt – ein Punkt,

der noch dadurch befördert wird, dass die derzeitigen kommunalen Repräsentationsstrukturen immer weniger in der Lage sind, die komplexen Lebensweisen der Menschen in der Kommune abzubilden. Tatsächlich werden kommunale Gremien oft als bloße Verwaltungsorgane betrachtet, in denen Parteipolitik und Ideenstreit nichts zu suchen haben. »Das Dogma, dass Kommunalpolitik reine Sachpolitik sei und mit Parteipolitik oder gar Ideologie nichts zu tun habe, fördert die Sehnsucht nach dem Konsens, nach der gemeinsamen Suche nach der besten Lösung für ›unsere Menschen‹«, so die Kommunalpolitikerin und sächsische Landtagsabgeordnete der LINKEN Kerstin Köditz (2009: 19f.). Dort, wo die demokratischen Parteien kaum noch aktiv in Erscheinung treten und Alternativen anbieten, wo sie sich auf die bloße Verwaltung von Politik reduzieren, haben neonazistische und rechtspopulistische Parteien die Chance, die entstandenen Lücken auszufüllen und sich als »Volkes Stimme« zu präsentieren.

Die demokratischen Parteien müssen auch im Kleinen, in der Kommune, den Widerspruch suchen. Die Auseinandersetzung mit den Rechten kann als kleinster gemeinsamer Nenner nicht das Handeln der demokratischen Parteien bestimmen (vgl. Köditz 2009: 18). Die Anwesenheit von NPD-Räten darf nicht zur Folge haben, dass bestimmte Themen wie Integration nicht mehr offen angesprochen werden. So in einem von Köditz vorgestellten Fall, bei dem ihre Fraktion im Kreistag des Landkreises Leipzig einen Antrag zur Einstellung eines hauptberuflichen Integrationsbeauftragten einbrachte und der Landrat sich gegen die Initiative wandte, »da sich durch den Antrag die NPD provoziert fühlen könne« (ebd.: 19). Hier tritt ein Politiker-Typus des »unpolitischen Bürgermeisters« hervor, der sich »als integrierende Kraft für seine Gemeinde« (Botsch/Kopke 2009: 76) versteht: »Autoritär strukturiert, weist er klassische kommunalpolitische Entscheidungsverfahren zurück, da er sie für Parteien-Gezänk oder Parteien-Gekungel hält.« (ebd.) Diese Konsensdemokratie ist letztlich nicht einschließend, sondern bewirkt das genaue Gegenteil. Der »Mitte-Fetischismus« (Buck 2011: 65) wirkt entpolitisiert und ebnet Parteien von NPD bis *Pro Deutschland* den Weg. Es kann daher nicht um die Überwindung des Wir-Sie-Gegensatzes, sondern gerade um seine demokratische Etablierung (ebd.: 64) gehen. Dabei bedeutet Demokratie keineswegs, dass alles verhandelbar wäre, sondern vielmehr bedarf es der Auseinandersetzung. Notwendig wäre eine gegenhegemoniale Kritik statt eines unpolitischen Rückzugs auf ein verwalterisches Verständnis von Kommunalpolitik.

Kapitel 4

Erlebniswelt Rechts

Die Neonaziszene unterscheidet sich heute wesentlich von den Erscheinungen der Szenen und Stile aus den 1990er Jahren. Sowohl das Auftreten als auch die Organisationsformen haben sich im großen Stil geändert. Dominierend waren in den 1990ern noch neonazistische Skinheadgruppen sowie Netzwerke und Kleinstparteien. Die Bilder von kahl geschorenen, jungen Männern, die in Rostock-Lichtenhagen und anderswo Molotowcocktails auf die Unterkünfte von Asylsuchenden und Migrant_innen warfen, vermitteln bis heute den falschen Eindruck, Neonazis seien in erster Linie junge, männliche, gewalttätige Skinheads.

Dieses Bild war nicht nur damals bereits stark verkürzt, denn es waren rassistische Ressentiments auch von den normalen »Nachbarn« zu hören, besonders heute führt es zu einer falschen Darstellung der neonazistischen Szene. Entgegen diesen Bildern gilt es, der Heterogenität und damit auch einer weniger durchsichtigen Welt der modernen Neonazis gerecht zu werden. Unabhängig von den verschiedenen Strukturen und Organisationsformen kann man neonazistische Szenen nach fest verankerten und sich eher im Umfeld bewegenden Mitgliedern und Sympathisanten beschreiben. Wichtig erscheint auch der Unterschied zwischen festen Organisationen, wie beispielsweise Parteien und Kameradschaften und losen Formen, die sich meist im Rahmen subkultureller Netzwerke bewegen und durch eine rechte Alltagskultur auszeichnen. Letztere zeigt sich besonders im ländlichen Raum als starke Verbindung zu anderen Szenen und Stilen – Kleidung von einschlägigen Marken oder mit entsprechender Symbolik, weit verbreitete Vorurteile und Hass gegen Migrant_innen sowie eine Vorliebe für rechte Musik sind deren Erscheinungsmerkmale.

Die letzten 30 Jahre sind insgesamt geprägt von einer zunehmenden Individualisierung und Differenzierung der Lebensstile und Milieus. Dies hat auch Auswirkungen auf Jugendkulturen und die Lebenswelt junger Menschen. Die Netzwerke junger Menschen befinden sich im Übergang von klassischen Subkulturen, wie beispielsweise Skinheads, Punks und Gothics, hin zu weniger stark strukturierten Szenen und Stilen, deren Zugehörigkeit weniger manifest geregelt wird (vgl. Ferchhoff 2007: 175ff.). In der Jugendforschung heißt es, dass junge Menschen während ihrer Adoleszenz meist mehrere dieser Szenen durchqueren, sich aber letztlich seltener in festen, geschlossenen Subkulturen bewegen als etwa in den 1970er und 1980er Jahren. Dieser Trend scheint auch an den neonazistischen Szenen nicht vorbeigegangen zu sein. Die noch in den

1990er Jahren dominante Skinheadkultur scheint den Anforderungen einer nach außen modern auftretenden Bewegung nicht mehr zu genügen. Ganz im Gegenteil, in den letzten 20 Jahren haben Neonazis und insbesondere die NPD ihre Strukturen, Szenen und Gruppen modernisiert und sie für neue musikalische, kulturelle und theoretische Inhalte geöffnet.

Diese Entwicklung bleibt freilich weitgehend auf äußere Erscheinungen und insbesondere Musikgeschmäcker begrenzt, die Werte, Geschichtsbild und Feindbilder bleiben erhalten und stehen in scharfem Kontrast zu demokratischen Grundprinzipien. Grund für die weniger festen Strukturen vieler Neonazi-Netzwerke ist jedoch auch die zunehmende Repression und Verbotspolitik der Behörden. Prominente Kameradschaften, wie die *Skinheads Sächsische Schweiz* (SSS), die *Kameradschaft Tor* (Berlin) und die *Kameradschaft Süd* (München) wurden in den letzten Jahren verboten oder lösten sich selbst auf.

Die modernen Neonazis begreifen vermehrt den vorpolitischen Raum als Handlungsfeld, beispielsweise das Umfeld von Jugendeinrichtungen, Kindertagesstätten oder Vereinen, und insbesondere die NPD versucht sich im kommunalen Raum festzusetzen und dabei Bürgernähe aufzubauen. Bundesweit betreiben Neonazis zudem Geschäfte, Vereinshäuser, Schulungszentren und NPD-Büros.

Gerade für junge Menschen haben dutzende Neonazis ein florierendes Geschäft mit Klamotten, Musik und Freizeitangeboten aufgebaut, das den Neonazi-Lifestyle attraktiv erscheinen lässt. Die bei Neonazis beliebte Marke *Thor Steinar* steht exemplarisch für diesen Trend. Das aus Brandenburg stammende Unternehmen *Mediatex GmbH* versuchte sich seit 2002 mit einem modernen, jugendaffinen Erscheinungsbild in den Innenstädten zu verankern. Die Geschäfte mit Namen wie *Tønsberg* und *Narvik* mieteten Läden in guter Einkaufslage und erklärten sich gänzlich unpolitisch. Die Aufdrucke auf den T-Shirts enthielten nicht selten subtile Botschaften aus dem nationalsozialistischen Weltbild, fielen aber nicht so schnell auf wie Klamotten anderer, einschlägig bekannter Marken.

Die neueste Erscheinung moderner Nazis sind die so genannten *Autonomen Nationalisten* (AN). Diese versuchen in ihrem Auftreten und Handeln linke, beziehungsweise links-autonome Muster zu übernehmen und sie in das nationalsozialistische Setting zu integrieren. Diese Strategie ging ursprünglich von den *Freien Kameradschaften* aus, findet inzwischen zumindest als »Methode« große Beliebtheit auch bei der NPD und deren Jugendorganisation, den *Jungen Nationaldemokraten* (JN). In einigen ländlichen Regionen und in manchen Stadtteilen haben sich die neonazistischen Szenen und Strukturen fest verankert, sodass sie häufig die einzigen funktionierenden und akzeptierten soziokulturellen Angebote stellen.

Jugendliche, für die es normal ist, »Ausländer« zu hassen; eine Disco, in der selbstverständlich Schwarze keinen Einlass erhalten, dafür gerne *Thor Steinar* getragen werden darf und ab und an auch mal Rechtsrock läuft; eine Kindertagesstätte, deren Erzieher aus der rechten Szene kommen; Bürgerinitiativen, die sich gemeinsam für Umweltschutz einsetzen und in denen die NPD akzeptiert wird; Freizeitsport für junge Menschen, die gerne mal Kampfesstärke, völkisches Denken und Nationalstolz trainieren: Das alles ist Ausdruck einer neonazistischen Erlebniswelt, die in vielen Orten dieser Republik Wirklichkeit ist.

Aktuelle Untersuchungen zeigen die große Bedeutung des Internets und der sozialen Netzwerke für junge Menschen. Das Internet ist auch für Neonazis zur wichtigen Kommunikations- und Propagandaplattform geworden. Die sozialen Netzwerke dienen zur Ansprache neuer Interessierter für die Szene, die Tauschbörsen umgehen Zensur und Repression beim Handel mit neonazistischer Musik und dutzende Online-Shops umwerben Kunden mit Kleidung und Accessoires aller Art. Die Erlebniswelt der Neonazis ist durch eine starke rechte Alltagskultur (vgl. Gebhardt 2007: 84ff.) geprägt, die nach innen zwar divers sein kann, nach außen, insbesondere gegenüber den definierten Feindbildern, gefährlich und gewalttätig auftritt. Diese Alltagskultur entfaltet ihre Dominanz durch die Besetzung öffentlicher Räume, insbesondere jugendkultureller Einrichtungen und ist besonders dort stark, wo das Problem bagatellisiert und als unpolitisch abgehandelt wird.

4.1. Moderne Neonazis – ein Überblick

Um wirksame Strategien gegen Neonazis zu entwickeln, bedarf es der Kenntnis von deren Auftreten, Methoden und Inhalten.

Nazis erkennen

Für die Auseinandersetzung mit Neonazis empfiehlt es sich, Wissen über Lifestyle, Codes, Kleidungsmarken und Symbole anzueignen. Einen Überblick dazu bietet die Broschüre »Das Versteckspiel« (www.dasversteckspiel.de). Über die in Neonazikreisen beliebte Marke *Thor Steinar* klärt die Broschüre »Investigate Thor Steinar« auf (<http://investigatethorsteinar.blogspot.de>). Aktuelle Informationen bietet das Portal »Netz gegen Nazis« (www.netz-gegen-nazis.de). Das Projekt startete 2007 und wird unter anderem von der *Amadeu Antonio Stiftung* und der Wochenzeitung *Die Zeit* betrieben.

NPD und Junge Nationaldemokraten (JN)

Spätestens mit dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag 2004 sowie des darauffolgenden Erfolges bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2007 zeigte sich das Ergebnis des bürgerlichen Auftretens der Partei. Der Vorsitzende der Schweriner Landtagsfraktion, Udo Pastörs, und NPD-Chef Holger Apfel sind die Prototypen der bürgerlich und zugleich rhetorisch aggressiv auftretenden NPD. Typisch hierfür ist auch das Engagement von NPD-PolitikerInnen in lokalen Bürger_inneninitiativen. Obwohl die Partei nach außen oft moderat auftritt, zeigt sie sich insbesondere im Wahlkampf auch mit ebenso klar rassistischen Botschaften auf Wahlplakaten, in Zeitschriften und Prospekten sowie im Internet. Besonders lokale Parteizeitschriften und Internetseiten erfreuen sich großer Beliebtheit. Erst ein genauer Blick auf diese verrät die neonazistische Urheberschaft, beispielsweise werden ausschließlich Politiker der NPD vorgestellt. Gleichzeitig ist in den Verlautbarungen häufig von »Überfremdung«, »Korruption in der Politik« und »Ausländergewalt« die Rede.

Mythos »Ausländerkriminalität«

NPD und *Freie Kräfte* wie auch rechtspopulistische Akteure verweisen immer wieder auf den angeblichen Zusammenhang zwischen Kriminalität und »ausländischer« Herkunft der vermeintlichen Täter. Auch in demokratischen Parteien finden sich Politiker_innen, die ähnlich argumentieren. Die mediale Berichterstattung zur Thematik ist oft bruchstückhaft und vermittelt den Eindruck, »Ausländer« seien tatsächlich krimineller als »Deutsche«. Ein genauer Blick zeigt den rassistischen Gehalt solcher Thesen.

Ausschlaggebend für die Erfassung von Kriminalität ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die Tatverdächtige (nicht Verurteilte) zählt. Die in der PKS aufgeworfenen Zahlen zeigen zunächst zwei Tendenzen. Erstens: Viele Straftaten im Bereich der Eigentums- und Gewalt-gegen-Personen – Delikte werden gehäuft von jüngeren Täter_innen begangen. Zweitens: Die PKS kann nur jene Personen berücksichtigen, die als Tatverdächtige in Frage kommen. Untersuchungen zeigen, dass »ausländisch« wahrgenommene Personen, insbesondere Jugendliche häufiger von der Polizei für Straftaten verdächtigt werden, als gleichaltrige »Deutsche«. Die PKS kann zudem nur die »Hellfeld«-Kriminalität aufzählen, also jene Fälle, die polizeilich registriert wurden, während nicht zur Anzeige gebrachte Fälle nicht statistisch erfasst werden können (»Dunkelfeld«). Des Weiteren werden mit der PKS auch Delikte gezählt, die von deutschen Staatsangehörigen gar nicht begangen werden können, wie beispielsweise Verstöße gegen Melde- und Aufenthaltsgenehmigungen (»Residenzpflicht«). Weitere Studien

machen deutlich, dass es komplexe Ursachen für Kriminalität, insbesondere bei jungen Menschen gibt. Als Risikogruppen gelten beispielsweise junge Männer, die aus schwierigen sozialen und ökonomischen Bedingungen kommen. Junge Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit fallen häufiger in die so genannten Risikogruppen als deutsche Staatsangehörige. Eine Kausalität zwischen Kriminalität und vermeintlichem Migrationshintergrund kann durch seriöse Forschungen widerlegt werden.

Die *JN* tritt traditionell radikaler und weniger bürgerlich als die Mutterpartei auf. Sie dient der NPD unter anderem zur Bindung parteiferner Neonazis an die Partei. Die Nachwuchsneonazis gründen so genannte Stützpunkte und versuchen die Szene-Aktivitäten vor Ort zu koordinieren. Die *JN*-Mitglieder treten sowohl seriös, häufig mit schwarzen Hosen und weißen Hemden bekleidet, als auch im Look der *Autonomen Nationalisten* auf. In Sachsen und Sachsen-Anhalt produziert die *JN* immer wieder Schülerzeitungen. Des Weiteren wird mit verschiedenen Freizeitangeboten, wie beispielsweise Wanderfahrten und Fußballturnieren gelockt. Die *JN* zeichnet sich durch ein an den Bewegungsnationalsozialismus (1920-1933) angelehntes Weltbild aus. Leitmotiv ist das von der SA übernommene Bild eines »politischen Soldaten« sowie das Streben nach einer Militarisierung und Ideologisierung der Jugend. Im Alltag versucht sie an Jugendproteste, beispielsweise gegen Sozialkürzungen oder den demografischen Wandel anzuknüpfen. NPD und *JN* versuchen ihren Einfluss in der Neonaziszene zu stärken. Dabei wird auch versucht, erzieherisch auf das subkulturelle Umfeld der Neonaziszene einzuwirken. Das *Freie Netz* und die *JN Sachsen* kritisierten 2010 die Veranstalter des *Deutschen Stimme*-Pressefest für den konsumorientierten und wenig ideologischen Charakter der Veranstaltung. Sie stellten gleichzeitig ihre bisherigen Ordnerdienste bei NPD-Veranstaltungen in Frage.

Freie Kameradschaften und Autonome Nationalisten

Neben der NPD und ihren angeschlossenen Organisationen existieren weitere neonazistische Gruppen, die meist als *Freie Kräfte* bezeichnet werden. Die Anfänge dieser Gruppierungen reichen bis in die 1970er Jahre. Prominente Beispiele für frühe Neonazi-Gruppen waren die *Aktionsfront Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)* und die *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)*, die vom Neonazi Michael Kühnen gegründet wurden. Viele heute verwendete Aktionsformen haben ihren Ursprung bei diesen Organisationen: In den späten 1970er Jahren trugen mehrere Neonazis Eselsmasken in der Hamburger Innenstadt und verteilten Flugschriften mit der Aufschrift: »Ich

Esel glaube, dass in Deutschland Juden vergast worden sind.« Die Aktionsform wird bis heute anlassgebunden und mit weniger strafrechtlich relevanten Inhalten von Neonazis verwendet.

In den 1990er Jahren gründeten Neonazis so genannte Aktionsbüros und etablierten eine Vernetzung und Struktur für die losen Kameradschaften. Gleichzeitig reagierten die staatlichen Behörden Mitte der 1990er Jahre mit diversen Organisations- und Parteienverboten, welche eine Neustrukturierung der Szene notwendig machten. Der *Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB)*, die Studierendenorganisation der NPD, entwarf das Konzept der »Nationalbefreiten Zonen« und bildete fortan die Basis für das Agieren in den lokalen Räumen. Im Jahr 2004 rief die NPD die »Volksfront von Rechts« aus und mehrere prominente Neonazis der *Freien Kräfte* traten in die Partei ein.

Eine erst seit wenigen Jahren existierende Strömung in der Neonaziszene sind die *Autonomen Nationalisten (AN)*. Gruppen und Szenen dieser Art entstanden zunächst in Berlin, weiteten sich aber schnell auf das gesamte Bundesgebiet aus. Umstritten ist, ob es sich bei diesen Gruppen tatsächlich um eigenständige Strukturen oder um ein neuartiges Politikkonzept handelt. Staatliche Stellen schätzen, dass Neonazis, die den AN nahestehen, deutlich jünger sind als AnhängerInnen und Mitglieder anderer Strömungen. Außerdem sind AN oft gewaltbereiter, aggressiver und agieren weniger bürgernah als NPD und JN. Im Rahmen von Aufmärschen und Aktionen treten AN gewalttätig auf, wie am 1. Mai 2008 in Hamburg, als Polizeibeamte, Journalist_innen und Gegendemonstrant_innen angegriffen wurden. Der Kleidungsstil dieser Gruppen ist an den Lifestyle der linksautonomen Szene angelehnt. Bei Neonaziaufmärschen formieren sich die AN in »Nationalsozialistischen Schwarzen Blöcken«, die dem Schwarzen Block auf linken Demonstrationen nachempfunden sind. Teilweise werden linksautonome Symbole wie das Logo der *Antifaschistischen Aktion* kopiert, auf Demonstrationen der AN wird nicht selten linksalternative Musik gespielt. Auch inhaltlich gehen die AN neue Wege und setzen sich beispielsweise für »Tierschutz« oder »Umweltschutz« ein. Dennoch sind die AN keine homogene Richtung innerhalb der Neonaziszene. Besonders das non-konforme und aktivistische Auftreten der AN sorgte in der Vergangenheit für Zündstoff innerhalb der Neonaziszene. Die AN treten jugendaffin auf und haben sich den verschiedenen Jugend Szenen geöffnet. Autonome Nationalisten, die Hiphop-Musik hören und Graffiti an Hauswände sprühen, sind keine Seltenheit mehr. Die Internetseiten sind aufwändig und optisch ansprechend gestaltet, die Namen der Gruppen lassen oft nicht sofort auf den neonazistischen Hintergrund schließen. Eine bekannte Gruppe aus dem Umfeld der AN trägt den Namen *AG Rheinland*, eine Berliner Gruppe nannte sich *Berliner Alternative Südost (BASO)*. Obwohl insbesondere die JN die Aktionsform der AN bei passenden Anlässen

übernimmt, stehen AN und NPD in oft scharfem Kontrast. Führende NPD-Kader befürchten eine Abkehr des bürgerlichen Wähler_innenspektrums und versuchen mäßigend auf die AN einzuwirken. Akteure aus dem Umfeld von NPD und JN gaben daher vor einigen Jahren eigens die Broschüre »Unsere Fahnen sind schwarz, nicht unsere Blöcke« heraus. Eine neuere und beliebter werdende Aktionsform bei den Freien Kräften ist das Konzept von Spontandemonstrationen, begleitet von umfangreichen medialen Inszenierungen.

Aktionsform »Die Unsterblichen«

Unter dem Motto »Werde Unsterblich« zogen im Frühjahr 2011 Neonazis mit weißen Masken und Fackeln durch die Bautzener Innenstadt. Der gespenstisch wirkende Aufmarsch skandierte immer wieder »Nationaler Sozialismus Jetzt!«. Die Neonazis wollten zum einen der Repression des Staates im Zuge angemeldeter Aufmärsche entgehen, andererseits schafften sie eine temporäre Dominanz im kommunalen Raum und bestärkten ihre Gemeinschaft. Im Internet kursierende Videos sind mit pathetischer Musik untermalt und sorgen für zusätzliche Attraktivität bei der Vermittlung der Botschaft. Aufmärsche dieser Art gab es in einigen Städten. Die Aktion geht auf die südbrandenburgische Neonazigruppierung *Spreelichter* zurück, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, mit einer Mischung aus spontanen Aktionen und Theatereinlagen völkische Propaganda zu verbreiten. Die Video- und Radiobeiträge werden aufwändig produziert und mit meist unscheinbar klingenden Titeln versehen. Sie erscheinen in Formaten, die leicht über MMS und soziale Netzwerke verbreitet werden können.

Die nicht in der NPD organisierten Neonazis haben mit der Aktions- und Organisationsform der *Autonomen Nationalisten* tatsächlich einen neuen Trend gesetzt, mit dem neue Zielgruppen angesprochen werden können. Doch mit der Übernahme des NPD-Vorsitzes durch Holger Apfel und sein Konzept der »Seriöse(n) Radikalität« scheinen die Spannungen zwischen den *Freien Kräften* und der Partei erneut zuzunehmen. Erste Anzeichen dafür zeigten sich anlässlich des Skandals um die Zwickauer Terrorzelle: Zumindest gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit distanzierte man sich bei der NPD scharf vom NSU, was nicht zuletzt Teile der *Freien Kräfte* verärgerte. Als im November 2011 Karl-Heinz-Hoffmann, Gründer der *Wehrsportgruppe Hoffmann*, im Leipziger NPD-Büro einen Vortrag halten sollte, reagierte die NPD auf die kritische Berichterstattung mit der Absage der Veranstaltung. Bereits 2007 kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen AN und Ordnern während eines NPD-Aufmarschs in Frankfurt am Main. Grund hierfür war das militante Auftreten der AN.

Mischszenen und weitere Netzwerke

Die Schnittmengen zwischen der so genannten Mitte der Gesellschaft und Neonazis zeigen sich in verschiedenen Bereichen und werden durch wissenschaftliche Untersuchungen belegt. Neonazis streben in Vereine, Bürgerinitiativen und betätigen sich in Jugendszenen ohne dabei aufzufallen. Der ehemalige Vorsitzende der NPD, Udo Voigt, forderte sogar NPD-Mitglieder zur aktiven Mitgliedschaft in Vereinen, Elternvertretungen, bei der Freiwilligen Feuerwehr und lokalen Initiativen auf (vgl. Beer 2008: 9ff.). Diese Strategie scheint immer dann aufzugehen, wenn die Bevölkerung blind für das verdeckte Agieren von Neonazis bleibt und sich mit deren Handeln und Denken nicht auseinandersetzt. Die Neonazis versuchen, ihre nationalsozialistischen Überzeugungen auf allen Ebenen zu verbreiten, angefangen bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen.

Ein Bereich, in dem sich politisches Agitieren von Neonazis und vorhandene rechte Argumentations- und Denkmuster in der übrigen Bevölkerung verbinden, ist Sport, vor allem Fußball. In den unteren und mittleren Fußballligen tummeln sich verstärkt Neonazis und RassistInnen in den Fanszenen. Besonders im Umfeld der Hooligan- und Ultraszenen agieren sie und treffen selten auf Widerspruch. Nach einer Einschätzung der sächsischen Behörden gehören bis zu 20% der Hooligans der Neonaziszene an (vgl. Kraske/Werner 2007: 23). Nur eine Minderheit der Fans bezieht Stellung gegen Rassismus und Antisemitismus im Sport. Obwohl in den letzten Jahren Fortschritte erzielt wurden, beispielsweise durch die Etablierung von Fanprojekten und sich an manchen Orten bereits antirassistische Ultra-Gruppierungen gründeten, bieten die Fankurven nach wie vor Anknüpfungspunkte für Neonazis.

Fanprojekte gegen rechts

In vielen Städten existieren Fanprojekte im Umfeld von Fußballvereinen, deren Aufgabe die Prävention von Gewalt und Neonazismus in den Fangruppen ist. Das Konzept geht zurück auf das Jahr 1982, als das Gutachten »Sport und Gewalt« des Bundesinnenministeriums den Einsatz von Sozialarbeiter_innen zur Lösung des Gewalt- und Hooligan-Problems im Fußball empfahl. 1993 wurde von DFB, Bund, Ländern und Kommunen das »Nationale Konzept Sport und Sicherheit« verabschiedet und damit Fanprojekte als fester Bestandteil der Prävention etabliert. Nach Angaben der zuständigen *Koordinierungsstelle Fanprojekte (KOS)* gab es 2011 bundesweit 47 Fanprojekte an 42 verschiedenen Standorten. Aufgabe der Fanprojekte ist jedoch nicht nur die Prävention, sondern auch die Förderung von Fanengagement und die Verbesserung der Kommunikation zwischen

Fans, Vereinen, Kommune und Polizei. In den Projekten arbeiten ein bis drei Hauptamtliche, die meist aus Mitteln der Kommune und des DFB/DFL finanziert werden. Die Fanprojekt-Mitarbeiter_innen begleiten die Fangruppen zu Heim- und Auswärtsspielen, führen Veranstaltungen durch, betreiben ein Kulturprogramm und führen (Beratungs-)Gespräche mit den Fans. Fanprojekt-Räumlichkeiten stehen für eigene Veranstaltungen und Ideen zur Verfügung (eine gute Übersicht zu den einzelnen Projekten findet sich unter www.kos-fanprojekte.de)

Viele Anhänger vertreten nicht nur diskriminierende und menschenverachtende Einstellungen, sie greifen immer wieder nicht-rechte und antirassistische Fußballfans und Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe an. Rassistische Beleidigungen gegen dunkelhäutige Spieler sind in vielen Stadien an der Tagesordnung. Zu den ebenso häufig auftretenden menschenverachtenden Einstellungen gehören auch antisemitische Rufe, Transparente und Symboliken. Besonderer Ausdruck für das Wirken von Neonazis im Fußball zeigt sich bei Spielen von Teams, die sich gegen Rassismus und Antisemitismus engagieren. Der Amateurverein *Roter Stern Leipzig (RSL)* trifft bei seinen Auswärtsspielen regelmäßig auf brutale Neonazis, die die RSL-Fans angreifen.

Eine weitere Mischszene ist der »Freefight«-Kampfsport. Bei dieser Kampfsportart sind sämtliche Techniken (Schlagen, Treten, Bodenkampf) erlaubt, ein Kampf endet mit dem K.O. des unterlegenen Gegners. In den Neuen Bundesländern gibt es starke Verbindungen zwischen örtlichen Freefight-Veranstaltungen und der lokalen Neonaziszene. Bekannte Neonazis nehmen an den Kämpfen teil, das Publikum besteht zum Teil aus Neonazis und lokale Nazi-Läden treten als Sponsoren auf. Den Neonazis dient der Kampfsport als Bühne für ihre auf Gewalt, Kampf und Körperkult beruhende Ideologie. Der Umgang mit den Neonazis ist von Veranstaltung zu Veranstaltung verschieden. Seit 2006 betreibt der Verband *Freefight Association (FFA)* eine Öffentlichkeitskampagne mit dem Ziel der Bekämpfung rassistischen und antisemitischen Gedankenguts.

Frauen in der Neonaziszene

Spätestens mit der Verhaftung von Beate Zschäpe, einem Mitglied des *Nationalsozialistischer Untergrunds (NSU)* wurde der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit bewusst, dass auch Frauen Teil der Neonaziszene sind. Junge Mädchen und Frauen wirken in der Neonaziszene auf verschiedenen Ebenen. Neben Frauengruppen, wie dem *Ring Nationaler Frauen (RNF)* oder der *Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF)* beteiligen sich Frauen bei den *Freien Kräften* ebenso wie in den NPD-Gliederungen an den Aktivitäten und Aufgaben. In manchen

Gruppierungen übernehmen Frauen inzwischen auch Führungspositionen (Röpke/Speit 2011: 92ff.). Oft steht das Wirken der Frauen und ihr selbstbewusstes Einfordern von Mitbestimmungsrechten in Widerspruch zur Abwehr des Feminismus, der als »Gleichmacherei« empfunden wird. Die rechten Frauen sehen sich durchaus als gleichberechtigt mit ihren männlichen »Kameraden«, jedoch keineswegs als gleichartig, woraus eine geschlechtliche Aufgabenteilung innerhalb von → »Volksgemeinschaft«, Familie und politischer Organisation resultiert. Trotzdem wollen Frauen nicht nur im Hintergrund wirken, wie sich dies Udo Pastörs wünschte, als er seiner Frau für ihre Unterstützung im Haushalt während des Wahlkampfes dankte.

Zwei für die Neonaziszene prominente Beispiele sind der Star der internationalen Holocaust-Leugnerszene, Ursula Haverbeck-Wetzel, und die junge Ricarda Riefling. Haverbeck-Wetzel war bis zum Verbot 2009 die langjährige Vorsitzende des Vlothoer *Collegium Humanum (CH)*, einer Art völkischer Denkfabrik und Schulungszentrum. Ricarda Riefling ist Vorsitzende eines NPD-Unterbezirks in Niedersachsen. Gerade in der Kommune versuchen Frauen, eine wichtige Rolle für die politischen Ziele der Nazis auszufüllen. Riefling gibt diese Strategie in einem Interview mit *Zeit Online* treffend wieder: »Wir wollen unbequem sein und auf den Putz hauen, aber als Vertreter und Sprachrohr unseres Volkes und nicht als Schreckgespenst. Wir müssen als Teil unseres Volkes und nicht in einer Parallelwelt leben... als Kümmerer vor Ort« (www.zeit.de/politik/deutschland/2011-12/npd-frauen-riefling; zuletzt abgerufen am 7.12.2011).

4.2 Rechte Musik für den Einstieg

Ein großer Bestandteil der neonazistischen Erlebniswelt ist der Bereich der Musik. Spätestens mit der Veröffentlichung der »Schulhof-CD« durch die sächsische NPD während des Landtagswahlkampfes 2004 wurde klar, dass die Neonazis bei der Vermittlung ihrer politischen Überzeugungen auf Musik setzen. Die Anfänge der braunen Musik- und Kulturmaschinerie beginnen mit der Entstehung neonazistischer Gruppen in den 1970er und 1980er Jahren und insbesondere mit dem von Ian Stuart Donaldson – bis zu seinem Tod Sänger der Neonazi-band *Screwdriver* – gegründeten *Blood & Honour*-Netzwerk in Großbritannien. Donaldson war davon überzeugt, dass die Gewinnung neuer Mitglieder nicht durch politische Veranstaltungen, sondern durch die Erlebniswelt der Konzerte gelingt. Das Neonazi-Netzwerk besteht aus zahlreichen Gruppen weltweit, die sich bei Weitem nicht nur mit Musik und Konzerten befassen. In Großbritannien entstand mit *Combat 18* der militante Arm des Netzwerks, der unter anderem Jagd auf politische Gegner_innen machte. In Deutschland wurde das *Blood &*

Honour-Netzwerk 2000 verboten. Die dahinter stehenden Personen agieren jedoch weiter und sind gut mit Personen und Gruppen im Ausland vernetzt.

Inzwischen existiert in der Bundesrepublik ein breites Geflecht von neonazistischen Bands, LiedermacherInnen und sonstigen Projekten. Nach Angaben der staatlichen Behörden fanden 2010 insgesamt 128 Konzerte statt; es traten 165 Bands und 29 LiedermacherInnen auf. In diesen Zahlen enthalten ist nur, was öffentlich beziehungsweise der Polizei bekannt wurde. Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen. Die Teilnehmenden der Konzerte werden meist über SMS und klandestine Treffpunkte zu den Veranstaltungsorten gebracht, was den Erlebnischarakter dieser Events deutlich steigert. Auch die NPD setzt auf Musik: Vor allem auf den Großveranstaltungen, beispielsweise dem *Deutsche Stimme Pressefest* oder dem *Rock für Deutschland* in Gera, treten eine Vielzahl von Bands und LiedermacherInnen auf. Die »Schulhof-CD« gehört inzwischen zum festen Repertoire von NPD und *Freien Kräften* und existiert in verschiedenen Ausgaben. Die Musik wird als »Einstiegsdroge« bezeichnet, mit der das Mitwirken in der Neonazi-Szene beginnt (vgl. Glaser/Pfeifer 2007: 42). Unterdessen zeigen auch Berichte aus Strafprozessen, dass sich Täter rechtsmotivierter Gewalt oft mit Musik auf die Angriffe und Morde einstimmen (vgl. Willems 1993: 185ff.). Repräsentative Studien zeigen weiterhin, dass bis zu 21% aller Jugendlichen mit neonazistischer Musik in Kontakt kommen (vgl. Pfeifer u.a. 2009: 118).

Das Wirken der Neonazis in der Musik ist nicht allein auf den »eigenen« Markt beschränkt. Die Durchlässigkeit vieler Stile und Szenen ermöglicht es, rassistisch und antisemitisch denkenden Menschen, ihre kruden Thesen zu vertreten. Besonders in den Genres Black Metal, Dark Wave, Hardcore und Neo-Folk bis hin zum Hip-Hop tummeln sich neonazistische Bands und völkische oder rechtsoffene Projekte. Oft knüpfen die Neonazis an mystische und heidnische sowie anti-moderne und menschenverachtende Weltbilder an und verbreiten ihr völkisches, antisemitisches Gedankengut. Hiergegen formierte sich Protest innerhalb der jeweiligen Musikszenen, beispielsweise die von Anhänger_innen des Dark Wave gegründete und zwischenzeitlich wieder aufgelöste Initiative *Grufties gegen rechts* (www.geister-bremen.de). Hauptaugenmerk waren Aufklärungsveranstaltungen, Protestkampagnen gegen rechte Bands, DJs und Labels sowie eigene kulturelle Veranstaltungen. Eine ähnliche Protestkampagne organisierten Anhänger_innen der Punk- und Hardcoreszene. Unter dem Label *Good night white pride* klären sie über Neonazi-Musik und Rassismus auf und versuchen, die Konzertbesucher_innen zu sensibilisieren (www.letsfightwhitepride.de).

4.3 Das Internet als Spielwiese für Neonazis

In den letzten Jahren wurde das Internet zum wichtigsten Medium für junge Menschen. Die JIM-Studie von 2011, bei der Jungen und Mädchen im Alter von 12 bis 19 Jahren nach ihrer Mediennutzung gefragt werden, zeigt, dass 65% der Jugendlichen täglich und 25% mehrmals die Woche das Internet aufsucht. Auch NPD, *Freie Kräfte* und insbesondere die neonazistische Musikszene nutzen das Internet intensiv für Propaganda, Kommunikation und Unterhaltung. Die Stützpunkte und Aktionsbüros der Neonazis, die das Handeln lokaler Gruppen koordinieren, präsentieren sich im schicken Design und sollen besonders junge Menschen ansprechen. Zur Steigerung der Attraktivität der Seiten und um an die Bedürfnisse der jungen Menschen anzuknüpfen, werden Dutzende Videos und Podcasts produziert und ins Internet gestellt, teilweise werden auch aufwändig hergestellte Clips präsentiert und über die sozialen Netzwerke verbreitet. Das Internet bietet weitläufige Kommunikationsmöglichkeiten für die neonazistische Szene. Es werden Kontaktbörsen betrieben, der Unterhaltung kann mit diversen Online-Shops für Musik, Kleidung etc. nachgegangen werden und in den sozialen Netzwerken versuchen Neonazis gezielt junge Menschen über harmlos klingende Angebote anzusprechen. Die *Autonomen Nationalisten* aus Wolfsburg schalteten dazu eine Facebook-Unterseite mit Namen *Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg*. Erst beim genauen Blick auf die Seite fiel auf, dass die Urheber Neonazis sind.

Obwohl Foren inzwischen durch soziale Netzwerke weitgehend ersetzt werden, nutzen die Neonazis diese Form der Kommunikation weiter, da inzwischen viele Betreiber_innen sozialer Netzwerke gegen die Umtriebe von NPD und Co. vorzugehen versuchen. Darüber hinaus ist in den Foren, die meistens über in anderen Ländern stehenden Servern zur Verfügung gestellt werden, eine recht offene Kommunikation über »Weltanschauungsfragen« möglich. Nicht zuletzt die Veröffentlichung von Foren-Inhalten im Zuge von antifaschistischen Hacker-Angriffen auf diese verdeutlichen das gewaltbereite Potenzial und die Absicht, den Nationalsozialismus in Deutschland wieder herzustellen. Im Frühjahr 2011 wurde durch die Offenlegung eines Neonazi-Forums das mörderische Denken des sachsen-anhaltinischen NPD-Chefs Matthias Heyder sichtbar. Heyder habe in Bezug auf die Partei DIE LINKE dazu aufgerufen, »ihre Frauen zu schänden«. Außerdem soll er Bombenbauanleitungen im Internet verbreitet haben.

Die JIM-Studie (Jugend-Information-[Multi-]Media) erscheint seit 1998 jährlich, hrsg. vom *Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest* (www.mpfs.de/index.php?id=11); www.soziale-netzwerke-gegen-nazis.de

4.4 Erlebniswelt heißt Gewalt

So bunt und divers die modernen Neonazis auch wirken, an ihrer Brutalität und Gewalt gegen Menschen, die ihrem Weltbild nicht entsprechen, hat sich wenig verändert. Bereits ein Blick auf die offiziellen Zahlen der Behörden zeigt, dass die Rate der Gewalttaten kontinuierlich hoch bleibt. Im Bereich »politisch motivierte Kriminalität – rechts« wurden 2010 insgesamt 806 Gewalttaten registriert. Die Behörden erfassen jedoch längst nicht alle Fälle, sodass die Zahlen der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt meist höher ausfallen. Allein für die neuen Bundesländer zählt eine gemeinsame Statistik der Beratungsnetzwerke 704 Gewalttaten im Jahr 2010, in den alten Bundesländern sind ähnliche Daten nicht zugänglich. Es wird geschätzt, dass jeden Tag in Deutschland zwei bis drei Gewalttaten von Neonazis und RassistInnen verübt werden.

Die erschütternden Berichte über das Treiben des *Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)*, dem nach Ermittlungen der Bundesanwaltschaft mindestens zehn Morde an Migrant_innen zugeordnet werden, zeigt die Relevanz der mörderischen Bedrohung neonazistischer Gewalt. Darüber hinaus zählt die *Amadeu Antonio* Stiftung 182 Mordfälle im Zeitraum 1990 bis 2011. Die Täter stammen entweder aus dem neonazistischen Milieu oder begingen ihre Taten aufgrund einer rassistischen, menschenverachtenden Gesinnung.

In der Neonazi-Ideologie wird Gewalt und Hass gegen gesellschaftliche Minderheiten sowie gegen die Demokratie propagiert. Nazis lehnen eine plurale, demokratische und offene Gesellschaft ab und fordern stattdessen eine Volksgemeinschaft nach Vorbild des Nationalsozialismus. Bestandteil dieses Denkens ist nicht nur ein völkisches Weltbild, welches Menschen anderer Herkunft ausschließt, sondern auch die Auffassung einer strikt hierarchisierten Gesellschaft, in der sozial Schwächere, Obdachlose und Anhänger_innen alternativer Jugendkulturen ausgegrenzt und zur Anpassung gezwungen werden.

Ein besonders grausames Beispiel ist die Ermordung des Wohnungslosen Andre K. im Frühjahr 2011 im sächsischen Oschatz. Drei männliche Täter misshandelten und schlugen auf Andre K. ein, später ließen sie ihn schwerverletzt zurück. Andre K. verstarb wenige Tage später. Mindestens einer der Täter ist Mitglied der örtlichen Neonaziszene.

Bereits Erfahrungen mit der *Wehrsportgruppe Hoffmann* in den 1980er Jahren zeigten, dass Neonazis nicht davor zurückschrecken, mit schweren Waffen tödliche Angriffe zu verüben. Der Neonazi Gundolf Köhler aus dem Umfeld der *Wehrsportgruppe Hoffmann* verübte am 26. September 1980 einen Bombenanschlag auf das Münchener Oktoberfest, bei dem 13 Menschen starben und 211 Menschen verletzt wurden. Obwohl die Dunkelziffer der in der Neonaziszene kursierenden Waffen weitaus höher sein dürfte, schockie-

ren bereits die offiziellen Zahlen: Nach einer Anfrage der sächsischen Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz an das Innenministerium besitzen 38 Personen der Neonaziszene des Freistaates 150 Schusswaffen. Die Neonazis erwarben diese völlig legal im Schützenverein oder durch den Reservistenverband der Bundeswehr.

Die Gewalt der Nazis ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs eines rassistischen und sozialchauvinistischen Klimas in der Gesellschaft. Laut Umfragen sind die Zustimmungswerte für menschenverachtende Einstellungen und diskriminierende Aussagen kontinuierlich hoch. Insbesondere Diskurse und Debatten wie nach dem Sinn einer »deutschen Leitkultur«, zu »Ausländergewalt« oder im Rahmen der Diskussion des Buchs von Thilo Sarrazin befördern eine rechte Alltagskultur, an die Neonazis nahtlos anknüpfen können.

4.5 Neonazis im vorpolitischen Raum

Zwischen Bürgerlichkeit und Parallelwelt

Die NPD schaffte es in den letzten Jahren an vielen Stellen, aus der politischen Marginalisierung auszubrechen und sich als vermeintlich normale Partei zu etablieren. Insbesondere in den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer verfügt die Partei über ein dichtes Netz an kommunalen Mandaten, Sympathisierenden und kleineren Unternehmen, die sie finanziell und organisatorisch unterstützen. Ein Blick auf die Kandidatenliste der niedersächsischen NPD bei den Kommunalwahlen 2008 macht deutlich, dass auch in den alten Bundesländern zahlreiche mittelständische Unternehmer und Handwerker für die Partei antraten (vgl. Röpke/Speit 2008: 106). Und in der gesamten Bundesrepublik tummeln sich weitere dutzende Unternehmer, die der Neonaziszene Spenden und Kredite, teilweise im fünfstelligen Bereich, zur Verfügung stellen.

Das Agieren der Neonazis ist geprägt durch zwei wesentliche Strategien, die sich zwar teilweise widersprechen, letztlich aber beide dem Streben nach Dominanz und Macht entsprechen: Zum einen wird versucht, bewusst an die Bedürfnisse und die Lebenswelt der Menschen anzuknüpfen und über subtiles, bürgernahes und wenig durchsichtiges Agieren Raum einzunehmen und wichtige Schnittstellen in der Gesellschaft zu besetzen. Zum anderen ist man bestrebt, eine eigene nationalsozialistische Parallelwelt zu schaffen.

Umweltschutz = Heimatschutz?

Die NPD versuchte in der Vergangenheit häufig mit lokal zugeschnittenen Kampagnen bei den Bürger_innen zu punkten. Besonders das Thema Umweltschutz scheint geeignet, sowohl die eigenen völkischen und rassistischen Überzeu-

gungen zu präsentieren, als auch breitere Teile der Gesellschaft anzusprechen. Udo Pastörs und sein »Kamerad« Raimund Borrmann (Mecklenburg-Vorpommern) intervenierten erfolgreich bei Bürger_inneninitiativen gegen Braunkohle und Genmais. Erst spät wurde die tatsächliche Wirkungsstätte der beiden bekannt. Die Fraktionen in Dresden und Schwerin beschäftigen sich vermehrt mit Umweltfragen und bringen hierzu parlamentarische Anfragen und Anträge ein. Diverse Vertreter der NPD und der Freien Kameradschaften sprechen sich gegen Gentechnik aus und beteiligen sich an regionalen Kampagnen. Jüngere Nazis gründen Arbeitsgruppen zum Thema Tierschutz, sie sind oft Teil der *Autonomen Nationalisten* und probieren eine Anknüpfung zu typisch linken Tierschutzprotesten, beispielsweise dem Protest gegen den Verkauf von Pelzwaren. Flyer und Merchandise-Artikel dieser Gruppierung sind auf den ersten Blick nicht als Neonazi-Material zu erkennen. Andernorts geben sich Neonazis gerne als biedere Putzhelfer und riefen zur Reinigung von Grünflächen und Straßen auf. Mitglieder der NPD-Gruppierung *Ring Nationaler Frauen (RNF)* und der *Freien Kräfte* Berlin trafen sich im August 2008 nach Eigenaussage zu einer öffentlichen Reinigung eines Spielplatzes in Berlin. Bei dieser Aktion wurden auch Flugblätter der NPD an Passant_innen verteilt.

Die Zeitschrift »Umwelt und aktiv« wird aus den Reihen der niederbayerischen NPD herausgegeben und erreicht ein breiteres Publikum als sonstige Neonazi-Zeitschriften. Darüber hinaus existieren bundesweit mehrere Internetversandhandel und Bio-Bauernhöfe, deren Urheber aus der traditionellen völkischen Szene stammen. Kunden und Nachbarn wollen den braunen Spuk meist nicht bemerken oder hegen gar Sympathien mit der als Umweltschutz getarnten Blut-und-Boden-Ideologie. Inzwischen versuchen immer mehr Umweltschützer_innen, auf die Strategie der Nazis zu reagieren und sich inhaltlich abzugrenzen.

Broschüre »Nazis im Maisfeld« von Susanne Theilmann und Sebastian Striegel in Zusammenarbeit mit dem Infodienst Gentechnik: www.keine-gentechnik.de/dossiers/rechtsextremismus.html

Stetig besorgt um die Sicherheit? Nazis als Ordnungsmacht

Neben Umwelt- und Tierschutzthemen versuchen Neonazis auch, die Debatte um »Ausländerkriminalität« zu nutzen, um anschlussfähig zu werden. In München gründete die NPD die *Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)* und sicherte sich damit 2008 den Einzug in den Stadtrat. Die NPD knüpft damit an abwehrende und feindliche Einstellungen gegenüber Migrant_innen und Nicht-Deutschen an. Auch die Dresdner NPD versuchte im Herbst 2011, mit einer Kampagne Stimmung gegen »Ausländer« zu machen, indem sie diesen pauschal

kriminelle Neigungen unterstellte. Mit einem rassistischen Flugblatt warb sie gegen die »Save me«-Kampagne von *Pro Asyl e. V.*, die die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland anstrebt. Während Familienministerin Kristina Schröder öffentlich von einer angeblich von Migrant_innen gepflegten »Deutschenfeindlichkeit« spricht, wirbt die NPD seit Jahren damit, »inländerfreundlich« zu sein und sich gegen jegliche Form der Zuwanderung einzusetzen.

Dass sich Neonazis und NPD als Biedermänner darstellen und ihrer Anhängerschaft suggerieren, sie setzten sich für Sicherheit und Ordnung ein, verdeckt den zum Teil nahtlosen Übergang zwischen ihnen und dem kriminellen Milieu. Schon seit den 1990er Jahren wurden Verbindungen zwischen der organisierten Kriminalität und der Neonaziszene offenbar. Der Neonazi-Aussteiger Danny Thüring berichtet über Verstrickungen der Wittenberger Neonaziszene mit dem Rotlicht-Milieu. Danach haben diverse Neonazis in den Etablissements als Türsteher gearbeitet und waren in kriminelle Geschäfte verwickelt (vgl. Schröder 2002: 167ff.). In Sachsen-Anhalt und Berlin sind zudem Allianzen zwischen Neonazis und militanter Rockerszene bekannt geworden.

In den letzten Jahren wurden vor allem Verbindungen zwischen Neonazis und dem privaten Sicherheitsgewerbe bekannt. Personen, die der rechten Szene angehören und als Securities ihr Geld verdienen, sind keine Seltenheit. Sie sind oft wegen Körperverletzung und anderer Delikte vorbestraft und kommen aus den so genannten Mischszenen, wie beispielsweise dem Freefight- und Hooliganmilieu. Ein drastisches Beispiel für eine solche Verwicklung wurde im sächsischen Plauen im Herbst 2011 deutlich. Eine Gruppe rechter Securities bedrohte und attackierte immer wieder Asylsuchende in der Stadt und verwehrte ihnen den Einlass in eine ortsansässige Diskothek. Als sich diese gegen die alltägliche Gewalt und Ausgrenzung zur Wehr setzten und dabei in Streit mit den Securities gerieten, sprach nicht nur die NPD von »Ausländergewalt«. Der Betreiber der Diskothek verwehrte zugleich all denen, die er als »Ausländer« zu erkennen glaubte, den Eintritt. Von Rassismus vor Ort oder den Verbindungen zur NPD wollte fast niemand in Plauen etwas wissen.

Wohlfahrt als nationale Aufgabe

In ländlichen Gegenden existieren oft unzureichend ausgestattete soziale und kulturelle Einrichtungen. Auch in vielen Städten wurden entsprechende Angebote im Zuge zahlreicher Etat-Kürzungen abgebaut. In den Dörfern und kleineren Kommunen sind es nicht selten die Freiwilligen Feuerwehren, die Wohlfahrtseinrichtungen und Sportvereine, die das soziale und kulturelle Leben aufrecht erhalten. Gewerkschaften, Parteien und andere politische Organisationen, geschweige denn alternative Jugendgruppen, haben es meist schwer, Interessierte zu finden. In den verbliebenen Strukturen versuchen Neonazis, mehr oder minder verdeckt ihren

Einfluss auszuweiten und ihre Botschaften zu verbreiten. Dennoch tun sich Behörden und Verantwortliche oft schwer im Umgang mit der braunen Klientel. Im November 2011 kam es zum offenen Konflikt zwischen dem Leiter der Freiwilligen Feuerwehr und dem Bürgermeister im mecklenburgischen Groß Molzahn. Grund hierfür war das Tragen von *Thor Steinar*-Kleidung durch einige Mitglieder der Feuerwehr und ein darauf erfolgter Appell des Bürgermeisters, auf diese wegen des rechten Images der Marke zu verzichten.

Besonders sensible Fälle spielten sich im Umfeld von Kindertagesstätten ab. In Mecklenburg-Vorpommern bewarben sich Neonazis um den Job als Erzieher oder Sozialassistent. Mitarbeiter_innen in den Einrichtungen berichten über Kinder, die bereits in völkischem Sinne erzogen wurden, und von Eltern, die für Argumente längst nicht mehr zugänglich sind. Neonazis versuchen in einigen Gemeinden, große Teile des sozialen Lebens zu übernehmen – sie bieten Nachbarn Strick- und Kochkurse an und lassen sich in Elternbeiräte wählen. Viele Eltern aus der rechten Szene engagieren sich ehrenamtlich, etwa indem sie eine Schwimmgruppe betreuen. Bei einer solchen Vernetzung und Nähe fällt es vielen offenkundig schwer, sich von diesen zu distanzieren.

Nazis eröffnen eigene Bibliothek in Mecklenburg-Vorpommern

Als im vorpommerschen Anklam die kommunale Bibliothek wegen Kürzungen geschlossen werden sollte, rief die NPD nicht nur zur Rettung der Bibliothek auf, sie wollte zugleich eine eigene Bibliothek mit »deutschenfreundlicher« Literatur anbieten, um die Leser_innen »weltanschaulich« im Sinne der NPD bilden zu können. Hierfür wurde eine leerstehende Lagerhalle erworben. NPD-Mitglieder betreiben vor Ort bereits ein Online-Geschäft für »nationale« Literatur. Das Treiben der NPD scheint von vielen Bürger_innen honoriert zu werden. Einer Befragung der Universität Bielefeld (Zschau 2010) zufolge betrachtet ein Drittel der Bevölkerung in Anklam die NPD als »normale Partei«, weitere 17,5% trauen ihr die Lösung lokaler Probleme zu.

In Sachsen versuchte die NPD, einen besonders gehüteten Bereich der Gesellschaft anzutasten – die Justiz: Als die Partei dazu aufrief, sich als Schöffen für die Gerichte zu bewerben, folgten diesem Ruf mehrere NPD-AnhängerInnen. In Riesa war diese Strategie erfolgreich und die örtliche NPD-Kreistagskandidatin war beim Amtsgericht als Hilfsschöffin angestellt. Wenn Neonazis und andere Rechte von ihrer Umwelt nicht mehr als SchlägerInnen und GewalttäterInnen, stattdessen als »Kümmerer« und Wohltäter wahrgenommen werden, gelingt ihnen die Anknüpfung an die übrige Gesellschaft und damit auch die Verankerung ihrer Ideologie.

Mit Betroffenheit Politik machen – Aktionen zu »Kindesmissbrauch«

Anknüpfungspunkte an das »gesunde Volksempfinden« vieler Bürger_innen suchen Neonazis auch bei anderen Punkten. In den letzten Jahren initiierten sie an verschiedenen Orten Aktionen gegen Personen, die Haftstrafen wegen sexueller Gewalt an Minderjährigen abgesessen haben und wieder auf freiem Fuß sind. Das Thema hat einen hohen Mobilisierungseffekt in der rechten Szene. Neonazis können oft unbehelligt bürgerliche Mahnwachen und Demonstrationen besuchen. Mitunter gelingt es sogar, sich an die Spitze der Proteste zu stellen (siehe Kasten »Hetzjagd in Insel«).

Zu Aufmärschen, auf denen die »Todesstrafe für Kinderschänder« gefordert wird, kommen auch »ganz normale« Bürger_innen, die mit Neonazis eigentlich nichts zu tun haben. Aktionen der Neonazis zum Thema finden fast ausschließlich an Orten mit hoher medialer und öffentlicher Aufmerksamkeit statt. Die Forderung nach der »Todesstrafe« wird über T-Shirts oder Aufkleber für Autoheckscheiben verbreitet. Auch in parlamentarischen Anfragen der NPD wird häufig Bezug auf tatsächliche oder vermeintliche Fälle von sexualisiertem Missbrauch an Kindern genommen.

In ihren Aktionen geht es darum, sich als Vollstrecker des »Volkswillens« darzustellen. Die mutmaßlichen Täter sollen aus der Gemeinschaft ausgeschlossen und ihrer Menschenrechte beraubt werden. Hier existiert ein Bezug auf die biologistische Gemeinschaftsvorstellung der Rechten: Die Forderung nach der »Todesstrafe für Kinderschänder« knüpft an die »Reinigungstodesstrafe« im Nationalsozialismus an, die 1941 gegen »gefährliche Gewohnheitsverbrecher« und »Sittlichkeitsverbrecher« eingeführt wurde. Für deren Verhängung war der Schutz der »Volksgemeinschaft«, das Bedürfnis nach »gerechter Sühne« beziehungsweise die Feststellung einer »Minderwertigkeit« des Täters ausreichend. Begründet wurde sie mit dem »sittlichen und biologischen Reinigungsbedürfnis der Gemeinschaft« (Amadeu Antonio Stiftung o.J.: 6). Auch den Neonazis geht es bei ihren Aktionen zu Kindesmissbrauch um die »Reinhaltung« der rassistisch definierten »Volks- und Schicksalsgemeinschaft«.

Angeheizt wird die Stimmung durch eine mediale Öffentlichkeit, die suggeriert, dass Kinder ständig bedroht sind und die Therapierung von Sexualstraftätern nichts bringe. Der gesellschaftliche Hintergrund sexualisierter Gewalt an Kindern und die statistischen Fakten interessieren nicht, denn sie passen nicht in das Bild einer ständigen Bedrohung der familiären Idylle von außen. Skandalisiert wird sowohl von Neonazis wie auch in der medialen Öffentlichkeit immer nur ein kleiner Teil der Taten. Missbrauchsfälle mit Todesfolge machen nur einen geringen Anteil an sexualisierter Gewalt gegen Kinder aus. Die meisten Fälle werden von Männern aus der Familie oder dem sozialen Nahbereich der Opfer verübt. Laut Schätzungen von Beratungseinrichtungen kommen auf je-

den Fall, der zur Anzeige kommt, 10 bis 20 nicht angezeigte Fälle (vgl. Shukura 2009: 6f.).

Die Aktionen von Neonazis zum Thema »Kindesmissbrauch« stellen Antifaschist_innen vor eine große Herausforderung. Kritiker_innen wird oft vorgeworfen, sexualisierte Gewalt an Kindern zu verharmlosen. Für die Auseinandersetzung mit der rechten Argumentation und ihren Schnittstellen zur bürgerlichen Öffentlichkeit ist es wichtig, die gesellschaftlichen Ursachen sexualisierter Gewalt zu thematisieren. Darüber hinaus ist es unerlässlich, dass enorme Ausmaß an gruppeninterner Gewalt in der Neonaziszene anzusprechen. Aussteiger_innen berichten über die Alltäglichkeit (sexualisierter) Gewalt innerhalb der Naziszene (vgl. Speit 2005). Die neonazistische Selbstinszenierung, der »Mythos Kameradschaft« und die völkischen Sittlichkeitsvorstellungen werden so erheblich in Zweifel gezogen. Zudem muss in der Auseinandersetzung deutlich gemacht werden, dass öffentlich inszenierte Rache keine Tat ungeschehen machen kann. Die Forderung nach dem Tod oder dem lebenslangen Wegsperrern der Täter suggeriert, im Interesse der Betroffenen zu handeln. Tatsächlich tragen die Aktionen der Nazis zu einem gesellschaftlichen Klima bei, das es gerade den Opfern erschwert, die Tat zu verarbeiten.

Hetzjagd in Insel

Im Juli 2011 ziehen zwei Männer in den Ort Insel in Sachsen-Anhalt, die wegen mehrfacher Vergewaltigung langjährige Haftstrafen mit anschließender Sicherheitsverwahrung verbüßt haben und aufgrund eines Grundsatzurteils des Europäischen Gerichtshofs entlassen werden. Durch eine mutmaßliche Indiskretion der örtlichen Agentur für Arbeit wird die Vorgeschichte der beiden Männer bekannt und im Ort verbreitet. Der Bürgermeister Alexander von Bismarck (CDU) beruft eine Bürger_innenversammlung ein und führt Demonstrationen vor das Wohnhaus der beiden Männer an. Im Laufe der Demonstrationen, die mit bis zu hundert Teilnehmern dreimal in der Woche stattfinden, werden Plakate und Transparente mit Aufschriften wie »Wir sind nicht eure Therapie! Auf Wiedersehen« und »Wir wollen keine Sexualstraftäter in unserem Dorf« gezeigt. Gefordert wird der Wegzug der beiden Männer. Anfang Oktober beteiligen sich zweimal organisierte Nazis aus lokalen und regionalen Strukturen an den Demonstrationen. Flyer werden verteilt und Transparente mit Slogans wie »Todesstrafe für Kinderschänder« und »Problemlösung statt Problemverschiebung« entrollt. Viele Bürger stellen sich hinter die Transparente der Nazis, der Bürgermeister ist zu sehen, wie er Absprachen mit einem lokalen NPD-Aktivisten trifft. Nach Medienberichten über die Beteiligung von Nazis an den Demonstrationen

und wachsender Kritik an der Duldung dieser Akteure seitens der Bürger_innen und des Bürgermeisters trifft sich der Innenminister von Sachsen-Anhalt Holger Stahlknecht (CDU) mit den beiden Männern. Im Ergebnis unterzeichnen diese ein Papier, in dem sie erklären, Insel verlassen zu wollen. Auf rechten Internetseiten wird dies als eigener Erfolg gefeiert.

Schaffung eigener Räume und Zentren

Eine andere Strategie zielt weniger auf die Nähe zu den Belangen der Bürger_innen, als vielmehr auf die Schaffung eigener soziokultureller Räume und Institutionen. In den so entstehenden Parallelwelten werden Kinder und Jugendliche im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie erzogen. Die Etablierung eigener Lebenswelten verfestigt diese für jeden Einzelnen und erschwert Ausstiege und Interventionen von außen. Organisationen wie die 2009 verbotene *Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ)*, die Siedlungsbewegung der *Artamanen* in Mecklenburg-Vorpommern, große Teile der *Jungen Nationaldemokraten (JN)* und das 2008 ebenso verbotene *Collegium Humanum (CH)* im nordrhein-westfälischen Vlotho, mitsamt seines Ablegers *Gedächtnisstätte e.V.* im sächsischen Borna stehen exemplarisch hierfür. Diese Organisationen haben ihren ideologischen Hintergrund oft schon im historischen Nationalsozialismus, beispielsweise in der *Hitlerjugend (HJ)*, sowie in der jungen Bundesrepublik, in der alte Nazis erneut Jugendliche etwa in der *Wiking Jugend (WJ)* um sich scharrten. Die 1994 verbotene WJ hatte bis zu 500 Mitglieder und stand in direkter Traditionslinie der NS-Kinder- und Jugendorganisationen. Die WJ versuchte, die nationalsozialistische Ideologie und Erziehungskultur aufrecht zu erhalten. Ihre Lager und Schulungen glichen denen der *Hitlerjugend*. Die HDJ sollte die WJ ablösen und die Kinder und Jugendlichen auf das spätere Leben als politische Soldaten und fürsorgende Mütter vorbereiten. Nach dem HDJ-Verbot übernahm die JN die Aufgabe der HDJ und versucht seitdem, mit der *Interessengemeinschaft Fahrt und Lager* die HDJ-Strukturen aufrecht zu erhalten. Im sächsischen Niesky betreibt der Neonazi H. Redeker ein »Feriendorf« und wird hierfür auch von der Lokalpresse hofiert. Im Sommer 2011 veranstaltete die sächsische JN ein so genanntes Sommerlager auf dem Gelände, bei dem es sich offenkundig um eine Ersatzveranstaltung der HDJ handelte. Das Gelände wurde auch für das Pressefest der NPD-Postille *Deutsche Stimme* genutzt an welchem regelmäßig hunderte Neonazis teilnehmen.

Das inzwischen verbotene Vereinsgeflecht rund um das Vlothoer *Collegium Humanum (CH)* steht ebenso für die Idee eines weltanschaulich geprägten Nazismus. Während die Stätte in Vlotho lange Zeit als Wallfahrtsort der internationalen Holocaustleugnerszene diente, versuchten Personen aus dem Umfeld

des CH im sächsischen Borna eine »Gedächtnisstätte für die Opfer des Zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenerlagern« zu etablieren. Anfangs wurde dieses Unterfangen von der Lokalpolitik nicht bemerkt, bis sich ein überregionales Neonazizentrum entwickelte, zu dessen Treffen hochkarätige Alt- und Neonazis anreisten. Auf dem Gelände eines ehemaligen Verwaltungsgebäudes errichteten die Nazis einen so genannten Thing-Platz (altgermanischer Versammlungsort), der künftig für entsprechende Zeremonien genutzt werden sollte. Inzwischen gelang es jedoch mit rechtlichen Schritten, dem Treiben der Nazis ein Ende zu setzen, auch wenn der Verein *Gedächtnisstätte e.V.* offenbar in Guthmannshausen, Thüringen, erneut fündig geworden ist.

Im Nordwesten Mecklenburg-Vorpommerns spielt sich ähnliches ab. Dort betreiben die völkischen *Artamanen* ein ganzes Dorf, in dem sie sich eine Parallelwelt aufgebaut haben. Die ursprünglichen *Artamanen* hatten ihre Wurzeln in den 1920er Jahren. Sie waren völkisch, rassistisch und antisemitisch geprägt. Prominente Mitglieder waren der spätere Kommandant des Konzentrationslager Auschwitz Rudolf Höß und SS-Chef Heinrich Himmler. Nach außen treten die heutigen *Artamanen* jedoch selten als bekennende Nazis auf. Vielmehr versuchen sie, an Umwelt- und Naturschutzbewegungen anzuknüpfen. Das Prinzip besteht weniger im politischen Kampf als vielmehr in der Schaffung abgeschotteter Sozialisationsräume. Kinder und Jugendliche werden im völkischen Sinne erzogen und erleben Gemeinschaft nicht als solidarisches Prinzip, sondern als Unterwerfung des Individuums unter das völkische Kollektiv.

Rechte Dominanz in Dortmund-Dorstfeld?

Soziale Räume, in denen Neonazi-Gegner_innen und Menschen, die dem rechten Weltbild nicht entsprechen, bedroht und angegriffen werden, werden »Angstzonen« genannt. Gemeint sind Orte, in denen Neonazis zwar nicht die Mehrheit der Bevölkerung stellen, jedoch durch offene Präsenz, Bedrohung, Einschüchterung und Gewalt ein Klima der Angst schaffen. In der öffentlichen Debatte verbindet man diese Orte meist mit Regionen in den neuen Bundesländern. Doch auch in den übrigen Bundesländern gibt es Kommunen, die durch eine starke Neonaziszene geprägt sind. Der Stadtteil Dortmund-Dorstfeld steht symbolisch für eine solche Entwicklung. Hier haben sich in den letzten Jahren dutzende Neonazis aus dem Ruhrgebiet niedergelassen. Ganze Straßen werden von den Neonazis beherrscht, Migrant_innen und Linke müssen Angriffe und Bedrohungen fürchten. Nicht nur die Neonazis aus dem Umfeld der *Freien Kräfte* und des *Nationalen Widerstand Dortmund*, auch die krude *Skinhead-Front Dortmund-Dorst-*

feld gehört zum Kreis der lokalen Neonaziszene. Letztere griffen Ende 2010 die alternative Kneipe *HirschQ* und ihre Gäste an. Graffiti und Aufkleber mit entsprechenden Botschaften sowie rechte Jugendcliquen prägen das Stadtbild. So können die Neonazis mit ihrem aggressiven und dominierenden Auftreten eine gefährliche Hegemonie entfalten, die durch die Ignoranz und Untätigkeit vieler Bürger_innen und der politisch Verantwortlichen gestärkt wird.

4.6 Junge Menschen im Blickfang der Nazis

Die Altersstruktur der bundesdeutschen Neonaziszene weist einen deutlichen Trend auf. Die Mitglieder und Wähler der NPD sind im Vergleich zu den anderen Parteien jünger, auch die Teilnehmenden der Demonstrationen sind meist zwischen 20 und 40 Jahre alt. Obwohl Neonazismus ganz sicher nicht allein ein Problem junger Menschen ist, zeigen die Zahlen und die Strategien der Neonazis, dass die wichtigste Zielgruppe junge und heranwachsende Menschen sind. Eine Erklärung dafür, warum sich besonders junge Menschen rechten Jugendcliquen und Neonaziorganisationen anschließen, sehen Untersuchungen in der Verbindungen zwischen autoritären Sozialisationserfahrungen und fehlenden demokratischen, auf Verständnis und Empathie zielenden Bildungs- und Kulturangeboten in bestimmten Regionen. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer verweist zudem auf das subjektive Empfinden sozialer Benachteiligung und Chancen- und Machtlosigkeit in Folge gesellschaftlicher Transformations- und Krisenprozesse.

Den Neonazis gelingt es, an die diffusen und wenig gefestigten politischen Identitätsbilder vieler Menschen anzuknüpfen. Doch auch die alltäglichen Diskussionen und Meinungen zu zeitgeschichtlichen Ereignissen, die meist von den Institutionen der Erwachsenen bestimmt werden, haben erheblichen Einfluss auf das Denken, Fühlen und Handeln von Kindern und Jugendlichen. In der Wissenschaft wird zudem die These von der Jugend als »exekutivem Stellvertreter« (Kohlstruck 2003) vertreten, die behauptet, dass die gewalttätigen Angriffe junger Rechter auf Asylsuchende und Migrant_innen durch die Verbreitung rassistischer Vorurteile der Erwachsenen hervorgerufen wurde.

Die Neonazis sprechen vor allem mit sozialpolitischen Themen junge Menschen an, die eng an deren Lebenswelt angelehnt sind: Im sächsischen Eilenburg waren es Neonazis, die gegen landesweite Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe protestierten. In Jena und in Berlin forderten Neonazis mehrere Jahre ein »Nationales Jugendzentrum«. Andreas Klärner (2007) macht deutlich, dass damit auch Jugendliche gewonnen werden konnten, die

sich aus sozialen und kulturellen Gründen politisch engagierten. Und die Beispiele der AN und neonazistischer Hooligans machen deutlich, dass besonders gewaltbereite, jüngere Personen mit Formen kollektiver Gewalt und Agitation gewonnen werden können.

Aktiv im Freizeitbereich

Während in den letzten Jahren, auch bedingt durch wirksame antifaschistische Proteste, die Zahl der Aufmärsche stagniert, steigt das rechte Engagement im kulturellen und sozialen Bereich. Auch klandestine Aktionen gewinnen an Bedeutung. Im Zuge der repressiven Schritte gegen Neonaziaufmärsche gewinnen spontane Aktionsformen ein größeres Gewicht. Im Mai 2011 kam es dabei in Berlin-Kreuzberg zu gewalttätigen Übergriffen Dutzender Neonazis auf Gegendemonstrant_innen und Passant_innen. Im Internet wurde die Aktion als Erfolg gefeiert.

»Demokraten bringen uns den Volkstod.«

Seit mehreren Jahren kursieren neonazistische Kampagnen, die den drohenden »Volkstod« heraufbeschwören. Die Nazis nutzen damit niedrige Geburtenzahlen und den demografischen Wandel, der aus ihrer Sicht von den »Demokraten« zu verantworten ist, für ihre »Volksgemeinschafts«-Ideologie. »Volk« ist für Nazis nicht etwa die Gesamtheit aller in Deutschland lebenden Menschen, sondern ausschließlich eine nach dem Abstammungsprinzip definierte Gemeinschaft. Die »Volkstod«-Metapher macht das krude völkische Denken der Nazis deutlich und ist nicht etwa Ausdruck der Sorge um gesellschaftspolitische Entwicklungen.

In manchen Gegenden werden Freizeitangebote häufig nur von Neonazigruppen angeboten und finden Interesse weit über die eigene Szene hinaus. Es wird zu Wanderfahrten, Wochenendausflügen, Fußballturnieren, Kampfsporttraining, Konzerten, Sonnenwendfeiern, ideologischen Schulungen und spannenden Aktionen eingeladen.

Was ist eine Sonnenwendfeier?

Die Sonnenwendfeier ist ein Ritual der heidnisch-germanischen Mythologie und wird jeweils zur Winter- und Sommersonnenwende begangen (21. Juni und 21. Dezember). In den nordeuropäischen Ländern ist das Ritual beliebt und keineswegs das Terrain von Personen aus der rechten Szene. Zentrales Moment der Feier ist ein großes Holzfeuer, das am Abend entzündet wird und bis in den Morgen brennt.

In Deutschland dagegen erfreut sich die Sonnenwendfeier vor allem in neonazistischen Kreisen großer Beliebtheit. Für deren Erlebniswelt besitzt die Feier identitätsstiftende Funktion, wollen die Neonazis mit dem Ritual »Gemeinschaft« und »Kameradschaft« stärken. Bei den aufwändig organisierten Zusammenkünften halten häufig örtliche Funktionäre Reden. Sonnenwendfeiern finden entweder auf Privatgrundstücken von Neonazis oder abseits der Städte auf dem Land statt. Sie werden mittels Internetvideos – unterlegt mit pathetischer Musik – für Gesinnungsgenossen aufbereitet.

Nicht zuletzt versuchen Neonazis örtliche Vereine, vor allem im Sport, zu unterwandern. Bekanntestes Beispiel ist der kleine Ort Laucha in Sachsen-Anhalt, wo der für die NPD gewählte Kreisrat Lutz Battke jahrelang als Nachwuchstrainer beschäftigt war. Auch öffentliche Jugendclubs waren seit den frühen 1990er Jahren Zielobjekt der Neonazis. Nachdem eine kritische Reflexion der Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen dazu führte, dass Neonazis nicht einfach so die Clubs übernehmen können, versuchen sie nun vermehrt, eigene Räumlichkeiten zu etablieren. Hierfür mieten oder kaufen die Neonazis eigene Objekte an. Die Mandate der NPD-Kommunal- und Landtagsabgeordneten in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sind für die Anmietung neuer Objekte hilfreich. Im sächsischen Geithain führt der NPD-Stadtrat Manuell Tripp ein so genanntes Bürgerbüro und auch in Leipzig betreibt die NPD seit mehreren Jahren ein »Nationales Zentrum«. In der Stadt Chemnitz wurde erst im November 2011 ein ähnliches Büro des NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel eröffnet. Auch in Thüringen versuchen NPD und Neonazis Immobilien zu erwerben. In Pößneck kaufte der inzwischen verstorbene Jürgen Rieger das »Schützenhaus«, welches für Konzerte und Parteiveranstaltungen genutzt wurde. In den NPD-Räumen können auch *Freie Kräfte* und *JN* ihre Veranstaltungen und Treffen durchführen.

Die Neonaziszene knüpft mit ihren Aktivitäten an weit verbreitete Ressentiments in der Bevölkerung an und macht sich den Mangel an demokratischer Kultur zunutze. Eine Untersuchung kommt zu dem fatalen Schluss: »Rechte Jugendkulturen der Neonazis haben vornehmlich auf dem flachen Land und in den Kleinstädten im Osten Deutschlands mit pop-, spaß- und erlebniskulturellen Elementen der vielseitig kombinierbaren Mode- und Musikstile weite Teile der Jugendszenen erobert. Sie stellen zwar nicht die Mehrheit, aber sie geben in einer Art kulturellen Hegemonie den Ton an, indem sie Räume, Plätze, Orte und Gebäude einnehmen« (Ferchhoff 2007: 224).

Position beziehen – Herausforderungen an die Jugendarbeit gegen rechts

Bei der Zurückdrängung rechter Hegemoniebestrebungen spielt Jugendarbeit eine wichtige Rolle. Die pädagogische Auseinandersetzung mit rechten Einstellungen bei Jugendlichen trägt entscheidend zu einem antifaschistischen Klima in einer Kommune bei. Erfahrungen und Diskussionen in diesem Feld zeigen aber, dass für eine wirkungsvolle Jugendarbeit gegen rechts Einiges zu beachten ist.

Jugendliche mit rechten Einstellungen avancieren meist erst dann zum Ziel pädagogischer Interventionen, wenn sie straffällig geworden sind. Der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang, in dem rechte Einstellungen entstehen, wird dabei außer Acht gelassen. Häufig machen Jugendliche in ihrem sozialen Umfeld die Erfahrung, dass rassistische oder sozialchauvinistische Sprüche akzeptiert werden und Zustimmung von Erwachsenen erfahren. Es ist daher falsch, rechte Einstellungsmuster auf Jugendliche zu reduzieren. Für eine wirkungsvolle Auseinandersetzung mit rechten Einstellungen müssen soziale Ursachen berücksichtigt werden. Hilfreich ist es dabei, hinsichtlich der unterschiedlichen Ausdrucksformen, Organisierungsgrade und Ideologiedichte rechter Orientierungen zu differenzieren (vgl. MBR 2006: 80). In der pädagogischen Praxis werden Begriffe wie »rechts«, »rechtsorientiert« oder »rechtsextrem« meist synonym verwendet. Daraus resultieren Unklarheiten in Bezug auf geeignete Methoden, Zuständigkeiten und Grenzen der Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. Entscheidend für erfolgreiche Jugendarbeit gegen rechts ist ein präventives, langfristiges und vernetztes Vorgehen. Pädagogische Kurzzeitmaßnahmen verhelfen einer Kommune zwar zu einem saubereren Image, sie sind aber wenig geeignet, nachhaltig Vorurteile abzubauen und ein Verständnis für ein demokratisches Miteinander zu etablieren. In der Arbeit gegen rechts ist Langfristigkeit gefragt. Je präventiver in pädagogischen Projekten eine Auseinandersetzung mit rechten Einstellungsmustern und Ungleichwertigkeitsvorstellungen erfolgt, desto besser.

Hinzu kommt, dass lokale Akteure aus den Bereichen Jugend, Schule, Zivilgesellschaft und Kommunales regelmäßig ihre Erfahrungen miteinander austauschen müssen. Nur wenn sich möglichst viele dem Problem stellen, wird rechten Jugendlichen keine Plattform für ihre Einstellungen geboten. Hierbei empfiehlt es sich, die Angebote der Jugendarbeit an allen Jugendlichen in einer Kommune auszurichten und nicht in nicht-rechte und rechte Jugendliche zu separieren. Bei der pädagogischen Arbeit gegen rechts ist es wichtig, in den Gruppen eine Heterogenität von politischen Einstellungen und Perspektiven zu befördern, damit die Auseinandersetzung nicht allein zwischen Sozialarbeiter_in und Gruppe stattfindet. Bei der Separierung problematischer Jugendlicher wird ein gefährliches Setting geschaffen, vor allem wenn die pädagogischen

Angebote gewissermaßen als Belohnung für eine rechte Einstellung erscheinen. Angebote, die sich nicht nur an rechte Jugendliche richten, wirken einer Verdrängung nicht-rechter Jugendlicher entgegen, ihnen wird damit das Gefühl vermittelt, dass ihre Bedürfnisse ernst genommen werden. Und: Das Streben nach einer alternativen Jugendkultur in der Kommune sollte Förderung erfahren. Die Maßnahmen sollten dabei so konzipiert sein, dass Mitbestimmung und demokratische Konfliktlösung möglich sind.

Falsch verstandene pädagogische Neutralität hilft allerdings auch nicht weiter. Das Engagement für Menschenwürde und Menschenrechte erfordert eine klare Positionierung. Die pädagogische Arbeit mit rechten Jugendlichen hat dort ihre Grenzen, wo offen neonazistische Ideen verbreitet und nicht-rechte Jugendliche bedroht und aus den Einrichtungen gedrängt werden.

Rechte Dominanz in Magdeburg-Reform

Im Magdeburger Stadtteil Reform wird eine Fangruppe des Fußballvereins 1. FC Magdeburg – die *Reformer Jungs* – auffällig. Die lose organisierte Gruppe, die den Namen der Clique auf T-Shirts und Jacken trägt, hat Verbindungen zur rechten Hooligan- und zur Naziszene. Einige Cliquenmitglieder besuchten rechte Konzerte oder nahmen im Januar 2011 an einem Neonaziaufmarsch in Magdeburg teil.

Treffpunkt eines Teils der Gruppe ist das *Kinder- und Jugendhaus Banane*, der einzige Jugendclub im Stadtteil. Die Gruppe gerät in den Fokus, als alternative Jugendliche darauf aufmerksam machen, dass die Gruppe den Stadtteil und das Kinder- und Jugendhaus dominiert und gewalttätige Angriffe von ihr ausgehen. Alternative Jugendliche würden mitten am Tag mit Autos verfolgt und mit Naziparolen beschimpft. Betroffene seien durch »Hausbesuche« von Rechten bedroht und eingeschüchtert worden. Bei einer geplanten Demonstration gegen rechts im Februar 2011 patrouillierten etwa 50 Nazis durch den Stadtteil, ein 21-jähriger Linker wurde von mehreren Rechten angegriffen. Die Demonstration musste daraufhin aus Sicherheitsgründen abgesagt werden. Beim zweiten Anlauf im Oktober 2011 demonstrierten etwa 100 Antifaschist_innen. Seitdem wehren sich die *Reformer Jungs* gegen die Vorwürfe. Sie geben an, sich nie über die Wirkung ihres Auftretens Gedanken gemacht zu haben. Ein Sprecher der lokalen *AG Gemeinwesenarbeit* erklärte, die Jugendlichen seien zu unbedarft an die Sache gegangen. Man wolle nun die Kommunikation untereinander verbessern. Das Jugendamt gibt an, dass »weder eine politische Ausrichtung noch eine Organisation der Club-Besucher« im *Kinder- und Jugendhaus Banane* ersichtlich seien.

4.7 ... und wie wir damit umgehen

Eine Zurtückdrängung der Neonazis sowie eine Bekämpfung von Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Bevölkerung ist keine »One-Way«-Strategie. Es braucht eine große Vielfalt von Gegenstrategien, beteiligten Akteuren und den zu bildenden Netzwerken gegen rechts. Eine erfolgreiche Strategie zielt in zwei Richtungen: Zunächst muss Neonazis und entsprechenden Organisationen entschieden und auf verschiedenen Ebenen entgegengetreten werden. Außerdem gilt es, die strukturellen und gesellschaftlichen Ursachen von Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und anderen Diskriminierungsformen zu benennen und anzugreifen.

Vor Ort nach Kooperation suchen

Auch in ländlich gelegenen Regionen gibt es Netzwerke und Gruppen, die sich dem rechten Klima entgegenstellen. Zunächst waren es Antifa-Gruppen, die sich jahrelang meist allein den Nazis entgegenstellten. Das Konzept *Antifa* stammt ursprünglich aus den 1920er Jahren und beinhaltet ein parteiübergreifendes Konzept antifaschistischen Handelns und Agierens. In den 1980er und 1990er Jahren entstanden bundesweit gut vernetzte Antifa-Gruppen, die mit Kampagnen und Demonstrationen gegen das rechte Klima vorgingen (Keller et al. 2011).

Im Jahr 2011 fragen sich viele Kommunalpolitiker_innen, Vereine und Initiativen, ob sie mit den Antifa-Gruppen zusammenarbeiten wollen. Ginge es nach dem Verfassungsschutz müsste diese Kooperation ausbleiben, da nach deren Deutung »Antifaschismus« eine Form des Linksextremismus ist. Indirekt werden Neonazi-Gegner_innen mit gewalttätigen Neonazis gleichgesetzt. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass große Bündnisse, bestehend aus Akteuren der Zivilgesellschaft, Antifa-Gruppen und weiteren Organisationen, oft am wirkungsvollsten gegen rechte Strukturen vorgehen konnten.

Antifa-Gruppen können lokale Neonazistrukturen oft am kompetentesten einschätzen. Außerdem bieten sie jungen Menschen die Chance, über bloße Antinaziarbeit hinaus, gesellschaftliche Zusammenhänge von Rassismus, Antisemitismus, Demokratie und Kapitalismus kritisch zu hinterfragen. Zivilgesellschaftliche Akteure hingegen haben eine größere Breitenwirkung und sprechen im Idealfall weite Bevölkerungskreise an. Für die Etablierung von Bündnissen sollten genaue Absprachen zu Zielen, Inhalten und Strategien antifaschistischer Arbeit getroffen werden.

Kreativ gegen Neonazis

Das Konzept *Antifa* propagiert den Kampf gegen Nazis »mit allen Mitteln, auf allen Ebenen«. Militante Aktionen gegen Aufmärsche und rechte Treffen gehören ebenso dazu, wie eine kreative Aufklärungsarbeit.

»*Kaffeefahrt über's Land*«: In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern unternahmen Neonazi-Gegner_innen gemeinsame Fahrten durch die Region und besuchten dabei Orte, die bekannt für ihre Neonaziszene waren oder sich durch ein rechtes Klima auszeichneten. Dabei werden in den jeweiligen Orten Demonstrationen oder Kundgebungen angemeldet, die anschließend abgefahren werden. Vor Ort können Redebeiträge erfolgen und Flugblätter verteilt werden. Auch der Besuch von Einrichtungen, die von Bedrohung, Gewalt und Ausgrenzung betroffen sind, beispielsweise Jugendclubs oder Unterkünfte von Asylsuchenden, ist Teil des Programms.

»*Meine Stimme gegen Nazis*«: Zu Landtags- und Kommunalwahlkämpfen organisieren breite Bündnisse aus Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen und Antifa-Gruppen Kampagnen mit dem Ziel der Aufklärung über Ideologie und Agieren der NPD und anderer rechter Parteien. Über Internet und Infomaterialien wird darum geworben, keine rechten Parteien zu wählen. Konzerte mit lokalen Bands können das Anliegen unterstützen und gleichzeitig für alternative Jugendkulturen werben (mehr Infos unter: www.meine-stimme-gegen-nazis.de und www.keine-stimme-den-nazis.info).

Alles klar? Aufklärung als erster Schritt

Die Facetten der neonazistischen Erlebniswelt reichen weit und vielen sind die umtriebigen Vereine, Personen und Aktivitäten schlicht unbekannt. Der erste Schritt für einen offensiven Umgang ist Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Gerade im ländlichen Raum bewegen sich Neonazis und insbesondere die NPD oft im Umfeld des normalen Geschäfts- und Alltagsleben. Gleichwohl das Internet viele Informationen bereithält, finden diese nicht den Weg zu den lokalen Akteuren. Abhilfe schafft hierbei eine Aufklärungskampagne. Neben Antifa-Zeitschriften (*Antifaschistisches Infoblatt*, *Der Rechte Rand*, *Lotta – antifaschistische Zeitung*) existieren im Internet diverse Recherche- und Nachschlageplattformen, die gute Anknüpfungsmöglichkeiten dafür bieten.

Bundesweite Beispiele: www.publikative.org; www.netz-gegen-nazis.de; Blick nach rechts: www.bnr.de

Regionale Beispiele: Dokumentation rassistischer, faschistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig: www.chronikle.org; Berlin rechts-außen: www.blog.schattenbericht.de

Mit der notwendigen Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit erfahren Neonazis den gebotenen Druck. Pressemitteilungen, Flugblätter und Kundgebungen können das Treiben der Neonazis sichtbar machen. Wer über rechte Kader informieren möchte, sollte sich jedoch juristisch beraten. So dürfen Fotos »nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden« (§ 22 des Kunsturheberrechtsgesetzes, Recht am eigenen Bild), es sei denn, es handelt sich um Persönlichkeiten der Zeitgeschichte (wie ein NPD-Landtagsabgeordneter) oder Personen wurden erkennbar im Rahmen eines Aufmarsches abgelichtet. Neonazis zeigen vermeintliche Urheber_innen von Texten, Homepages oder Fotos auch schon mal an, wenn sie ihre Persönlichkeitsrechte tangiert sehen. Allzu oft können sie dabei auf die Hilfe von Staatsschutzabteilungen und Staatsanwaltschaften bauen.

Auch bei öffentlichen Veranstaltungen oder Bürgerversammlungen müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen beachtet werden. Wer von seinem Hausrecht Gebrauch macht und Veranstaltungsankündigungen mit einer entsprechenden Formulierung versieht, mit der rechte BesucherInnen ausgeschlossen werden können, ist auf der sicheren Seite.

Prävention gegen Unterwanderung, Immobilienkauf und -miete

Der Journalist Toralf Staud warnte 2008 auf der Konferenz »Ist der Linksaußen ein Rechtsaußen?« vor der Unterwanderung von Vereinen durch Neonazis. Besonders im ländlichen Raum versuchen Nazis, die einzig verbliebenen sozialen Infrastrukturen zu besetzen oder eigene Vereine zu gründen.

Die *Freiwilligen Feuerwehren* erweisen sich dabei als häufiger Angriffspunkt, wie Berichte aus dem ganzen Bundesgebiet belegen. Im thüringischen Schleusingen bewiesen die Verantwortlichen Courage und übten sich im schwierigen Rechtskampf gegen Neonazis. Als ein bekannter NPD-Aktivist einen Mitgliedsantrag stellte, drohte der Einspruch des obersten Dienstherren vor Gericht zu scheitern. Jedoch gaben gleichzeitig zahlreiche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, inklusive des obersten Dienstherren an, im Falle der Mitgliedschaft von Neonazis den Dienst zu quittieren. In diesem Fall entschied die kommunale Aufsicht, dass das Interesse der Freiwilligen Feuerwehr mehr wiegt, als das Recht von Neonazis, dort Mitglied zu werden. Inzwischen gab auch das thüringische Innenministerium einen Leitfaden heraus, der Tipps und Tricks für den Umgang mit den Neonazis enthält. Die Freiwillige Feuerwehr in Hessen etablierte ein Online-Meldeformular für derartige Vorfälle.

Die Mitgliedschaft von Neonazis in öffentlichen, ehrenamtlichen *Vereinen* kann schnell zum Ärgernis werden. Beispiele der Freiwilligen Feuerwehren und aus dem Sport haben gezeigt, dass im Nachhinein oft komplizierte Rechtswege folgen. Im Vorfeld kann jedoch eine Satzung integriert werden, die es Nazis er-

schwert, eine Mitgliedschaft zu realisieren. Der Verein *SV Concordia Lübbtheen* aus Mecklenburg-Vorpommern änderte seine Satzung um den Zusatz, dass Personen »bei unehrenhaften Verhalten, innerhalb und außerhalb des Vereins ... durch Kundgabe rassistischer, antisemitischer oder ausländerfeindlicher Gesinnung« ausgeschlossen werden können. Inzwischen haben andere Vereine diese Satzung übernommen. Speziell im Fußball gibt es weitergehende Aktionen, beispielsweise Hausordnungen in Stadien, die das Zeigen von Nazisymbolen verbieten. Satzungsänderungen allein reichen sicherlich nicht, können aber Diskussionen und Aktivitäten im Verein anregen.

Wie kein anderer stand der 2010 verstorbene Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger für die Strategie, *Immobilien* in der ganzen Bundesrepublik für die Neonaziszene zu erwerben. Rieger kaufte die Anwesen für die Erlebniswelt der Neonazis, beispielsweise als Konzertorte oder als Schulungszentren. Die Strategie bestand darin, offenkundig unattraktive Immobilien möglichst diskret zu erwerben. Das böse Erwachen in den Kommunen folgte, als es meist zu spät war. Dass es auch anders geht, zeigten die Verantwortlichen der niedersächsischen Stadt Melle. Als Rieger 2007 beabsichtigte, den Bahnhof zu kaufen und dort ein NPD-Zentrum zu errichten, änderten Bürgermeister und Stadtrat im Eilverfahren Baurecht und gebäuderechtliche Bestimmungen, sodass Rieger schließlich vom Kauf zurücktrat.

Auch die in der Neonaziszene beliebte *Modemarke Thor Steinar* setzt auf Tarnung. In verschiedenen Städten mietete sich die Firma unter der vagen Angabe, man verkaufe Textilien, in Ladenräume ein, ohne den Vermieter_innen zu offenbaren, was in den Geschäften tatsächlich verkauft wird. Inzwischen haben mehrere Eigentümer_innen gegen *Thor Steinar* geklagt und sich durchsetzen können. Sie beriefen sich auf den Vorwurf der arglistigen Täuschung nach § 123 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Eine erfolgreiche Strategie besteht zum einen in der möglichst weitgehenden Aufklärung zu Modemarken, Neonazi-Kadern und zwielichtigen Vereinen und zum anderen in einer gezielten rechtlichen Auseinandersetzung.

Leitfaden des Thüringer Innenministeriums zum Umgang mit Neonazismus in der Freiwilligen Feuerwehr: www.thueringen.de/imperia/md/content/tim/schwerpunkte/rechtsextremismus/leitfadenfeuerwehr.pdf; Online-Meldeportal der Jugend-Feuerwehr in Hessen: www.jf-hessen.de/d/Projekte/demokratie.php?navanchor=1010059

Ladenschluss – Aktionsbündnis gegen Nazis: <http://ladenschluss.blogspot.de>

Mehr als nur Rock gegen rechts

Die vielfältigen Strategien der modernen Neonazis im Feld der Erlebniswelt erfordern originelle Ideen und Aktionen. Die »Schulhof-CD« der NPD wurde mit einer breiten Gegenoffensive unter dem Motto *Kein Bock auf Nazis* und mit Unterstützung prominenter Bands wie *Die Toten Hosen*, *Muff Potter* und *Die Ärzte* beantwortet. Auch viele Kommunen, Vereine und Organisationen sammelten gemeinsam Geld und Ressourcen und produzierten zusammen mit lokalen Bands und Musiker_innen mediale Aufklärungsangebote zur Neonaziszene. Die Kampagne »Faschismus ist nicht trendy – Autonome Nationalisten stoppen« von antifaschistischen Gruppen aus dem Rheinland brachte das Phänomen AN auf die Agenda. Die Kampagne führte in mehreren Städten Informationsveranstaltungen durch und erreichte eine breite mediale Öffentlichkeit.

In vielen Städten setzt sich langsam das Mittel der gewaltfreien Massenblockade gegen Naziaufmärsche durch. Was in Dresden im Februar 2010 mit der Verhinderung des größten europäischen Naziaufmarschs seinen bislang wichtigsten Erfolg feierte, wird zunehmend auch in andere Städte getragen. Mit dieser Aktionsform ist es nicht nur möglich, Nazis erfolgreich zu behindern, sondern auch Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen, Ängsten, und Interessen für antifaschistisches Engagement zu gewinnen.

Richterlich anerkannt: Direkter Protest gegen Neonazis ist legitim

Grundsätzlich wird das Recht auf Versammlungsfreiheit im Artikel 8 Grundgesetz (GG) geregelt. Darin heißt es: »Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.« Polizei und Ordnungsämter versuchen, im Kontext von Neonaziaufmärschen ein »Trennungsgebot« zwischen Teilnehmenden der rechten Aufzüge und Gegendemonstrant_innen durchzusetzen. Mehrere Gerichtsentscheide, unter anderem des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschluss vom 10.12.2010) und des Verwaltungsgerichts Dresden (VG Dresden, Beschluss vom 11.10.2006), kommen jedoch zu der Einschätzung, dass Artikel 8 GG auch die freie Wahl des Versammlungsortes durch den Versammlungsanmelder beinhaltet und dass Versammlungen unter freiem Himmel auch in »Hör- und Sichtweite« mit gegenteiligen Meinungen konfrontiert werden dürfen. Entscheidend ist die weiterhin mögliche Durchführung der angemeldeten Versammlung.

Menschen, die sich gemeinsam auf die Straße setzen und damit eine angemeldete Route von Neonazis blockieren, können von Polizei und Justiz belangt werden. Im Verlauf der Ermittlungen zu den Blockaden gegen den Neonaziaufmarsch im Februar 2011 in Dresden kamen auch Sitzblo-

ckierer_innen ins Visier der Behörden. Als im September 2011 Neonazis wiederholt durch das brandenburgische Neuruppin marschieren wollten, kesselte die Polizei mehr als 300 Gegendemonstrant_innen und warf ihnen vor, sich an einer illegalen Blockade beteiligt zu haben. Das Bundesverfassungsgericht und andere Gerichte haben jedoch mehrmals die Legalität und die Vereinbarkeit von Sitzblockaden mit Artikel 8 GG anerkannt (u.a. BVerfG-Beschluss vom 24.10.2001 »Wackersdorf«). (Sie auch (www.johannes-lichdi.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/PDF_3-11/Protest_der_Buerger_unerwuensch_Doku.pdf))

Protest darf und sollte auch kreative Formen annehmen. Was 2004 mit der Satiregruppe *Front Deutscher Äpfel* begann, hat sich längst auf andere Bereiche ausgedehnt. Im Sommer 2011 verteilten Aktivist_innen der Neonazi-Aussteigerplattform *Exit-Deutschland* augenscheinliche Nazi-T-Shirts auf dem Geraer Neonazievent *Rock für Deutschland*. Als die glücklichen Neubesitzer ihr Shirt nach dem Waschen begutachteten, staunten sie nicht schlecht über die nun sichtbare antifaschistische Botschaft: »Was dein T-Shirt kann, das kannst du auch« (www.exit-deutschland.de). Dass die Handlungen nicht nur auf Neonazis zielen sollten, sondern vielmehr auf die dahinterliegenden Einstellungen und Vorurteile, zeigt die Kampagne »Respekt! Kein Platz für Rassismus«, deren Initiator_innen dazu einladeten, ein Metallschild mit der gleichnamigen Aufschrift in Vereinen, Unternehmen und übrigen Orten sichtbar aufzuhängen und Position zu beziehen (www.respekt.tv). Der Initiative hat sich inzwischen eine Vielzahl prominenter Unterstützer_innen angeschlossen.

Kapitel 5

»Für die Freiheit, für das Leben...«

Linke Alternativen gegen rechts

Neonazis, rechtspopulistische Akteure und Ideologien der Ungleichwertigkeit können an den verschiedensten Stellen und in verschiedensten Formen in der Kommune vorkommen. Für linke kommunalpolitische Akteure heißt es, vorbereitet zu sein, sich mit ihnen auseinanderzusetzen (zu können). Hierbei sind die möglichen linken Alternativen ebenso breit gefächert wie die Erscheinungsformen von Neonazismus.

Möglichst viele Alternativen und konkrete Beispiele sind notwendig. Voraussetzung ist für linke Mandatsträger_innen das Wissen darüber, welche Themen über die reine Kreistags- oder Ratstätigkeit hinaus für Rechte relevant sind, wo sie sich lokal bewegen beziehungsweise wie sie Nachwuchs gewinnen. Hier gibt es jede Menge Anknüpfungspunkte zum gemeinsamen Agieren mit zivilgesellschaftlichen kommunalen Akteuren, mit Eltern, mit Jugendlichen.

Noch einmal: Der Kreativität beim Agieren gegen rechts sind keine Grenzen gesetzt.

5.1 Das Problem benennen:

Neonazis und Ideologien der Ungleichwertigkeit

Neonazis sind zwar jene Akteure, die am offenkundigsten Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus vertreten, jedoch zeugen rassistische Diskurse und Verlautbarungen in der Politik, in den Medien und im Speziellen auch im direkten sozialen Umfeld von einer tieferen Verankerung in allen gesellschaftlichen Milieus. Rassismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit sind keine Probleme Einzelner, sondern deren Entgegnung sollte als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe angesehen werden. Wenn beispielsweise Neonazis die lokale Jugendszene bedrohen oder versuchen diese zu dominieren, kann dies nicht als unpolitischer Konflikt zwischen »rivalisierenden« Jugendlichen betrachtet werden. Neonazis und menschenverachtende Einstellungen sind immer ein Problem für das Zusammenleben der Menschen in einer Kommune, das einen offenen, reflektierten Umgang benötigt. Die Kritik des Rassismus der Neonazis verlangt gleichzeitig eine Kritik des Alltagsrassismus in der Gesellschaft und des staatlichen Rassismus. Für den kommunalen Raum stellt sich dabei beispielsweise die Frage nach dem eigenen Umgang mit Mig-

rant_innen, Asylsuchenden und Menschen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind.

Gebraucht werden Bildungsangebote, Veranstaltungen und Diskussionen zu gesellschaftspolitischen Themen sowie Möglichkeiten der Partizipation der Vielen. Menschenverachtende Einstellungen und ihre Manifestation in Form persönlicher oder struktureller Diskriminierung sind Ergebnis komplexer gesellschaftlicher Prozesse und sind als solche zu thematisieren. Politische Bildung sollte als immanenter Bestandteil der kommunalen Infrastruktur begriffen werden und braucht entsprechende Strukturen, beispielsweise Stadtteilzentren, alternative Jugendzentren, Netzwerkstellen und Beratungsnetzwerke. In den meisten Kommunen engagieren sich häufig zwar nur wenige Menschen gegen Neonazis und menschenverachtende Einstellungen, vermutlich deshalb bleibt eine Unterstützung durch die Verantwortungs- und Mandatsträger_innen oft unzureichend. Manchen Verantwortlichen geht es mehr um Ordnung, Ruhe und Sicherheit als um das Wohl einer demokratischen Gesellschaft und damit den Schutz der Menschenwürde aller Bewohner_innen.

Was stattdessen gebraucht wird, fehlt so häufig: Solidarität mit den Betroffenen rechtsmotivierter Gewalt und wirksame Schritte zur Förderung einer demokratischen Kultur in den Gemeinden. Gerade wenn Bewohner_innen Kommunalpolitik als für sie wenig relevante und bedeutsame Prozesse erleben, wenn Kommunalpolitiker_innen danach streben, jede politische Debatte zu ersticken, erstarken Neonazis und demokratiefeindliche Positionen.

Doch auch die repressive Verfolgung der Neonazis muss Teil der lokalen Strategien gegen rechts sein. Das Nachweisen eines politischen Motivs bei Straf- und Gewalttaten gestaltet sich häufig schwierig und ist oft für die Betroffenen mit Frustration und Enttäuschung verbunden. Nicht nur die Gerichte stehen in der Verantwortung, beispielsweise rassistische Taten als politisch-motivierte Kriminalität anzuerkennen, auch die Polizei muss ihrer Aufgabe, der Verfolgung rechtsmotivierter Gewalt und Straftaten, nachkommen. In diesem Zusammenhang braucht es auch Kontakt und Kommunikation zwischen Kommune und den zuständigen Abteilungen der Kriminalpolizei und des Landeskriminalamtes.

Die Extremismus-Theorie und ihre institutionelle Gestaltung in Form des Verfassungsschutzes tragen zur Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Gesellschaft bei. Besonders problematisch ist die faktische Gleichsetzung linker und rechter Gruppen, welche gerade im ländlichen Raum zur Diffamierung der verbliebenen alternativen Jugendzonen führt. Bekannte Beispiele aus dem Osten der Republik, wo Stadtgesellschaften auf Neonazi-Gegner_innen und alternative Jugendliche mit Ausgrenzung, Repression und Ignoranz reagierten, verdeutlichen das Problem. Wenn beispielsweise linke Jugendinitiativen und

Punks als Störer_innen von Ordnung und Sicherheit betrachtet werden, aber gleichzeitig Neonazis unbehelligt von Polizei und Stadtverantwortlichen Migrant_innen, Linke und Demokrat_innen bedrohen und angreifen, ist dringendes Umdenken geboten. Der kommunale Raum braucht keine Ausgrenzung der Akteure gegen rechts, sondern eine offene und kontinuierliche Unterstützung sowie Förderung dieser Gruppen.

Die Verfassungsschutzämter betätigen sich vermehrt im Feld der politischen Bildung und versuchen, sich als Expert_innen für zivilgesellschaftliche, demokratische Belange aufzuspielen. Aufklärung und Information über lokale Neonaziszenen, das Erlernen demokratischer Prinzipien und der verantwortungsbewusste Umgang mit menschenverachtenden Einstellungen gehören jedoch nicht zu den Befugnissen und Aufgaben eines Geheimdienstes, sondern sind Bestandteil einer aktiven Bürger_innengesellschaft. Im Kontext der Verstrickungen des Geheimdienstes in die Machenschaften der Zwickauer Neonazi-Zelle und der gleichzeitigen repressiven Verfolgung von Neonazi-Gegner_innen – erinnert sei an das Vorgehen der Staatsanwaltschaften in Dresden (Ermittlungen gegen Blockierer_innen des Neonaziaufmarschs im Februar 2011) und Stuttgart (Ermittlungen wegen durchgestrichener Hakenkreuze 2006) – sollte ein kritischer Umgang mit dem Verfassungsschutz zum Standard jeder demokratischen, zivilgesellschaftlichen Betätigung werden.

Bildungs- und Beratungsangebote (ohne Geheimdienst)

Für kommunalpolitische Akteure gibt es zahlreiche Möglichkeiten:

Projekttag in Schulen und Bildungseinrichtungen: Das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC) organisiert Seminare und Schul-Projekttag zu verschiedenen Schwerpunkten. Grundlage ist eine anti-rassistische Bildungsarbeit, die von ehrenamtlichen Teamenden in Schul- und Ausbildungsklassen zusammen mit den Teilnehmenden umgesetzt wird (www.netzwerk-courage.de).

»Mandy«-Comic gegen den Extremismusbegriff: Die antifaschistische Gruppe 5 aus Marburg hat in kritischer Anlehnung an die »Andy«-Comics des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes eigene Stories erstellt, die zum einen zum kritischen Umgang mit dem Extremismus-Modell und dem Verfassungsschutz anraten, zum anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit, beispielsweise Rassismus und Homophobie, thematisieren und anschaulich für junge Menschen darstellen (<http://mandi.blogspot.de>).

Antifaschistisches Expert_innenwissen: Das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum e.v. (apabiz) bietet mehr als 50 verschiedene Informationsveranstaltungen und Seminare an. Die seit Anfang der

1990er Jahre aktive Einrichtung bildet Antifaschist_innen und Interessierte zu Themen wie »Neue Rechte« oder Presse- und Kampagnenarbeit fort (www.apabiz.de).

Beratungsangebote: Die Mobilen Beratungsteams und zum Teil die Opferberatungsstellen in den Bundesländern stehen meistens auch zur Beratung von Kommunen im Umgang mit rechten Akteuren zur Verfügung, z.B. die MBR in Berlin, das *Kulturbüro Sachsen, Miteinander e.V.* in Sachsen-Anhalt, *Opferperspektive* in Brandenburg oder *MOBIT* in Thüringen.

Weiterbildungsangebote: Ein Angebot des Schwerpunkts »Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit« der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*: www.rosalux.de/index.php?id=21771; außerdem Seminare der *Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung* zum Umgang mit Rechten in der Kommune: www.kommunalakademie.rosalux.de und kommunalpolitik.blog.rosalux.de

Weitere Literaturhinweise und Links im Anhang.

5.2 Aktiv Demokratie gestalten und leben

Eine pluralistische Demokratie trägt dem Umstand sich einander oft widerstrebender Interessen und Bedürfnisse verschiedener Gruppen und Individuen in einer heterogenen Gesellschaft Rechnung. Doch ohne die Verteidigung der Freiheits- und Gleichheitsrechte ist eine pluralistische Demokratie nicht zu haben. Das hört sich nach »großer Politik« an, muss aber auch im Kleinen, also in der Kommune, mit Leben gefüllt werden, will die Idee einer integrativen Gesellschaft gegen das rechte »Volksgemeinschafts«-Modell bestehen.

Allerdings dominiert in unserer Gesellschaft ein autoritäres Demokratieverständnis, dass auf starre Strukturen setzt und Interessen verschiedener Gruppen oder soziale Missstände ignoriert. Allein eine gemeinwohlorientierte Demokratie kann als Regulativ das Gleichgewicht von Freiheit und Gleichheit versuchen herzustellen. Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind daher notwendige Bestandteile einer pluralistischen Demokratie. Dazu gehören zum Beispiel auch im begrenzten Rahmen der Kommunalgesellschaft:

Bürger_innenbeteiligung: Eine transparente Kommunalpolitik muss sich auch den Voten der Bürger_innen stellen und in der Lage sein, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Formen von Bürger_innenbeteiligung sind somit Teil einer partizipativen und protagonistischen Demokratie. Dies kann sich in partizipativen Haushalten, Bürger_innenbegehren, E-Democracy, also eine transparente Kommunalpolitik im Internet, sowie Open Data-Projekten, d.h. die Offenlegung von

Daten und Informationen, ausdrücken. Auch Stadtforen eröffnen Partizipationsmöglichkeiten für verschiedene Bevölkerungs- und Interessengruppen.

Soziale Stadtentwicklung: Soziale und ethnische Segregationsprozesse müssen problematisiert und zurückdrängt, (Wieder-)Aneignungsprozesse im urbanen Raum gefördert werden. Bürger_innenbeteiligung hört bei Stadtentwicklungsprozessen nicht auf, sondern fängt gerade da an. Dazu gehört der Wiedereinstieg in den Sozialen Wohnungsbau genauso wie die Wiederbelebung öffentlicher Gebäude und eine soziale Infrastruktur, durch die die Immobilität vieler Bürger_innen kompensiert werden kann. In so genannten Multiplen Häusern (Gemeinschaftshäuser) können Dienstleistungen, ärztliche, aber auch wirtschaftliche und ökologische Angebote zusammengefasst und zu einem nachbarschaftlichen Zentrum ausgebaut werden. Partizipative Planungsverfahren wie Charrette (www.charrette.de) bringen verschiedene Akteure an einen Tisch und sind eine Methode direkter Bürger_innenbeteiligung.

Kommunale Infrastruktur: Egal ob Stadtwerke, Schulen, Krankenhäuser oder öffentlicher Personennahverkehr, die kommunale Infrastruktur ist das Herzstück eines demokratischen Gemeinwesens. Im neoliberalen Zeitalter jedoch geben viele Kommunen immer größere Teile ihrer Infrastruktur in private Hände, um ihre geschröpften Haushalte zu konsolidieren. Statt der Gewährleistung grundlegender kommunaler Dienstleistungen und der öffentlichen Daseinsvorsorge bestimmt nun das Interesse der Profitmaximierung diese privatisierten Einrichtungen. Dies geht oft nicht nur mit Einsparungen, Lohnkürzungen bei Beschäftigten und Rationalisierungen einher, sondern mindert auch die Lebensqualität in der Kommune. Eigentums- und Demokratiefrage gehören unmittelbar zusammen (siehe auch: www.unverkaeuftlich.org).

Kommunales Wahlrecht für Migrant_innen: Eine Demokratie der Vielen muss auch Menschen, die auf Dauer in Deutschland leben, das Wahlrecht ermöglichen. Kann eine Gesellschaft Migrant_innen dauerhaft nicht integrieren – und dazu gehört eben die Möglichkeit, demokratische Willensbildungsprozesse mitzugestalten –, wird »Demokratie« zur bloßen Phrase. Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Migrant_innenorganisationen haben daher die Initiative »Kommunales Wahlrecht für Alle« ins Leben gerufen (www.kommunaleswahlrecht.de).

Die Idee einer pluralistischen Demokratie und einer solidarischen Gesellschaft sind zentrale Gedanken einer sozialen Utopie, die erstritten werden muss. Erst wenn Staat, Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam an einem für alle lebenswerten Zusammenleben arbeiten, entwickelt sich eine Demokratie, die sozialen, ökologischen und ökonomischen Ansprüchen Genüge trägt. Neben aktivem antirassistischen und antifaschistischen Engagement ist sie ein Garant im Kampf gegen Neonazis und Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Gedenkkultur: Die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus muss zentraler Bestandteil demokratischer Kultur in der Kommune sein und stärkt den Kampf gegen rechts. Sie sollte immanenter Bestandteil politischer Bildungsarbeit sein, kann so doch vermittelt werden, was Menschenwürde und -rechte sind und wie Anerkennung und Solidarisierung gelebt werden. Gleichzeitig gelingt es so, Polarisierungen und Hierarchisierungen vom »Wir« und »die Anderen« zu hinterfragen und zurückzudrängen.

5.3 Ganz praktisch

Argumentieren gegen rechts

Ein rassistischer Witz, eine homosexuellenfeindliche Äußerung oder ein sexistisches Werbeplakat, Vorurteile und daraus resultierende Diskriminierungen sind allgegenwärtig und bedürfen einer kontinuierlichen Reflexion. Es sollte zunächst unterschieden werden, inwieweit das Gegenüber, beispielsweise ein Passant an einem Wahlstand, Teil einer neonazistischen Szene ist oder sich im Alltag gebräuchlicher Vorurteile bedient. Vorurteile können sowohl im nahen, sozialen Umfeld, etwa in der Lieblingskneipe, als auch in größeren Institutionen wie Schulen und Betrieben und natürlich auch auf den großen gesellschaftlichen Bühnen der Medien, Politik, Kultur und Wirtschaft zum Tragen kommen.

Argumentationstraining

»Ich habe nichts gegen Muslime, aber...« So oder ähnlich fangen viele Diskussionen an. Viele Menschen sind überfordert und fühlen sich geradezu ohnmächtig, ob der aneinander gereihten rechten Parolen. In moderierten Argumentationstrainings können Parolen und Vereinfachungen hinterfragt und diskutiert werden. Die Teilnehmer_innen können in Rollenspielen, Situationen simulieren und Gegenstrategien im Umgang mit rechten Argumentationsweisen erproben. Jedoch ist ein Argumentationstraining kein vorgefertigter Baukasten, sondern eine Werkstatt, die von den Eindrücken und Erfahrungen der Beteiligten lebt. Argumentationstrainings werden von vielen verschiedenen Initiativen und den Mobilien Beratungsteams angeboten. Literaturtipps: Hufer (2001); Gloël/ (2010); Moses Mendelssohn Zentrum (2008).

Es gibt keine idealtypische Strategie im Umgang mit Vorurteilen und rechten Positionen, dennoch hilft es, sich bewusst zu machen, welche Funktionen Vorurteile im gesellschaftlichen Diskurs erfüllen und welche Wirkung sie dabei erzielen. Entgegen den oft komplexen, differenzierten und widersprüchlichen

Prozessen moderner Gesellschaften gestatten Vorurteile eine simple Herangehensweise. Sie vereinfachen und verallgemeinern Phänomene der sozialen, politischen, kulturellen und religiösen Realität und führen zur einseitigen Zuschreibung von Schuld und Schuldigen, die als »Sündenböcke« herhalten müssen. Derartige Zuschreibungen basieren selten auf empirischen, also realen, beobachtbaren Tatsachen, sondern sind meist Ergebnis subjektiver, selektiver Wahrnehmungs- und Interpretationsprozesse. Ebenso erfüllen sie zugleich eine Ordnungs- und Stabilisierungsfunktion, sodass die Reduzierung der Komplexität der Wirklichkeit zur Aufrechterhaltung von meist ideologischen Weltbildern führt und die Reflexion der eigenen Stellung und Position in der Gesellschaft verhindert. Diese Vorurteile vermitteln ein subjektives Sicherheitsgefühl, mit dem sich viele Menschen in der modernen Welt besser zurechtfinden. Gleichzeitig beinhalten sie immer eine Konstruktion von Feindbildern, die aufgrund ihrer vermeintlichen Störung und Verursachung von Problemen aus der Gesellschaft ausgegrenzt und oftmals diskriminiert werden.

Rechte Argumente lassen sich in manifeste Ideologien und latente, auf weit verbreiteten Vorurteilen basierende Einstellungen unterscheiden. Die völkische Ideologie der Neonazis basiert auf der Überzeugung biologistischer, sozialdarwinistischer Menschenbilder, eine Argumentation hiergegen kann nicht mittels rationaler Strategien erfolgen, sondern vielmehr durch die klare Brandmarkung dieser als menschenverachtend. Diejenigen, die derlei Ansichten vertreten, müssen in ihrem Aktionsradius gesellschaftlich eingegrenzt und isoliert werden. Denn das rechte Weltbild verneint die grundsätzliche Gleichwertigkeit von Menschen und führt in der Konsequenz zum massenhaften Morden und zur Vernichtung derjenigen, welche als »ungleich« gelten. Eine Aussage zur »Schädlichkeit« von Migrant_innen für das eigene Land ist allerdings nicht Alleinstellungsmerkmal neonazistischen Denkens, sondern findet auch Verbreitung in der übrigen Gesellschaft.

Überzeugungen entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern interagieren mit den gesellschaftlichen Diskursen und den jeweiligen nationalen, ökonomischen Bewusstseinsformen. Die Unterscheidung in »nützliche« und »unnütze« Migrant_innen korrespondiert mit einer generellen Bewertung von Menschen anhand ihrer Verwertung und ihrem Nutzen im ökonomischen System. Ähnlich verhält es sich mit Aussagen über Wohnungslose oder Langzeitarbeitslose, die als faul gelten und dem Staat auf der Tasche liegen würden. Argumente gegen diese Auffassung sind selten mit Rationalität zu erzielen, sondern vielmehr mit einer Betonung humanistischer, ethischer und sozialer Werte, die normativ für eine Gesellschaft sein sollten. Eine auf Fakten basierende Argumentation scheitert letztlich oft an der rechten Ideologie und ihren VertreterInnen, denen es weniger um die Wahrheit als vielmehr um Ethnisierungen geht. Au-

ßerdem begibt man sich oft selbst in die Logik rassistischer Nützlichkeitsargumentationen, indem man beispielsweise entgenet, dass »Uns«, also der Gesellschaft, »Die«, also »die Ausländer«, »die Sozialschmarotzer« usw., doch gar nicht auf der Tasche liegen.

Trotzdem kann eine Verunsicherung und damit Infragestellung eines Vorurteils dazu führen, dass unser Gegenüber das eigene Denken reflektiert. Gleichsam benötigt man zum erfolgreichen Umgang mit Vorurteilen und rechtem Argumentieren stets eine Mischform von Strategien, beispielsweise normative Überzeugungen, konsequente Ablehnung von Ideologien der Ungleichwertigkeit und Vermittlung von Wissen über gesellschaftliche Realitäten. Ebenso lassen sich bestimmte Muster nicht durch interpersonelle Kommunikation lösen, sondern eher durch die entschiedene Intervention im gesellschaftlichen Diskurs, beispielsweise durch die Nutzung vielfältiger Medien.

Eine humanistische, soziale und demokratische normative Orientierung ist der wichtigste Stützpfiler in der Auseinandersetzung mit rechten und menschenverachtenden Argumenten. Dazu gehört auch eine Reflexion eigener Vorurteile und der eigenen Überzeugung.

Fördertöpfe gegen rechts

Es gibt viele Möglichkeiten, in der Kommune präventive Maßnahmen, Initiativen und Projekte gegen rechts inhaltlich wie auch finanziell zu unterstützen. Im Idealfall können Finanzmittel regulär in den kommunalen Haushalt eingestellt werden und die Kommune kann eigenständig Maßnahmen gegen rechte Aktivitäten, Rassismus und Antisemitismus gestalten und lokale Initiativen unterstützen. Angesichts der prekären Haushaltslage in vielen Kommunen geschieht dies heute aber nur in den seltensten Fällen. Viele Kommunen sehen die Förderung zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Engagements sowie Demokratieentwicklung nicht als ihren Aufgabenbereich an. Kommunen wie auch Vereine und Initiativen greifen vermehrt auf andere öffentliche Mittel zurück, z.B. im Rahmen von Sonderprogrammen.

2011 startete das *Bundesprogramm* »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dessen Aufgabe die finanzielle Unterstützung von Kommunen, Projekten, Vereinen und Initiativen, die sich gegen rechte Aktivitäten richten, ist. Das Programm fasst mehrere Bundesprogramme, die zwischen 2007 und 2010 bestanden, als Programmbebereiche zusammen und stellt die Bewilligung von Fördermitteln nun auch unter weitere Voraussetzungen (siehe das Problem »*Demokratieerklärung*«).

Mit einem *Lokalen Aktionsplan (LAP)*, den Kommunen auf kommunaler oder sozialräumlicher Ebene beantragen können, soll die Entwicklung, Implementierung und Umsetzung von lokalen präventiven sowie integrativen Strategien

und Maßnahmen zur »Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« (so der Wortlaut des Bundesministeriums) in der Kommune gefördert werden. Die aktuelle Förderphase begann 2011 und läuft bis 2013, sodass derzeit keine Anträge gestellt werden, aber linke Kommunalpolitiker_innen die Umsetzung der derzeit laufenden LAP beobachten sollten. Die konkreten Formen der Maßnahmen können sehr verschieden sein: Von der Analyse, über Bildungs- und Informationsveranstaltungen bis hin zur Initiierung und Unterstützung von Partizipationsprojekten und lokalen Bündnissen gegen rechts (Übersicht aller LAP im gesamten Bundesgebiet: www.toleranzfoerdern-kompetenz-staerken.de/listenansicht_lap.html).

Voraussetzung für die Förderung eines LAP ist die Einrichtung einer Lokalen Koordinierungsstelle, die in der Ämterstruktur der jeweiligen Kommune ist. Zur Unterstützung der Lokalen Koordinierungsstelle kann die Kommune eine externe Koordinierungsstelle, die bei einem Freien Träger angesiedelt ist, etablieren. Darüber hinaus soll ein so genannter Begleitausschuss, bei dem es sich nicht um einen Ausschuss im institutionellen Sinne handelt – er besteht aus Personen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft –, installiert werden, der die Umsetzung der Programmleitlinien sichern helfen sollen.

Für die Kommunen besteht im Rahmen der LAP im Wesentlichen die Möglichkeit, eigene lokale Initiativen anzustoßen, größere Projekte gemeinsam mit Vereinen und Trägern zu initiieren (ab 10.000 EUR) und/oder Projektmittel für Eigeninitiativen und -projekte von Vereinen und Trägern zur Verfügung zu stellen (Fördersummen liegen meist in einem Rahmen von 3.000 bis 5.000 EUR). Die Kommune muss die Lokale Koordinierungsstelle aus Eigenmitteln finanzieren. Dies kann von linken kommunalen Mandatsträger_innen als Anlass genommen werden, dass zumindest in einem der Ausschüsse des Rats oder Kreistags (z.B. im Haushalts- oder Hauptausschuss, manchmal auch im Jugendhilfeausschuss) die inhaltliche Ausrichtung sowie Maßnahmen des LAP zu diskutieren. Auch auf Fragen der Transparenz und der Qualität kann an dieser Stelle politischer Einfluss genommen werden.

Über die Wirkung der LAP als Instrument zur Unterstützung der lokalen Arbeit gegen rechts kann man sich trefflich streiten. Letztendlich hängt diese vom politischen Willen der einzelnen Kommunen, den dort ansässigen Projektträger_innen, den Begleitausschüssen und auch von den konkreten Maßnahmen ab. Die Qualität und Transparenz der Arbeit ist von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. Darüber hinaus dienen Maßnahmen eines LAP auch schon als »Feigenblatt« für Kommunalpolitiker_innen, die sich mit dem Verweis, dass man ja bereits etwas gegen rechts mache, aktuellen und neueren Tendenzen rechter Aktivitäten nicht stellen wollten: Eine aus dem LAP finanzierte Weiterbildung der örtlichen Jugendfeuerwehr zum Thema »Fremdenfeindlichkeit« wird dann

schnell zum Argument, dass der_die Bürgermeister_in einer Kommune einen Aufruf des lokalen zivilgesellschaftlichen Bündnisses gegen einen anstehenden Neonaziaufmarsch nicht unterschreiben will und muss. Beides ist kaum vergleichbar und hier kann man sagen: Man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen. Angesichts der meist recht prekären Finanzsituation der Kommunen sollte aber nicht verkannt werden, dass dort, wo ein politischer Wille vorhanden ist, möglicherweise aber nicht ausreichend Haushaltsmittel für lokale Aktivitäten gegen rechts existieren, das Bundesprogramm zumindest eine finanzielle Unterstützung liefern kann.

Seit 2011 sieht das Bundesprogramm allerdings auch vor, dass die Kommunen im Rahmen des LAP eine »Demokratieerklärung«, eher bekannt als »Extremismusklausel« unterschreiben sollen, die sie verpflichtet, »dafür Sorge zu tragen, dass Organisationen, Referenten etc.« im Rahmen aller Maßnahmen eines LAP nicht einer »extremistischen Struktur« zuzurechnen sind. Eine entsprechende Erklärung wird auch von den zumeist kleinen Trägern erwartet, die wiederum im Rahmen des LAP Geld von der Kommune für Projekte gegen rechts erhalten. Diese Klausel ist in vielerlei Hinsicht problematisch, da es keine wissenschaftlich fundierte Definition des Begriffs »extremistisch« gibt (siehe Kapitel 1). Darüber hinaus ist es für kleine Träger kaum zumutbar, sich vorher über die Vita von Referent_innen kundig zu machen.

Weitere gute Gründe lassen sich hier finden

Broschüre »Auf ein Wort: Extremismus« der RLS vom Mai 2011 (www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/AufeinWort-Extremismus.pdf); Website »Aktionstag gegen Bekenntniszwang«: http://aktionstaggegenbekenntniszwang.blogspot.de/images/Extreme_Zeiten_SechsguteGrundegegenExtremismuserklärung_Stand27012011.pdf

Daher regt sich seit 2011 auch Protest in einigen Kommunen (z.B. in verschiedensten Berliner Bezirken oder auch in Kreisen Brandenburgs) bzw. von Projektträgern bis hin zum Verzicht auf die Unterzeichnung der Klausel und damit auch auf Fördermittel (z.B. durch das *Projekt Verein e.V. Conne Island* in Leipzig).

In einer zweiten Linie des Bundesprogramms werden so genannte *Modellprojekte* gefördert. Hierbei geht es um die Erprobung neuer Ideen und Methoden im Rahmen dieser Projekte. Zwar wurden die Projekte bereits 2010 ausgewählt, aber aufgrund ihrer Laufzeit von bis zu drei Jahren ist eine inhaltliche Begleitung und Evaluation durch linke Kommunalpolitiker_innen sinnvoll (Übersicht aller geförderten Modellprojekte: www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/listenansicht_mp.html).

In einer dritten Linie werden *Beratungsnetzwerke* gefördert, die meistens auf Landesebene angesiedelt sind, in der aber auch größere Vereine wie Mobile Beratungsteams oder Opferberatungsstellen, die für die Kommunen auch hilfreiche Ansprechpartner in Bezug auf lokales Engagement gegen rechts sein sollen, eingebunden sind.

Neben dem Bundesprogramm gibt es *Landesprogramme*, die das präventive Engagement gegen rechts unterstützen sollen und hierfür ggf. finanzielle Mittel für Kommunen, Initiativen und Projekte zu Verfügung stellen. Sie sind z.T. in ihren Förderbedingungen und Ausrichtungen sehr unterschiedlich ausgestaltet – auch abhängig von den politischen Mehrheiten des jeweiligen Bundeslandes. Bundesländer mit einem eigenen Landesprogramm derzeit sind: Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen (mit eigener »Extremismusklausel«) und Thüringen.

Darüber hinaus können Projekte und lokale Initiativen, also auch (potenzielle) Bündnispartner für linke Mandatsträger_innen, finanzielle Unterstützung für ihre Arbeit aus anderen staatlichen und nicht-staatlichen Fördertöpfen beantragen oder sich für Ausschreibungen und Demokratiewettbewerbe bewerben. Fanprojekte von Fußballvereinen können beim *Deutschen Fußball-Bund* (DFB) finanzielle Mittel beantragen, Vereine und Initiativen können sich mit ihren Projekten auch an mit Geldpreisen ausgelobten Wettbewerben (des Landes oder weiterer Geldgeber) beteiligen. Dass bei Letzterem auch eine genauere inhaltliche Betrachtung nicht fehl am Platz ist, zeigt das Beispiel des Vereins *AKuBiz e.V.* aus Pirna. Der Verein gewann im Jahr 2010 den »Sächsischen Förderpreis für Demokratie« und lehnte die Annahme ab, da die Ausreichung des Preisgeldes an die sächsische »Extremismusklausel« gebunden war (www.akubiz.de/index.php/News/annahme-verweigert-das-akubiz-pirna-ev-lehnt-saechsischen-demokratiepreis-ab.html).

Aber auch die politischen Stiftungen sowie ihre Landesstiftungen können Ansprechpartnerinnen sein. Bei der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* sind dies in erster Linie das *Referat Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit* und die *Projektförderung*, aber auch das *Jugendbildungsnetzwerk* (ggf. auch bei den jeweiligen Netzwerken der Landesstiftungen).

Wichtig bleibt: So oft und so sehr vielen Kommunen, Vereinen, Initiativen und Projekten das Geld für Aufklärungsarbeit gegen Rassismus, rechte Aktivitäten, Ideologien der Ungleichwertigkeit und Antisemitismus fehlt, sollte dennoch ein genauer Blick auf die politische und inhaltliche Ausrichtung des jeweiligen Förderinstruments geworfen werden. Die aufgeführten Beispiele zur »Extremismusklausel« zeigen, dass es nicht immer das Geld wert sein muss und manch nicht gefördertes Projekt inhaltlich sinnvoller ist als ein Projekt, das sich zwielichtigen politisch-motivierten Förderbedingungen unterwirft.

5.4 Bündnisse gegen Neonazis und Ideologien der Ungleichwertigkeit

Eine Forscher_innengruppe verschiedener Fachrichtungen hat zwischen 2000 und 2001 in zwei mittleren Städten in Thüringen und Brandenburg eine Untersuchung über die Thematisierung und den Umgang von Kommunen mit rechten Phänomenen durchgeführt (siehe Strobl u.a. 2003). Der Fokus der Studie bezog sich auf die Analyse von Verantwortungsträger_innen, Zivilgesellschaft und Bürger_innen. Die Autor_innen benannten drei Faktoren, welche als Voraussetzung für das erfolgreiche Agieren gegen rechts gelten können.

Erstens: Kooperationsnetzwerke in Stadtgesellschaften sollten aus vielfältigen Bereichen zusammengesetzt werden, beispielsweise Vereine, Stadtverwaltung, sowie Sozialarbeit, und müssen sich auf eigene demokratische und humanistische Werte einigen, die den Rahmen im Engagement gegen rechts bilden. Generell braucht es eine heterogene Zusammensetzung dieser Netzwerke, bestehen diese beispielsweise nur aus Vertreter_innen der Verwaltung ist kein vertrauensvolles Agieren mit der Zivilgesellschaft möglich.

Zweitens: Kooperationsnetzwerke gegen rechts brauchen Menschen, die sich mehrheitlich freiwillig engagieren. Aktuelle Studien zeigen, dass rund ein Drittel der Bevölkerung bürgerschaftliches Engagement für sich als Möglichkeit erachtet. Die Interessen haben sich jedoch geändert. Der Erfolg des eigenen Engagements, eine gelebte Anerkennungskultur und entsprechende Freiräume für eigene Kreativität sind entscheidend für die Gewinnung von Freiwilligen. Die Verwaltung darf dem bürgerschaftlichen Engagement keine zusätzlichen Hürden in den Weg stellen, sie muss stattdessen das Engagement fördern und Anreize hierfür bereitstellen.

Drittens: Die Analyse des vorliegenden Problems und Phänomens ist aus Sicht der Stadtgesellschaft und der Kooperationsnetzwerke ebenso entscheidend. Je weiter das Problem gefasst wird, desto mehr Menschen aus unterschiedlichen Netzwerken und Bereichen können für ein Engagement gewonnen werden. Beispielsweise kann sich ein Bündnis nicht ausschließlich auf die Bekämpfung rechter Organisationen beziehen, sondern muss viel mehr auf die Etablierung einer demokratischen Kultur abzielen. Weiterhin empfehlen sich heterogene Methoden für unterschiedliche Zielgruppen, wie Konzerte für Jugendliche und junge Erwachsene sowie Gedenk- und Mahnveranstaltungen für Ältere.

Erfolgreiche Bündnisarbeit in Vlotho: Der Fall »Collegium Humanum« (CH)

Eine wirksame Arbeit gegen Neonazis umfasst in der Regel Zusammenschlüsse verschiedener Akteure, Institutionen und politischer Richtungen. In den meisten Städten der Bundesrepublik existieren Bündnisse, die sich

gegen Neonazis engagieren. Die politische Themensetzung und die Form des Engagements divergiert von Stadt zu Stadt, von Region zu Region. Diese Bündnisse sind umso erfolgreicher, je mehr sie auch die Unterstützung der örtlichen Verwaltung und politischen Repräsentant_innen auf sich vereinen können. Ein gutes Beispiel dafür ist das kleine Städtchen Vlotho in Nordrhein-Westfalen. Bis Frühjahr 2008 war hier das *Collegium Humanum* angesiedelt, eine nazistische Bildungsstätte, deren Geschichte bis in die 1950er Jahre der alten Bundesrepublik zurückreicht.

Im Mai 2008 kam es zum Verbot des Vereins und der Schließung des Schulungshauses durch das Bundesinnenministerium. Dem vorausgegangen waren Proteste und Handlungen des Vlothoer Bündnisses gegen das *Collegium Humanum*. In diesem engagierten sich alle im Stadtrat vertretenen Parteien, der Bürgermeister, zahlreiche Bürger_innen, ortsansässige Vereine und Kultureinrichtungen, Schulen, die evangelische Kirche und *Antifa*-Aktivist_innen aus der Region. Es fanden mehrere Demonstrationen statt, es gab gemeinsame Diskussionsabende und Veranstaltungen mit Schüler_innen. Die Bündelung dieser Aktivitäten und die Unterstützung durch die Politprominenz führte schließlich zu den entscheidenden Schritten in Richtung Verbot. Auch im sächsischen Borna versuchte sich das Vereinsgeflecht des *Collegium Humanum*, allerdings offiziell als *Verein Gedächtnisstätte e.V.* niederzulassen. Mit dem Versuch der Errichtung einer Gedächtnisstätte für »deutsche Opfer« des Zweiten Weltkrieges war diese Strategie zunächst erfolgreich. Vlothoer Bürger_innen und *Antifa*-Aktivist_innen klärten jedoch schnell über die perfiden Pläne auf und waren schließlich mit dem Rausschmiss des Vereins durch die Kommune erfolgreich. Inzwischen hat sich der Verein jedoch ein neues Gebäude im thüringischen Guthmannshausen im Landkreis Sömmerda angeeignet.

Zum Weiterlesen: In Zusammenarbeit mit der *Antifa West* entstand eine umfassende Broschüre über das *Collegium Humanum* und die ihm angebotenen Vereine und Personenkreise (www.apabiz.de/publikation/broschueren/ch-broschuere.pdf)

Bündnisarbeit ist oft ein langwieriger, nicht einfacher Prozess und die Einigung auf gemeinsame Ziele fällt vielen Bündnissen offenkundig schwer. Entscheidend für den Erfolg ist auch die Zusammenarbeit mit der Kommune. Für den Aufbau und die nachhaltige Entwicklung von Bündnissen gibt es im Internet zahlreiche Informationen. Außerdem betreiben verschiedene Akteure umfassende Beratungsangebote. Vereine und Bündnisse können sich durch Mobile Beratungsteams und feste Beratungsstellen unterstützen lassen.

Die Aktivierung der Zivilgesellschaft: Beispiele aus Jena und Neuruppin

Gegenaktivitäten und Auseinandersetzungen mit rechten Veranstaltungen hängen maßgeblich von der Stärke der Zivilgesellschaft und lokalen sozialen, kulturellen und politischen Institutionen sowie nicht zuletzt vom politischen Willen der Kommunalpolitiker_innen ab. Als 2007 die europaweite Neonazi-Szene zum *Fest der Völker* nach Jena in Thüringen rief, gründete sich vor Ort das *Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus* und rief zu Blockaden des neonazistischen Events auf. Eine große Anzahl Jenaer Bürger_innen beteiligte sich an den Aktionen und engagierte sich beim Netzwerk. Ungewöhnlich hierbei ist zum einen die breite Sympathiewelle für das Netzwerk, welche bis in das Jenaer Rathaus reicht, und andererseits die weitgehende Unterstützung und Beteiligung an den Blockaden der Neonazi-Veranstaltung. Inzwischen sind zwei prominente Jenaer Bürger zur Speerspitze dieses Protests geworden: Der Pfarrer der *Jungen Gemeinde Jena*, Lothar König, und der Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD). Als König im Februar 2011 an den antifaschistischen Protesten gegen den Naziaufmarsch in Dresden teilnahm und im Zuge von polizeilichen Ermittlungen im Sommer 2011 Besuch von der sächsischen Polizei erhielt, stellte sich der Oberbürgermeister schützend vor König und das gesamte Aktionsnetzwerk. Das Modell Jena zeigt ein nahezu idealtypisches handlungsbereites Bündnis aus kommunaler Verwaltung, engagierten Bürger_innen und sozialen Institutionen, die sich gegen Neonazis und menschenverachtendes Denken engagieren – und das weit über die Jenaer Stadtgrenzen hinweg. Die Strategie hatte bislang Erfolg: Das *Fest der Völker* fand seitdem nicht mehr in Jena statt.

Auch in anderen Regionen vernetzen sich gesellschaftliche Akteure, unterstützt durch Personen und Gruppen aus angrenzenden Räumen mit dem gemeinsamen Ziel, Aktivitäten von Neonazis zu unterbinden und eine demokratische Kultur zu etablieren. Im brandenburgischen Neuruppin versammelten sich im Sommer 2011 Hunderte Menschen zu einer Demonstration gegen einen gleichzeitig stattfindenden Neonaziaufmarsch. Der Protest wurde getragen vom städtischen Bündnis *Neuruppin bleibt Bunt* und dem Netzwerk *Neuruppin gegen Nazis*. Beide Zusammenschlüsse bestehen aus kirchlichen, parteilichen, gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Akteuren. Im Anschluss an die Demonstration fand in der Innenstadt ein Picknick statt, das von vielen Bewohner_innen besucht wurde. Bis zu 400 Menschen beteiligten sich an einer Sitzblockade gegen den Neonaziaufmarsch. Aufgrund der Entschlossenheit der Teilnehmenden und der Vielfalt der Gruppen, die sich am Protest beteiligten, wurde die Blockade von den polizeilichen Einsatzkräften nicht geräumt und der Neonaziaufmarsch somit erfolgreich blockiert (www.aktionsnetzwerk.de; Netzwerk Neuruppin gegen Nazis: <http://netzwerk-neuruppin.de>; Neuruppin bleibt bunt: www.neuruppin-bleibt-bunt.de).

Alternative Jugendszenen fördern

Zur Aktivierung von Zivilgesellschaft gehört es auch, frühzeitig Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren. Junge Menschen, die sich öffentlich gegen Neonazis bekennen, leben vor allem im ländlichen Raum in permanenter Angst vor Übergriffen und Gewalt. Viele zieht es nach der Beendigung ihrer schulischen oder beruflichen Ausbildung in die größeren Städte. Gerade im ländlichen Raum der neuen Bundesländer bleiben oft nur jene jungen Menschen zurück, die Teil der rechten Alltagskultur sind; es droht eine »Faschisierung der Provinz« wie es der Journalist Toralf Staud (2005) treffend ausdrückt. Immer wieder sind Stadt und Verwaltung unwillig, sich mit den nicht-rechten Jugendlichen zu solidarisieren, das alte Ordnungsverständnis von Politik führt zur Diskriminierung. Oft haben junge Menschen viele kreative Ideen und Vorstellungen, wie sie zum einen alternative Kulturangebote verwirklichen und zum anderen einen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung der Kommunen für junge Menschen leisten können.

Im sächsischen Borna gründete sich 2007 die Initiative *Bon Courage e.V.* (www.boncourage.de), die nach eigenen Angaben aus 50 Personen besteht. Der Verein betreibt eine aktive Bildungs-, Kultur- und Aufklärungsarbeit und strebt eine Zusammenarbeit mit zahlreichen Netzwerken an. Zugleich schafft der Verein mit einem Projekt eine Brücke zu den in Borna lebenden Asylsuchenden. Die sächsische Politik sieht oft lediglich die Zahlung von so genannten Lebensmittelgutscheinen für Asylsuchende vor. Die Jugendlichen von *Bon Courage e.V.* tauschten diese Gutscheine während einer öffentlichen Aktion gegen Bargeld und gaben dieses an die Asylsuchenden, um deren Lebensqualität etwas zu erhöhen. Für seine Arbeit in Zusammenhang mit Flüchtlingen erhielt der Verein 2011 den sächsischen Integrationspreis.

5.5 Unterstützung der Betroffenen rechter Gewalt

Die Bundesregierung zählte 2011 insgesamt 49 rechtsmotivierte Morde. Die Statistik der Zivilgesellschaft, beispielsweise die *Amadeu Antonio Stiftung*, zählt hingegen 182 Fälle seit 1990. Zu dieser unbegreiflichen Differenz kann es nur kommen, weil Polizei, Behörden und Politik noch immer die notwendige Sensibilität im Umgang mit rechtsmotivierter Gewalt fehlt. Dass nun die Bundesregierung bisher nicht als rechtsmotivierte Altfälle überprüfen will, wird wohl weniger auf ein generelles politisches Umdenken, als vielmehr auf die mediale Berichterstattung rund um den *Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)* zurückzuführen sein. Betroffene rechter Gewalt müssen vor den Gerichten lange streiten, bis der politische Hintergrund einer Gewalttat anerkannt wird. Die Geschichte der Bundesrepublik füllt eine lange Liste trauriger Prozesse, die

schließlich mit einem Freispruch oder milden Strafen für Neonazis und Rassist_innen enden. Der Fall von Ermyas M. steht dafür exemplarisch. M. wurde 2006 in einer Sommernacht in Potsdam von zwei Männern angegriffen und schwer verletzt. Die Staatsanwaltschaft ließ die Angeklagten ein Jahr später jedoch laufen, weil die Indizien für sie nicht ausreichten. »War es eine ›normale‹ Schlägerei unter Betrunkenen oder ein rassistisch motivierter Angriff auf einen Schwarzen?«, fragte die Presse.

Eine positive Veränderung wird am Beispiel eines Mordfalls aus Leipzig spürbar: Im Oktober 2010 wurde Kamal K. aufgrund seines »ausländischen Aussehens« von zwei Neonazis ermordet. Die Täter wurden inzwischen vom Landgericht verurteilt. Das politische Motiv wurde vor Gericht anerkannt. Obwohl sich die Stadt anfangs schwer tat, den rassistischen Hintergrund zu benennen und entsprechend zu problematisieren, lud im Dezember 2011 der Migrantenbeirat und Mitglieder der Stadtverwaltung und des Stadtrates zu einem Workshop, mit dem Ziel der Erarbeitung einer würdigen Erinnerungskultur für die sechs Todesopfer neonazistischer Gewalt in Leipzig seit 1990 ein. Für die Betroffenen und Hinterbliebenen der rechten Gewalt bedarf es einer eigenen Erinnerungskultur, die zugleich über die mörderische Konsequenz von Ideologien der Ungleichwertigkeit aufklärt. Hierfür bieten sich verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten an, die jedoch stets in Zusammenarbeit mit den Betroffenen, den Hinterbliebenen und interessierten Bürger_innen entstehen sollten: In Dresden erinnert beispielsweise eine Gedenktafel, ein Gedenktag und eine vom Ausländerrat organisierte Gedenkwoche an die Ermordung des aus Mosambik stammenden Jorge Gomondai, der 1991 von Neonazis angegriffen, aus einer Straßenbahn gestoßen wurde und an den Verletzungen verstarb. Der Stadtrat stimmte 2006 zudem einem Vorschlag des *Ausländerrates e.V.* zu, den Ort in unmittelbarer Nähe zum Mordgeschehen in Jorge-Gomondai-Platz umzubenennen.

Beispiele für Erinnerungskultur

Ermyas M.: Der in Potsdam sitzende Verein *Opferperspektive*, der sich für die Betroffenen rechter Gewalt einsetzt, hat eine Chronik zu dem Geschehen im Fall »Ermyas M.« erarbeitet (www.opferperspektive.de).

Kamal K.: Informationen zum Prozess und der Erarbeitung einer Erinnerungskultur für Kamal K. in Leipzig und anderen Opfern rechter Gewalt finden sich bei dem *Initiativkreis Antirassismus* aus Leipzig (<http://initiativkreis.blogspot.de>).

Jorge Gomondai: Der *Ausländerrat e.V.* in Dresden informiert regelmäßig über Aktivitäten, Bildungsangebote und Veranstaltungen rund um das Gedenken an Jorge Gomondai (www.auslaenderrat.de).

Opfer und Betroffene leiden nicht nur unter der Gewalttat selbst, sondern oft ebenso unter dem diskriminierenden und menschenunwürdigen Umgang von Behörden und Politik. Behörden nutzen ihren Ermessensspielraum gerade bei traumatisierten Opfern rechtsmotivierter Gewalt zu selten, wenn es zum Beispiel darum geht, Flüchtlingen und Menschen, die lediglich als »geduldet« gelten, beim Erhalt eines sicheren und unbefristeten Aufenthaltsstatus entgegenzukommen. Wenn sich die kommunalen Akteure in ihre Perspektive versetzen, die Bedürfnisse der Betroffenen beachten und mit Opferberatungsstellen zusammenarbeiten, können Spielräume ausgebaut werden, die nachhaltiger wirken als »Sonntagsreden« anlässlich eines neuerlichen rassistischen Angriffs.

Opferberatungsstellen

Die Opferberatungsstellen leisten seit mehreren Jahren in einigen Bundesländern die unbedingt notwendige Arbeit der Unterstützung und Betreuung von Opfern rechter und rassistischer Gewalt. Sie vermitteln rechtlichen Beistand, helfen bei Behördengängen und leisten Öffentlichkeitsarbeit. Die Perspektive der Betroffenen steht dabei stets im Mittelpunkt. Trotzdem ist die Finanzierung der Opferberatungsstellen ständig gefährdet. *CURA Opferfonds Rechte Gewalt* sammelt Spenden, um medizinische Behandlungskosten, die nicht von der Krankenkasse gedeckt sind, psychische Betreuung oder Anwaltskosten zu finanzieren (www.opferfonds-cura.de).

5.6 Aktiv werden!

Die Idee zu diesem Buch entstand vor dem Hintergrund des Bedürfnisses einer Zusammenfassung und Analyse der verschiedenen Strategien, Erfahrungen und Konzepte im Umgang mit Neonazismus, Rechtspopulismus und entsprechenden Akteuren in der Bundesrepublik. Wir wollen Mut machen für eine Auseinandersetzung mit den ideologischen und aktivistischen Bestandteilen von Neonazis und Rechtspopulisten in der Kommune – sei es in kommunalen Gremien oder auch im Alltagsleben.

Die Arbeiten an dem Buch wurden durch das Aufdecken der bislang beispiellosen Mordserie des *Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)* im Herbst 2011 überschattet. Entgegen der erfolgreichen, heterogenen und viel zu selten gewürdigten Arbeit von Antifaschist_innen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bildungsprojekten verlangt die politische und gesellschaftliche Mehrheit flächendeckend nach dem NPD-Verbot und repressiven, polizeilichen Schritten gegen Extremismus. Positiv ist, dass Politiker_innen und Öffentlichkeit nun endlich auf die tatsächliche Gefahr für Menschen durch den militanten Neona-

zismus in aller Härte aufmerksam gemacht wurden und zum Teil reagieren. Es bleibt aber zu befürchten, dass die Bundesrepublik nach der Schockstarre des Herbstes 2011 zum gewohnten ordnungspolitischen Alltag zurückkehrt.

Mit diesem Buch sprechen wir uns deutlich für eine aktive, aber auch selbstreflektierende Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen von Neonazismus, Rechtspopulismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit aus. Es reicht nicht aus, einzig auf Organisationen zu zielen oder nach Verboten zu rufen. Wir brauchen vielfältige Gegenstrategien und eine Politisierung der lokalen Politik für die unterschiedlichen Bereiche wie kommunale Gremien und Erlebniswelt sowie eine kritische Analyse der gesellschaftspolitischen Hintergründe des Neonazismus und Rechtspopulismus.

Zahlreiche Netzwerke und Erfahrungen sind in vielen Orten bereits vorhanden und sollten auf lokaler Ebene genutzt werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren kann auch Mut machen, dazu dienen die zahlreichen Beispiele in diesem Buch. Mit einem Engagement gegen rechts auf lokaler Ebene können und sollen linke Kommunalpolitiker_innen aktiv werden!

Anhang

Glossar

Antifaschismus: Politische Ablehnung des Faschismus und seit den 1920er Jahren gebräuchlich. Der Begriff ist spätestens seit 1945 umstritten: Er wurde in der DDR quasi staatstragend. Während sich bis heute viele sozialdemokratische, linke und grüne Politiker_innen als antifaschistisch begreifen, sieht die politische Rechte hierin einen linken Kampfbegriff. Seit den 1980ern engagieren sich Linke in der Antifa-Bewegung gegen Neonazismus und Rassismus.

Extreme Rechte: Umfasst begrifflich verschiedene ideologische und organisatorische Strömungen wie den Neonazismus, die Neue Rechte und Rechtspopulismus, *Freie Kräfte* ebenso wie das neurechte Thinktank *Institut für Staatspolitik* und völkische Burschenschaften. Der Begriff wird teilweise als Alternative zum umstrittenen Rechtsextremismus-Begriff verwendet.

Extremismus-Theorie: Diese vom Verfassungsschutz und einigen rechtskonservativen Wissenschaftlern favorisierte Theorie basiert auf dem Gedanken, Extremismen von rechts wie von links würden die demokratische Mitte bedrohen. Grundlage für die Diagnose des Extremismus ist weniger ein die Neonazis kennzeichnender Rassismus, sondern die Ablehnung der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung«.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Als Syndrome Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) werden verstanden: Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Islamfeindlichkeit, Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen, Homophobie, Abwertung von Behinderten, Sexismus, Antisemitismus, Rassismus, Abwertung von Roma und Sinti sowie Asylbewerber_innen. Die Elemente von GMF haben einen gemeinsamen Kern, dessen Genese im Rahmen der Langzeitstudie *Deutsche Zustände* (vgl. u.a. Heitmeyer 2002 und 2012) untersucht wurde und als Ideologie der Ungleichwertigkeit zusammen gefasst ist.

Ideologie der Ungleichwertigkeit: Menschen werden in ihrer Substanz als ungleich bewertet und nach Nützlichkeit oder Kulturzugehörigkeit hierarchisiert, schwache Gruppen von Menschen werden abgewertet. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit setzt sich aus den GMF-Syndromen zusammen, d.h.: wer rassistisch denkt, hat oft auch sexistische oder islamfeindliche Vorurteile.

Neonazismus: Der Neonazismus entstand in den 1970er Jahren und strebt die Wiedereinführung des Nationalsozialismus in Deutschland an, wird heute von den *Freien Kräften*, den *Autonomen Nationalisten*, völkischen Bündeln und großen Teilen der NPD vertreten. Neonazis sind völkisch, verherrlichen oder leugnen die NS-Verbrechen und agieren militant.

Rechtsextremismus: Der Begriff ist wegen seines extremismustheoretischen Ursprungs umstritten und wird inzwischen von Teilen der Zivilgesellschaft als Konstrukt des Verfassungsschutzes abgelehnt. Es wird von einem randständigen »Rechtsextremismus« ausgegangen, der von der »Mitte der Gesellschaft« abgrenzbar wäre. Studien haben aber festgestellt, dass rassistische, antisemi-

tische und antidemokratische Einstellungen in allen Teilen der Gesellschaft vorkommen.

Rechtspopulismus: Modernisierte Form der extremen Rechten, dessen Hauptmotive der antimuslimische Rassismus und eine aggressive »Law-and-Order«-Politik sind. Tritt in Deutschland u.a. als Pro-Bewegung auf.

Volksgemeinschaft: Leitbegriff des Neonazismus, mit dem die rassistisch legitimierte Einheit des deutschen »Volkes« propagiert wird. Angestrebt wird eine »Abstammungsgemeinschaft« in einem zusammenhängenden »Lebensraum«, dem so genannten Deutschen Reich. Grundlage der »Volksgemeinschaft« ist die »Blut-und-Boden«-Ideologie.

Verwendete Literatur

- Abendroth, Wolfgang (1967): Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied.
- Agentur für soziale Perspektiven e.V. (Hrsg.) (2011): Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen, Berlin.
- Agnoli, Johannes (2004): Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Hamburg.
- Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2010): Neonazis im Web 2.0 – Erscheinungsformen und Gegenstrategien, Berlin, Download: www.netz-gegen-nazis.de/artikel/neonazis-im-web-20-erscheinungsformen-und-gegenstrategien-1212.
- Beer, Angelika (Hrsg.) (2008): Braune Gefahr für Deutschland. Ein Text von Andreas Speit, Berlin, Download: www.abc-poesneck.de/infos/downloads/braune_gefahr_fuer_deutschland.pdf.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2009): Die NPD und ihr Milieu. Studien und Berichte. Münster und Ulm.
- Braun Stephan/Geißler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.) (2009): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten, Wiesbaden.
- Buchstein, Hubertus (Hrsg.) (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach/Ts.
- Buck, Elena (2011): Den Konflikt aushalten. Radikale Demokratie und vorübergehende Ordnungen, in: weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen/Kulturbüro Sachsen e.V./Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung und Unordnung (in) der Demokratie. Erweiterter Tagungsband, Dresden, S. 62-66.
- Bündnis Rechtspopulismus stoppen! (Hrsg.) (2011): Rechtspopulismus in Berlin. Rassismus als Bindeglied zwischen der »Mitte« der Gesellschaft und Neonazismus?, Berlin.
- Burschel, Fritz (Hrsg.) (2010): Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz, Berlin.
- Butterwegge, Christoph (2008): Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder

- des Rechtspopulismus, in: ders./Hentges, Gudrun (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen/Farmington Hills, S. 11-77.
- Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.) (2010): »Was ein rechter Mann ist...« Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt a.M.
- Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Download: library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf
- Dornbusch, Christian/Virchow, Fabian (Hrsg.) (2008): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Ts.
- Ferchhoff, Wilfried (2007): Jugend und Jugendkulturen im 21. Jahrhundert. Lebensformen und Lebensstile, Hamburg.
- Fricke, Matthias (2011): Polizei und Stadt befürchten: Da schaukelt sich im Stadtteil Reform etwas hoch, Volksstimme.de: www.volksstimme.de/nachrichten/magdeburg/624184_Polizei-und-Stadt-befuerchten-Da-schaukelt-sich-im-Stadtteil-Reform-etwas-hoch.html (zuletzt abgerufen am 13.12.2011).
- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) (2011): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden.
- Fraktion Bündnis '90/Die Grünen im sächsischen Landtag (Hrsg.) (2011): Protest der Bürger unerwünscht? Dokumentation der Veranstaltung am 4. April 2011 zum Versammlungsgeschehen am 19. Februar 2011 in Dresden, Dresden, Download: http://www.johannes-lichdi.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/PDF_3-11/Protest_der_Buerger_unerwuenscht_Doku.pdf.
- Gebhardt, Richard (Hrsg.) (2007): Rosen auf den Weg gestreut. Deutschland und seine Neonazis, Köln.
- Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.) (2007): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert, Schwalbach/Ts.
- Gloël, Rolf/Gützlaff Kathrin (2005/2010): Gegen Rechts argumentieren lernen. Hamburg.
- Griese, Birgit/Niermann, Gunther (1996): Rechtsextremisten in nordrheinwestfälischen Kommunalparlamenten (1989-1994), in: Butterwegge, Christoph/Griese, Birgit/Krüger, Coerw/Meier, Lüder/Niermann, Gunther: Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand. Fallstudien. Gegenstrategien, Opladen, S. 145-207.
- Hafenerger, Benno/Schönfelder, Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten – Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Eine qualitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin.
- Häusler, Alexander (Hrsg.) (2010a): Rechtspopulismus in Gestalt einer »Bürgerbewegung«. Struktur und politische Methodik von Pro NRW und Pro Deutsch-

- land, Düsseldorf (Neufassung).
- Häusler, Alexander (Hrsg.) (2010b): Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden.
- Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen/NiP (Nazis in Parlamenten) Redaktionskollektiv (Hrsg.) (2011): Nazis in den Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen, Erfurt.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt/Main.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt/Main.
- Held, Josef/Bibouche, Seddik/Dinger, Gerhard/Merkle, Gudrun/Schork, Carolin/Wilms, Laura (2008): Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis, Hamburg.
- Hufer, Klaus-Peter (2001): Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Schwalbach.
- Janzen, David/Koch, Reinhard (Hrsg.) (2009): »Festung Harz« – Die extreme Rechte im Landkreis Goslar und der niedersächsischen Harzregion, Braunschweig.
- Jennerjahn, Miro (2009): Die NPD in Sachsen nach den Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009, ohne Ortsangabe, http://miro-jennerjahn.eu/homepage/attachments/030_085_Die%20NPD%20in%20Sachsen%20nach%20Stadt-%20und%20Gemeinderatswahlen%202009_lang.pdf.
- Jentsch, Ulli (2010): Über die Kommunen in den Bundestag. Zum Profil der »Kommunalpolitischen Vereinigung« (KPV) der NPD bei der Professionalisierung brauner Kommunalpolitik, in: Burschel, Fritz (Hrsg.): Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz, Berlin, S. 93-99.
- Keller, Mirja/Kögler, Lena/Krawinkel, Moritz/Schlemmermeyer, Jan (2011): Antifa. Geschichte und Organisation, Stuttgart.
- Klärner, Andreas (2007): Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis der extremen Rechten, Hamburg.
- Klausch, Hans-Peter (2011): Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946-1987), hrsg. von der Fraktion DIE LINKE im hessischen Landtag, Oldenburg/Wiesbaden.
- Klausch, Hans-Peter (o.J.): Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP. Zur NS-Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit, herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im niedersächsischen Landtag, Oldenburg.
- Kneschke, Robert/Steffen, Kristin (2005): Mitarbeit statt Opposition? Die Strategie der NPD im Landkreis Oder-Spree (Brandenburg), Hausarbeit an der FU Berlin, Berlin.
- Kohlstruck, Michael (2003): Der Doppelcharakter der rechtsradikalen Jugendkultur und das Kontinuitätsproblem in der Jugendarbeit, in: Benz, Wolfgang/Benz, Ute (Hrsg.): Jugend in Deutschland. Opposition, Krisen und Radikalismus zwischen den Generationen. München, S. 189-210.

- Köditz, Kerstin (2009): Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen, Berlin.
- Kraske, Michael/Werner, Christian (2007) ...und morgen das ganze Land. Neue Nazis, »befreite Zonen« und die tägliche Angst – Ein Insiderbericht, Bonn.
- Kulick, Holger/Staud, Toralf (Hrsg.) (2009): Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – Was man wissen muss und wie man sich wehren kann, Köln.
- Lang, Juliane (2010): »... diese Gemeinschaft von Frauen, unter Frauen, gemeinsam mit Frauen sitzen und sich besprechen und so weiter, tut Frauen einfach gut.« Frauen im Rechtsextremismus, in: Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.): »Was ein rechter Mann ist...«. Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin, S. 127-142.
- Lausberg, Michael (2010): Die PRO-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der »Bürgerbewegung Pro Köln« und der »Bürgerbewegung Pro NRW«, Münster 2010.
- Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt (2011): Rechte Dominanz in Magdeburg-Reform, in: Informationen, Nr. 35/36, Herbst/Winter 2011, S. 8.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.) (2006): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -Intervention bei Jugendlichen, Berlin.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.) (2008): Handlungs-Räume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen, Berlin.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.) (2011): Wir lassen uns das Wort nicht nehmen! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen, Berlin.
- Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hrsg.) (2009): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Moses Mendelssohn Zentrum (2008): Argumente für Kandidaten und Funktionsträger demokratischer Parteien und Wählervereinigungen – Eine Entgegnung auf ein Schulungsmaterial der NPD, Potsdam.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische, Frankfurt am Main.
- Perels, Joachim/Buckmiller, Michael (Hrsg.) (2003): Der Rechtsradikalismus – Ein Randphänomen?, Hannover.
- Pollack, Martin (1998): Design-Populismus. Die Wandlung des Jörg Haider, in: Kursbuch 134, Dezember 1998, S. 100-106.
- Poulantzas, Nicos (2001): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg.
- Pfeiffer, Christian/Baier, Dirk/Simonson, Julia/Rabold, Susann (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministerium des Inneren und des KfN, Hannover, Download: www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb107.pdf.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2008): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin.

- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2011): *Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene*, Berlin.
- Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hrsg.) (2011): *Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung*, Wiesbaden.
- Schickert, Petra (2009): Rechtsextreme Fraktionen in Kommunalparlamenten, in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hrsg.): *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*, Berlin, S. 225-235.
- Schmidinger, Thomas (2011): Rechtsextremismus und autoritärer Etatismus. Oder warum der neue Rechtsextremus keine faschistische Herrschaft hervorbringt und trotzdem die Demokratie aushöhlt, in: Dietrich, Christian/Schüßler, Michael (Hrsg.): *Jenseits der Epoche. Zur Aktualität faschistischer Bewegungen in Europa*, Münster, S. 48-60.
- Schröder, Burkhard (2002): *Aussteiger. Wege aus der rechten Szene*, Ravensburg.
- Shukura – Das Mobile Team zur Prävention sexuellen Missbrauchs an Mädchen und Jungen (2009): *Was Sie über sexuellen Missbrauch wissen sollten. Gedankenanstöße für einen wirksamen Kinderschutz jenseits polemischer Scheinlösungen*, Dresden, Download: www.awo-shukura.de/download/Broschuere-Shukura-2009-web.pdf.
- Staud, Toralf (2005): *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Köln.
- Staud, Toralf (2008): *NPD unterwandert Vereine*. Focus online: http://www.focus.de/politik/deutschland/rechtsextremismus_aid_237428.html (zuletzt aufgerufen am 12.12.2011).
- Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana (2003): *Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, München/Weinheim.
- Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf (2010): *Wie schafft man demokratische Kultur? Netzwerke zwischen erfolgreicher Intervention und wirkungslosem Aktionismus*, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände 9*, Frankfurt am Main, S. 307-316.
- Thiele, Christian (2008): *Bullerbü in braun*, Zeit online: www.zeit.de/2011/47/Kindergarten-Schule-Rechtsextreme (zuletzt abgerufen am 2.12.2011).
- Überall, Frank (2010): *»Ich bin die Strafe ...« Rechtspopulismus der »Pro-Bewegung« am Beispiel ihres Antragsverhaltens im Kölner Stadtrat. Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) & Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen* (Hrsg.), Köln.
- Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.) (2008): *Berliner Erfahrungen. Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien*, Berlin.
- Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.) (2009): *»In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden«*, Berlin.

- weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen/Kulturbüro Sachsen e.V./Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) (2011): Ordnung und Unordnung (in) der Demokratie. Erweiterter Tagungsband, Dresden.
- Weitzker, Florian (2008): Die Freien Wähler in Deutschland. Geschichte – Struktur – Leitlinien, Sankt Augustin/Berlin.
- Willems, Helmut (1993): Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen
- Zschau, Gerhard (2010): Der politische Auftrag von Bibliotheken zur Wahrung der Demokratie. Untersucht am Beispiel von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus in Sachsen (Diplomarbeit). Fachhochschule Potsdam.

Zeitschriften

Antifaschistisches Infoblatt: www.antifainfoblatt.de

Der Rechte Rand – Das Magazin von und für AntifaschistInnen: www.der-rechte-rand.de

LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen: www.projekte.free.de/lotta

Links

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v.: www.apabiz.de

blick nach rechts: www.bnr.de

Netz-gegen-Nazis.de – Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus: www.netz-gegen-nazis.de

Blog »Faschisten in der DDR und antifaschistischer Widerstand«: www.antifa-nazis-ddr.de

Beratungsangebote

Kulturbüro Sachsen e.V.: www.kulturbuero-sachsen.de

Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.: www.miteinander-ev.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): www.mbr-berlin.de

Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT): www.mobit.org

Opferperspektive: www.opferperspektive.de

Bundesarbeitsgemeinschaften und Landesarbeitsgemeinschaften

Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE: www.die-linke.de/partei/zusammenschlusse/bagrech-tsextremismusantifaschismus

Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE: www.die-linke.de/partei/weiterstrukturen/weiterzuschlusse/bag-kommunalpolitik

Kommunalpolitische Foren

<http://linkes-kommunalforum.de>

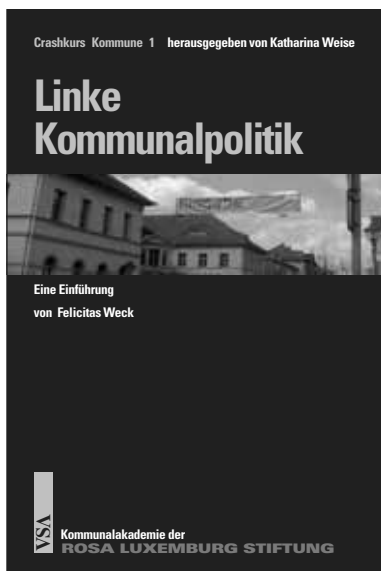
In den kommunalen Gremien

Projekt »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse«: www.bvv.vdk-berlin.de

Projekt »Nazis in den Parlamenten« – Sachsen: www.nip.systemli.org

Projekt »Nazis in den Parlamenten« – Thüringen: www.nip-thueringen.de

VSA: Crashkurs Kommune



Felicitas Weck
Linke Kommunalpolitik
Eine Einführung
Crashkurs Kommune 1
hrsg. von Katharina Weise
In Kooperation mit der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung
104 Seiten | € 7.50
ISBN 978-3-89965-340-3
Kommunalpolitisches Handwerkszeug mit vielen Beispielen, Vermittlung von Hintergrundwissen und strategischen Tipps. »Nützlich, lesbar – was will man mehr von einer Einführung?« (Disput)

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



Michael Faber
Kein Buch mit sieben Siegeln
Der kommunale Haushalt
Crashkurs Kommune 2
hrsg. von Katharina Weise
104 Seiten | € 7.50
ISBN 978-3-89965-341-0
»Gerade aber weil sich fortschrittliche Politik häufig dem Vorwurf fehlender Finanzierung ausgesetzt sieht, sollte das lokale Haushaltsrecht beherrscht werden. In diesem Band wird anschaulich dargestellt, welche Formen des Haushaltsrechts Anwendung finden (Kameralistik, erweiterte Kameralistik oder Doppik) und wie man am besten die Spielräume für eine andere Politik in den Haushaltsberatungen ausschöpft.« (TagesSatz 3/2011)

www.vsa-verlag.de

VSA

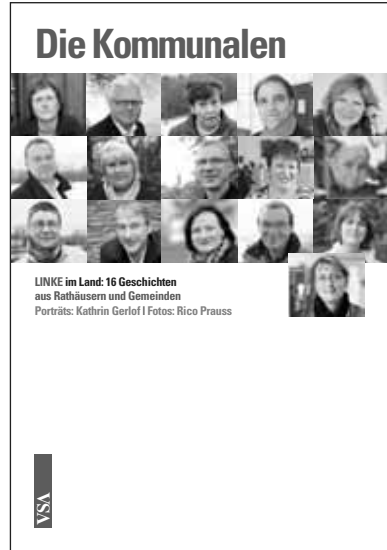
VSA: Crashkurs Kommune & mehr



Steffen Bockhahn/Katharina Weise
Wasser, Strom und Straßenbahn
Die öffentlichen Unternehmen
aus linker Sicht
Crashkurs Kommune 3
hrsg. von Katharina Weise
104 Seiten | € 7.50
ISBN 978-3-89965-370-0
In welchen Bereichen sind öffentliche
Unternehmen aus Sicht linker Kommu-
nalpolitik sinnvoll und wie müssen sie
aufgestellt werden?

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



Kathrin Gerlof

Die Kommunalen

LINKE im Land: 16 Geschichten
aus Rathäusern und Gemeinden
192 Seiten | mit vielen Farbfotos
von Rico Prauss und einem Vorwort
von Gesine Löttsch | € 12.80
ISBN 978-3-89965-495-0
LINKE sind präsent. Mit alltäglicher
KärnerInnenarbeit in Rathäusern und
Gemeinden. Sie setzen sich ein für
mehr Kindergärten, für bürgernähere
Verwaltungen, aber auch für die Dinge
in der Nachbarschaft. LINKE haben
Geschichten zu erzählen. Die Journalistin
und Schriftstellerin Kathrin Gerlof hat sie
ihnen entlockt und aufgeschrieben. Und
LINKE sind selbstbewusst und kritisch,
Rico Prauss hat sie fotografiert. Leben-
dige Porträts von Menschen, die sich
engagieren: Die Kommunalen.

www.vsa-verlag.de

VSA